

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Norbert Lepszy

Die Republikaner

Dieter Roth

Sind die Republikaner die fünfte Partei?

Joachim Hofmann-Göttig

Die Neue Rechte: Die Männerparteien

Hartmut Castner/Thilo Castner

Rechtsextremismus und Jugend

Uwe Backes/Eckhard Jesse

Politischer Extremismus in europäischen Demokratien

B 41-42/89

6. Oktober 1989

Norbert Lepszy, Dr. phil., M. A., geb. 1948; Studium der Anglistik, Soziologie und Politischen Wissenschaft in Bonn und Canterbury; seit 1989 Forschungsbereichsleiter im Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung; Lehrbeauftragter an der Universität Münster.

Veröffentlichungen u. a.: Regierung, Parteien und Gewerkschaften in den Niederlanden. Entwicklung und Strukturen, Düsseldorf 1979; (zus. mit W. Woyke) Belgien, Niederlande, Luxemburg — Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Leverkusen 1985.

Dieter Roth, Dr. phil., Dipl.-Volkswirt, geb. 1938; Mitglied des Vorstands der Forschungsgruppe Wahlen e. V., Mannheim; Lehrbeauftragter am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg.

Zahlreiche Veröffentlichungen zu den Themenbereichen empirische Elitenforschung, Wahlsoziologie (speziell Ökonomie und Wahlverhalten) sowie Jungwähler.

Joachim Hofmann-Göttig, Dr. phil., geb. 1951; stellvertretender Leiter der Saarländischen Landesvertretung in Bonn.

Veröffentlichungen u. a.: Die jungen Wähler, Frankfurt 1984; Emanzipation mit dem Stimmzettel, 70 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland, Bonn 1986.

Hartmut Castner, geb. 1945; Studium der Germanistik, Geschichte, Soziologie und Pädagogik in Göttingen und Erlangen; Studiendirektor und Fachbetreuer am Melanchthon-Gymnasium in Nürnberg.

Thilo Castner, Dr. rer. pol., geb. 1935; Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Köln und Nürnberg; Studiendirektor und Fachbetreuer für Englisch an der Städtischen Wirtschaftsschule in Nürnberg; Lehrbeauftragter an der Georg-Simon-Ohm-Fachhochschule in Nürnberg.

Gemeinsame Veröffentlichungen: Sexualrevolution und Schule, Neuwied 1970; Emanzipation im Unterricht, Bad Homburg 1972; Familie und Jugend in der Industriegesellschaft, Leverkusen 1976; Werbung in Wirtschaft und Politik, Leverkusen 1976, sowie Beiträge in Fachzeitschriften.

Uwe Backes, Dr. phil., geb. 1960; Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Germanistik an der Universität Trier; Akademischer Rat a. Z. an der Universität Bayreuth im Fach Politikwissenschaft.

Veröffentlichungen u. a.: Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989; (Mitautor) Reichstagsbrand. Aufklärung einer historischen Legende, München 1987; (Hrsg. zus. mit E. Jesse) Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bonn 1989.

Eckhard Jesse, Dr. phil., geb. 1948; Studium der Politikwissenschaft und der Geschichtswissenschaft an der FU Berlin; Hochschulassistent an der Universität Trier im Fach Politikwissenschaft.

Veröffentlichungen u. a.: Wahlrecht zwischen Kontinuität und Reform. Eine Analyse der Wahlsystemdiskussion und der Wahlrechtsänderungen 1949—1983, Düsseldorf 1985; (zus. mit U. Backes) Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, 3 Bde., Köln 1989.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann, Dr. Ralph Angermund, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04 186, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1984, 1985, 1986, 1987 und 1988 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.



# Die Republikaner

Ideologie — Programm — Organisation

## I. Entstehung und Entwicklung, Organisations- und Mitgliederstrukturen der Partei

Erstmals seit den kurzfristigen Erfolgen der NPD Ende der sechziger Jahre ist nach der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus im Januar 1989 mit den Republikanern wieder eine Rechtspartei in einem Landtag vertreten. Ihre Gründung ging von Bayern aus, wo die Republikaner bis heute eindeutig ihren regionalen Schwerpunkt haben. Nach ihrem CSU-Austritt, den sie mit der mangelnden innerparteilichen Demokratie in der CSU und der Politik von Franz-Josef Strauß (DDR-Kredit) begründeten, verfolgten die ehemaligen CSU-Abgeordneten Franz Handlos und Ekkehard Voigt die Formierung einer neuen Partei „rechts von der Mitte“ und gründeten gemeinsam mit dem Publizisten Franz Schönhuber am 27. November 1983 die neue Partei der „Republikaner“. Nach Auseinandersetzungen mit dem ersten Vorsitzenden Franz Handlos wurde Franz Schönhuber 1985 Vorsitzender der Partei. Das noch heute gültige „Programm der Republikaner“ wurde während des Bundesparteitages 1987 verabschiedet, auf dem auch Franz Schönhuber als Vorsitzender bestätigt wurde.

Im Oktober 1986 erzielten die Republikaner bei den bayerischen Landtagswahlen aus dem Stand heraus 3,1 Prozent. Ihren bundesweiten Anspruch erhob die Partei im Dezember 1988, als sie auf ihrem Bundesparteitag in Dinkelsbühl die Kandidatur für das Europäische Parlament beschloß. Bis zur Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus im Januar 1989 erzielte die Partei in den übrigen drei Landtagswahlen, an denen sie sich beteiligte, nur sehr bescheidene Ergebnisse (Bremen 1987: 1,19 Prozent; Baden-Württemberg 1988: 0,96 Prozent und Schleswig-Holstein 1988: 0,6 Prozent). Diese niedrigen Wahlergebnisse sagen noch nichts über das gesamte Potential der Rechtsparteien in der Bundesrepublik aus, das wesentlich höher liegt. Für die Republikaner ist in Zukunft entscheidend, ob sie sich als die einzige Rechtspartei mit reellen politischen Chancen etablieren können.

Mit dem Wahlerfolg in Berlin im Januar 1989 (7,5 Prozent) gelang den Republikanern erstmals der Einzug in ein Landesparlament; gleichzeitig werden sie — sollten bis dahin in Berlin keine Neuwahlen stattfinden — ab 1990 auf der Grundlage des Berliner Wahlergebnisses mit zwei Abgeordneten im Deutschen Bundestag vertreten sein. Bei der

Europawahl am 18. Juni 1989 erreichten die Republikaner 7,1 Prozent, wobei ihre höchsten Stimmenanteile im Süden der Bundesrepublik Deutschland (Bayern 14,6 und Baden-Württemberg 8,7 Prozent) lagen.

Seit 1987 besitzen die Republikaner in allen Bundesländern, außer dem Saarland, Landesverbände. Der Ausbau der weiteren Organisationsstruktur auf Bezirks- und Kreisebene dürfte in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich weit fortgeschritten sein; von der Mitgliederzahl her und organisatorisch am stärksten ist die Partei in Bayern und in Berlin. Im einzelnen weisen die Landesverbände, wie entsprechenden, auf eigenen Angaben beruhenden Pressemitteilungen zu entnehmen ist, etwa folgende Mitgliederzahlen auf:

Bundesland	Mitgliederzahl
Baden-Württemberg	1 200
Bayern	4 500
Berlin	max. 1 500
Bremen	70
Hamburg	188
Hessen	200
Niedersachsen	über 1 000
Nordrhein-Westfalen	ca. 1 000
Rheinland-Pfalz	k. A.
Saarland	130
Schleswig-Holstein	ca. 500

Der Parteivorsitzende Schönhuber gab Ende April 1989 die Gesamtmitgliederzahl seiner Partei mit „knapp 14 000“ an. Vor der Berlin-Wahl Ende Januar seien es erst 8 600 gewesen<sup>1)</sup>. 70 Prozent der neuen Parteimitglieder seit Januar 1989, so Schönhuber, seien unter 30 Jahre alt. Zwischen 20 und 30 Prozent von ihnen seien Beamte, vor allem Polizisten, Bundeswehrsoldaten, Angehörige des Bundesgrenzschutzes, Richter und Staatsanwälte<sup>2)</sup>. Ein großer Teil der Gesamtzahl der Mitglieder ist älter als 50 Jahre; gegenüber der starken, anwachsenden Altersgruppe der 20- bis 30jährigen dürfte die Altersgruppe der 30- bis 50jährigen in der Mit-

<sup>1)</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 29. April 1989.

<sup>2)</sup> Vgl. Frankfurter Rundschau vom 5. April 1989.



gliederschaft — ebenso wie in der Wählerschaft der Partei — unterrepräsentiert sein<sup>3)</sup>.

Trotz des Mitgliederzuwachses der letzten Monate verfügt die Partei nur über einen mangelhaften organisatorischen Apparat und noch nicht über eine voll ausgebaute Organisationsstruktur auf allen Ebenen. Zudem wird die Entwicklung der Partei in einigen Landesverbänden — Berlin, Niedersachsen und auch in Teilen Nordrhein-Westfalens — durch

schwere innerparteiliche, personalpolitische Auseinandersetzungen beeinträchtigt. Trotzdem dürfte durch die hohe Wahlkampfkostenerstattung aufgrund des Ergebnisses der Europawahl (über 16 Millionen Mark) der organisatorische Aufbau der Partei in nächster Zeit beschleunigt werden. So hat Schönhuber die Verlegung der Bundesgeschäftsstelle von München nach Bonn angekündigt, um im Vorfeld der Bundestagswahl 1990 seinen bundespolitischen Anspruch deutlich zu machen.

## II. Die Programmatik der Republikaner

### 1. Inhaltliche und formale Defizite

Die Republikaner sind in ihrer Wählerschaft eine heterogene Protestpartei mit einer davon getrennt zu analysierenden populistischen, rechtsradikalen Programmatik und Ideologie mit teilweise fließenden Übergängen zum Rechtsextremismus<sup>4)</sup>. Generell gilt, daß aus der Programmanalyse nicht bereits pauschal auf die Motive ihrer Wähler geschlossen werden kann. Die Unterscheidung zwischen der „Programm- und Mitgliederpartei“ einerseits und der „Wählerpartei“ andererseits ist angesichts der heterogenen Wählerstruktur der Republikaner besonders bedeutsam<sup>5)</sup>. Das 1987 beschlossene Programm der Republikaner zeichnet sich schon in seiner Gliederung durch inhaltliche und formale Ungleichgewichtigkeit, mangelnde Systematik und erhebliche politische Defizite aus<sup>6)</sup>. Darüber hinaus hat die Partei zur Europawahl 1989 in Dinkelsbühl eine Erklärung mit dem Titel „Deutsche Interessen haben Vorrang“ verabschiedet (im folgenden: Europaerklärung).

Das Programm der Republikaner ist eindimensional. Im Mittelpunkt der Programmatik stehen nationalistische Themen und die nationalstaatliche Wiedervereinigung. Die Republikaner versuchen, sich damit als national-konservative Partei darzustellen, während sie den anderen Parteien vorwerfen, die nationalen Interessen des deutschen Volkes zu vernachlässigen. Ansonsten weist das Pro-

gramm, das sowohl Grundsatzprogramm der Partei als auch politisches Aktionsprogramm sein soll, im Hinblick auf beide Funktionen erhebliche Defizite auf.

Den zentralen Fragen und Zukunftsproblemen der deutschen Politik stellt sich die Partei nicht. Zwar finden sich im Programm der Republikaner Aussagen zu fast allen politischen Problemfeldern, diese aber sind in ihrer Gewichtung völlig unausgewogen (so etwa Umweltschutz und Energiepolitik äußerst dürftig, Katastrophen- und Zivilschutz dagegen sehr ausführlich) und fügen sich nicht zu einer Gesamtkonzeption zusammen. Von den Republikanern werden vor allem Themen besetzt, die sich entweder zur Propagierung nationalistischer Gesinnung, zur Agitation gegen die „etablierten“ Parteien oder zur Schürung von Angst- und Protestgefühlen eignen.

Im Programm fehlen, abgesehen vom Bekenntnis zur deutschen Nation, Aussagen zum Selbstverständnis der Partei, zu den geistigen und historischen Grundlagen und insbesondere zum Grundwerteverständnis, wie dies bei anderen Parteien ausformuliert ist. Auch die Sachaussagen zu den einzelnen Politikfeldern sind wenig konkret, plakativ-allgemein gehalten und zudem lückenhaft. Es werden jeweils einige wenige Einzelpunkte, oft zusammenhanglos, herausgegriffen und als Forderung bzw. anklagende Zustandsbeschreibung aneinandergereiht.

<sup>3)</sup> Vgl. FAZ vom 1. Februar 1989.

<sup>4)</sup> Weitere Literatur zu den Republikanern: Hajo Funke, Kein Grund zur Verharmlosung — Die Republikaner sind eine Jungwählerpartei, in: Die Neue Gesellschaft, (1989) 4; Kurt Hirsch/Hans Sarkowicz, Schönhuber — Der Politiker und seine Kreise, Eichhorn 1989; Reinhard Kühnl, Der (aufhaltsame) Aufstieg rechtsextremer Parteien, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, (1989) 3; Claus Leggewie, Die Zwerge am rechten Rand, in: PVS, (1987) 4; ders., Die Republikaner — Phantombild der neuen Rechten, Berlin 1989; Emil-Peter Müller, Republikaner und Grüne — zwischen Ideologie und Protest, Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik 146, Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.), Köln 1989; Klaus Naumann, Wieso Republikaner? Wieso Republik?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, (1989) 3.

<sup>5)</sup> Vgl. Hans-Joachim Veen, Mehr Protest als Partei — Die Republikaner zwischen rechtsradikaler Vereinigung und aufgestauten Unzufriedenheiten, in: trend, (1989) 40.

<sup>6)</sup> Das 15seitige Programm ist in folgende durchnummerierte Punkte gegliedert, wobei die inhaltliche Unterscheidung zwischen „Grundsätzen“ und „Schwerpunkten“ nicht recht deutlich wird:

I. Zur Lage der geteilten Nation und des deutschen Volkes.

II. Grundsätze: 1. Rechtsstaatliche Ordnung; 2. Abschluß Friedensvertrag; 3. Staatliche Wiedervereinigung; 4. Erhaltung des deutschen Volkes und seines ökologischen Lebensraumes; 5. Erziehung, Bildung und Ausbildung; 6. Freies und sozial-verpflichtetes Wirtschafts- und Steuersystem; 7. Reform der Sozialordnung.

III. Schwerpunkte: 8. Unsere jungen Menschen; 9. Frau und Familie; 10. Ausländer- und Asylgesetzgebung; 11. Landwirtschaft; 12. Beschäftigungspolitik; 13. Medienpolitik; 14. Energiepolitik; 15. Katastrophen- und Zivilschutz; 16. Entwicklungspolitik; 17. Terrorismusbekämpfung.



Es fehlen die zukunftsweisenden Perspektiven; wichtige Problemfelder, in denen der Bürger Problembewußtsein und in die Zukunft weisende Aspekte erwartet, werden meist nur mit wenigen Sätzen und sehr allgemein behandelt: Dies gilt insbesondere für die Wirtschafts- und Sozialpolitik, aber auch für die Bereiche Umweltpolitik, neue Technologien sowie gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Strukturwandel. Besonders bemerkenswert sind die Defizite in den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik, einschließlich der Europa-, der Abrüstungs- und Entspannungspolitik.

Offenbar haben die Republikaner selbst mittlerweile einige Schwachpunkte und Defizite in ihrem Programm erkannt; so ist inzwischen nach einer Interview-Ankündigung (Schönhubers<sup>7)</sup> vom Parteipräsidium die sprachliche und inhaltliche Überarbeitung und Ergänzung des Programms beschlossen worden<sup>8)</sup>.

## 2. Antidemokratische Tendenzen im Programm der Republikaner

Zumindest indirekt wird, „in nationaler Gesinnung“, eine *beschönigende und verharmlosende Haltung gegenüber der NS-Zeit* eingenommen. So wird in Punkt eins beklagt, daß die „Kriegspropaganda der Siegermächte in unsere Geschichtsbücher eingegangen“ sei und „ihre Übertreibungen und Fälschungen . . . von der Jugend weitgehend geglaubt werden“ müßten. Auch der Union wird vorgeworfen, sie fixiere „die deutsche Vergangenheit weiterhin auf zwölf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft“ und tue nichts, „um mit der Entkriminalisierung deutscher Kultur, Geschichte und ihrer Menschen zu beginnen“. In einem Appell an „Deutsche aller Volksschichten“ wird zur „nationalen Selbstbesinnung und geistig-moralischen Erneuerung“ aufgerufen.

In Punkt zwei wird im Zusammenhang mit möglichen Verhandlungen über einen Friedensvertrag „die Forderung nach Offenlegung aller Archivunterlagen zur Klärung der ‚Alleinschuld‘-These“ erhoben. Auf dieser Grundlage solle die deutsche Verhandlungsposition bestimmt werden. Die alleinige Schuld und Verantwortung der Nationalsozialisten am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges werden damit in Frage gestellt.

Im Programm finden sich zahlreiche *Sprachmuster*, die der NS-Ideologie zumindest nahestehen und entsprechende Assoziationen hervorrufen. So wird von den „Deutschen aller Volksschichten“ und von der „Erhaltung des Bestandes des deutschen Volkes, seiner Gesundheit und seines ökologischen Lebensraumes als vorrangiges Ziel der Innenpolitik“ gesprochen. Inflationär werden die Begriffe „deutsches Volk“, „Volk und Staat“ verwandt. Der „Gesundheit des deutschen Volkes“ soll insbesondere

die „Pflege und Übung der . . . körperlichen, seelischen und geistigen Kräfte von Jugend an“ dienen. Anklänge an NS-Phraseologie finden sich auch in der Beschreibung der Rolle der „Frau“ und „Mutter“, der Sozialordnung („Leistungsgemeinschaft aller Arbeitenden“) und insbesondere im Abschnitt über die Medienpolitik (Kritik an der „Verschmutzung der geistigen Umwelt“).

## 3. Traditionelle, rückwärtsgewandte, sozialideologische Werthaltungen

Neben den mehr oder weniger eindeutig der NS-Ideologie entlehnten Sprachmustern finden sich im Programm durchgängig zahlreiche *rückwärtsgewandte Denkfiguren*, die im Überschneidungsbereich zwischen konservativen und reaktionären weltanschaulichen Positionen einzuordnen sind. Allerdings: Auch wenn durchaus ernst zu nehmende oder kritikwürdige Problembereiche angesprochen werden, wirken die Formulierungen immer etwas überzogen. So wird in der Ausgangsanalyse zur „Lage der geteilten Nation und des deutschen Volkes“ beklagt, „daß in ganz Deutschland die geistige und politische Kultur zunehmend verwahrlost, die Sitten mißachtet werden“ und ein „Verlust an ethischen Werten“ festzustellen sei. Traditionelle, gegen die gesellschaftlichen Veränderungen und Entwicklungen der letzten Jahrzehnte gerichtete Wertvorstellungen finden sich insbesondere im Kapitel über die „Frau und Familie“. So sei es „insbesondere der Frau gegeben, durch Wärme und Hingabe ein Klima der Geborgenheit zu schaffen, in welchem Familie und Kinder gedeihen können“. Hier liege „die besondere und von keinem ‚Hausmann‘ oder Kollektiv erfüllbare Berufung der Frau“. Und in einem anderen Zusammenhang (Beschäftigungspolitik) wird gesagt: „Ohne Familien mit Kindern und Heim ist ohnehin der Bestand und das Gedeihen des deutschen Volkes gefährdet.“

An mehreren Stellen des Programms lassen sich *antipluralistische Tendenzen und antimoderne Affekte* nachweisen. So werden überaus häufig Begriffe wie „Gemeinsinn“ und „Gemeinwohl“ gebraucht und gefordert, „daß Staatsräson und Gemeinwohl Vorrang vor Parteiläson und Gruppeninteressen haben“ müßten. Auch von den Medien wird verlangt, daß sie sich am „Sittengesetz“ und am „Gemeinsinn“ orientieren und „parteilich neutral, staatsfern und ohne ideologische oder verzerrende Darstellung der Tatsachen“ berichten sollten. Insbesondere dürften sie nicht „nivellierende, verrohende und verdummende Zeitströmungen einer alles hinnehmenden Wohlstands- und Massengesellschaft fördern, indem sie Darstellungen von Gewalt, Brutalität, Kriminalität, Sexualismus, Materialismus und Klassenkampf bevorzugen und ohne ethischen Wertbezug darbieten“. Falls die Selbstkontrolle der Medien „weiterhin versagt“, wollen die Republikaner auch die Presse- und Mei-

<sup>7)</sup> Vgl. Saarbrücker Zeitung vom 17. Juli 1989.

<sup>8)</sup> Vgl. FAZ vom 8. August 1989.



nungsfreiheit einschränken und „für die Schaffung partei- und gruppenunabhängiger Kontrollorgane zum Schutze des von Einschüchterung und Verschmutzung der geistigen Umwelt bedrohten Freiheitsraumes des Bürgers sorgen“.

#### 4. Nationalistische, antieuropäische und neutralistische Tendenzen in der Programmatik der Republikaner

In den programmatischen Aussagen der Republikaner verbinden sich die legitime Betonung deutscher, nationaler Interessen und die Forderung nach der Wiedervereinigung Deutschlands mit nationalistischen Untertönen und gefährlichen, den Standort der Bundesrepublik Deutschland als Mitglied der westlichen Staatengemeinschaft in Frage stellenden Tendenzen.

Hauptziel der Republikaner ist „ein wiedervereinigter und durch einen Friedensvertrag völkerrechtlich und menschenrechtlich erneuerter deutscher Nationalstaat“. Gefordert wird hierzu „die Aufnahme von Friedensverhandlungen gemäß den Beschlüssen der Siegermächte von 1944 (London) und 1945 (Berlin) . . . ausgehend von der völkerrechtlichen Grundlage des fortbestehenden Deutschen Reiches in allen seinen Teilen“. In diesem Zusammenhang seien die Klärung der „Alleinschuld“-These sowie der Fortfall der diskriminierenden Feindstaaten-Artikel der Vereinten Nationen notwendig.

Die nationale Wiedervereinigung ist die zentrale Ideologie der Republikaner. Prinzipiell sind alle anderen politischen Fragen nachgeordnet und werden von diesem politischen Ziel abgeleitet. Implizit wird der Eindruck vermittelt, mit der Wiedervereinigung seien auch alle anderen politischen Probleme im wesentlichen gelöst. Insofern stellt die Wiedervereinigungsfrage die ideologische Essenz des Programms der Republikaner dar.

Folglich ist für die Republikaner das Ziel der „Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands . . . vorrangig und höher zu bewerten als ein Verbleib der Bundesrepublik Deutschland in der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft. Deshalb darf die Bündnispartnerschaft auf dem Weg zur Einheit Deutschlands kein unüberwindliches Hindernis darstellen.“ Die Souveränität des wiedervereinigten Deutschlands sei durch „eigene Verteidigungsfähigkeit und Sicherheitsvereinbarungen auf Gegenseitigkeit mit Frankreich, Großbritannien, den USA und der Sowjetunion zu garantieren“. Diese Vorstellungen implizieren neutralistische Tendenzen, die gegen die Westbindung der Bundesrepublik gerichtet sind. Der Vorrang der Freiheit vor der Einheit wird damit aufgegeben.

Diese Vermutung bestätigt sich im Punkt drei des Programms über die „Staatliche Wiedervereinigung des deutschen Volkes“. Mit einem überzogenen Anspruch wird verkündet, daß die Republikaner „die

friedliche Wiedervereinigung des deutschen Volkes zu staatlicher und nationaler Einheit . . . ohne weiteren Aufschub in Angriff nehmen“ würden. Trotz dieser Forderung nach einer operativen Wiedervereinigungspolitik („die Bundesregierung hat daher als frei wählbare und handlungsfähige deutsche Regierung in pflichtgemäßer Erfüllung der Aufforderung des Grundgesetzes die Initiative für die Wiedervereinigung zu ergreifen und unabweisbar zu betreiben“), wird, abgesehen von dem Hinweis auf internationale Deklarationen (Schlußakte von Helsinki), nichts zur konkreten Umsetzung dieses Ziels gesagt. Insbesondere fehlen in diesen Abschnitten des Programms konkrete Aussagen zur demokratischen und freiheitlichen Qualität des wiedervereinigten Deutschlands sowie zu seiner — auch für die Nachbarländer akzeptierbaren — Einordnung in das europäische Staatsgefüge.

Die Deutschlandpolitik der jetzigen Bundesregierung und aller Bonner Parteien wird von den Republikanern scharf angegriffen, da sie „die deutsche Teilung zementiert“ habe und sich darauf beschränke, die Teilung „nur erträglicher zu machen, ohne sie zweifelsfrei in Frage zu stellen“. Dem „unwürdigen Menschenhandel“ („Freikauf“ von DDR-Häftlingen?) solle ein Ende gemacht werden.

In der Europaerklärung werden die europäische Einigungspolitik und die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland in einen Gegensatz zum Wiedervereinigungsziel gestellt: „Wir Republikaner bekunden hiermit unsere Erkenntnis, daß eine einseitige Westintegration der Bundesrepublik Deutschland, d. h. deren Aufgehen in einer übernationalen, mit eigenen Souveränitätsrechten ausgestatteten ‚Europäischen Union‘, die Wiedervereinigung Deutschlands unmöglich macht.“ Die Ergebnisse einer 40jährigen europäischen Einigungspolitik der Bundesrepublik werden damit in Frage gestellt.

Auch in ihren programmatischen Aussagen zur Europapolitik setzen die Republikaner auf Ressentiments und Vorurteile, wenn unter Verkennung der wahren politischen und ökonomischen Zusammenhänge „gegen deutsche Benachteiligung“ in der EG, „gegen Aufgabe der Souveränität“ und „gegen ausufernde Bürokratie“ (jeweils Kapitelüberschriften der Europaerklärung) polemisiert wird. Die Europafeindlichkeit der Republikaner kommt auch in dem großgedruckten „NEIN zu dieser EG“ gegenüber dem vorangestellten kleinen „Ja zu Europa“ zum Ausdruck. Die Perspektiven des europäischen Binnenmarktes werden von den Republikanern fast ausschließlich unter negativen Aspekten gesehen. Insbesondere werden von ihnen genannt: die Gefährdung der Währungsstabilität, die Gefährdung von Arbeitsplätzen und der befürchtete weitere Zustrom von Ausländern: „Wir Republikaner wehren uns gegen den unter dem Begriff ‚europäischer Freizügigkeit‘ drohenden weiteren Kriminellen-Import und den weiteren Zustrom von



Ausländern aus EG-, EG-assozierten oder anderen Staaten ins Bundesgebiet, was die sozialen Spannungen, die technischen Gegensätze und die finanziellen Belastungen für die Haushalte des Bundes, der Länder, Bezirke und Kommunen ins Unerträgliche steigern und unser Volk überfremden wird“ (Europaerklärung). Diese ressentimenthafte Europafeindlichkeit bedeutet in der Konsequenz die Ablehnung der europäischen Einigungspolitik insgesamt. Die politischen und wirtschaftlichen Folgen werden dabei nicht bedacht.

### 5. Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß

Neben der nationalen Frage stehen in der Propaganda und Agitation der Republikaner die Ausländer- und Asylproblematik an zentraler Stelle. Im Programm selbst nimmt sie im Punkt zehn zwar nur wenig Raum ein; die markigen und eindeutigen Formulierungen werden ihre emotionalisierende Katalysatorwirkung bei jenen Bevölkerungsgruppen vermutlich nicht verfehlen, die sich in ihrer eigenen wirtschaftlichen Existenz, ihrem Sozialstatus und ihrer Sicherheit durch den „Ausländerstrom“ gefährdet sehen. Der schroffe Ton rechtfertigt durchaus den Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit. So wird von der „Einwanderungswelle der letzten Jahre“ gesprochen, vom dadurch entstandenen „Mißbrauch und Schaden deutscher Bürger, ihrer Sicherheit und ihres Gemeinwesens“ und betont, daß die Bundesrepublik Deutschland „kein Einwanderungsland“ sein dürfe: „Es muß das Land der Deutschen bleiben.“ Selbstverständlich sind „Ausländer . . . Gäste“, „Wahlrecht und Parteimitgliedschaft für Ausländer sind abzulehnen“ und: „Ausländer, welche gegen die Gesetze verstoßen, werden nach zeitlich befristetem Rechtsverfahren ohne Verzug ausgewiesen“.

Entgegen dem Grundgesetzartikel 16 („Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“) wird lediglich gefordert: „Asylbewerber können Asyl erhalten, wenn sie politisch Verfolgte sind.“ Dies bedeutet, daß Asylanten kein Recht auf Anerkennung haben, auch wenn ihre Verfolgung im Herkunftsland aus politischen, religiösen oder rassischen Gründen

nachgewiesen ist. Die Rückführungsbestimmungen sowohl für Asylanten als auch für andere Ausländer wollen die Republikaner entscheidend verschärfen: „Der Mißbrauch des Asylbegehrens führt zu sofortiger Ausweisung“; und weiter: „Lernende und studierende Ausländer kehren nach Beendigung ihrer Ausbildung in ihre Heimatländer ebenso zurück wie nach geltendem Recht arbeitslose Ausländer.“

Abgesehen von diesen harten Positionen zeigen die Republikaner auch in diesen für sie doch zentralen Fragen kein adäquates Problembewußtsein. Die Probleme der deutschstämmigen Aussiedler etwa werden im Programm überhaupt nicht angesprochen. Die Republikaner befinden sich hier in einer prekären Situation. Auf der einen Seite müßten sie, ihrer nationalen Ideologie folgend, den Zuzug der Spätaussiedler aus den osteuropäischen Ländern begrüßen, auf der anderen Seite nutzen sie die auch gegen diese Bevölkerungsgruppe bestehenden Ressentiments in ihrer Propaganda — zumindest unterschwellig — mit aus.

Deutlichere Warnungen vor der „Überfremdung“ (ein Reizwort, das auch von anderen rechtsradikalen und rechtsextremistischen Gruppen benutzt wird) und sogar vor weiterem „Kriminellen-Import“ finden sich in der bereits zitierten Passage der Europaerklärung. Die Partei, insbesondere die Parteispitze, versucht aus taktischen Gründen jeden zu offensichtlichen Anschein von Ausländerfeindlichkeit oder Fremdenhaß zu vermeiden. Entsprechenden Vorwürfen wird mit dem Hinweis auf die restriktivere Asylpraxis in anderen demokratischen europäischen Ländern und auch auf das Rotationsprinzip für ausländische Arbeitnehmer in der Schweiz begegnet. Bürgerliche Wähler sollen nicht verschreckt werden. Gleichwohl wird unterschwellig bei der Bevölkerung Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit mobilisiert. Bekanntestes Beispiel in diesem Zusammenhang dürfte der Wahlspot der Republikaner zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses 1989 sein. In diesem geschmacklosen Fernsehspot wurden spielende türkische Kinder gezeigt, während im Hintergrund die Titelmusik aus dem Film „Spiel mir das Lied vom Tod“ erklang.

## III. Die Selbstdarstellung der Partei

Gerade weil die Partei nur über bescheidene programmatische Ansätze verfügt, auf die sie in der politischen Auseinandersetzung festgelegt werden könnte, kommt ihrem Bemühen um eine möglichst positive Selbstdarstellung in der Öffentlichkeit besondere Bedeutung zu. Da sie ihre Wähleransprache nicht auf das verschwindend kleine rechtsextreme Wählerpotential beschränken kann, sondern — wenn auch vermessen — ein erreichbares Potential von 15–20 Prozent (Schönhuber) anpeilt, versuchen sich die Republikaner als eine *verfassungs-*

*treue, demokratische und antiextremistische* Partei darzustellen. Dementsprechend berufen sie sich ausdrücklich auf das Grundgesetz und den demokratischen und sozialen Rechtsstaat. Links- und Rechtsextremismus werden — verbal — von den Republikanern gleichermaßen abgelehnt und angegriffen. So hat das Bundespräsidium der Republikaner eine Aufnahmeperrre für (auch ehemalige?) Mitglieder links- und rechtsextremistischer Parteien, vor allem der NPD und der Deutschen Volksunion (DVU) verhängt; ferner soll auf den Mit-



gliedsausweisen der Partei in Zukunft ein „Bekanntnis zur freiheitlichen Verfassung der Bundesrepublik Deutschland“ festgehalten werden<sup>9)</sup>.

Als Beweis für die Richtigkeit und demokratische Qualität ihrer Ansichten und Forderungen wird ferner häufig auf Übereinstimmungen mit Aussagen „rechter“ Unionspolitiker hingewiesen, während auf der anderen Seite „linke“ Unionspolitiker besonders scharf angegriffen werden. Diese Taktik zielt eindeutig auf unzufriedene Unionsanhänger, denen ein angeblicher, auch von der seriösen konservativen Presse so vermittelter „Linkskurs“ der Partei(-führung) nicht behagt. Mit extremistischen Positionen wäre dieses für den Wahlerfolg der Republikaner vermutlich entscheidende Potential nicht anzusprechen.

Zur Abwehr eines möglichen Vorwurfs des Rechts-Extremismus gehört vor allem die wiederholte Versicherung, die Partei sei weder ausländerfeindlich noch rassistisch oder gar antisemitisch. Ihre Verfassungstreue und demokratische Qualität versucht die Partei mit der nicht überprüfbar behauptung zu beweisen, daß ein großer Teil ihrer Mitglieder Polizisten, Soldaten und Beamte seien. Diese stünden als Staatsdiener besonders loyal zu Staat und Demokratie, mithin sei auch an der demokratischen Qualität der Partei insgesamt nicht zu zweifeln.

Dementsprechend versuchen sich die Republikaner als *Partei für Recht und Ordnung, als Partei der inneren Sicherheit* darzustellen. Mit der Betonung der inneren Sicherheit sollen insbesondere Polizisten, Soldaten der Bundeswehr und Grenzschutzbeamte angesprochen werden. Dabei gehen sie von der offenbar nicht ganz unberechtigten Vermutung aus, daß sich große Teile dieser Berufsgruppen von den „etablierten“ Parteien und der Politik im Stich gelassen fühlen. Eine Identifikation der Republikaner als Partei der Polizisten und Soldaten und damit als Partei für Recht und Ordnung, könnte darüber hinaus auch positive Auswirkungen auf weitere Be-

völkerungskreise haben, die in der angeblichen Gefährdung der inneren Sicherheit in der Bundesrepublik ein großes Problem sehen.

In ähnlicher Weise versuchen sich die Republikaner als „Partei des kleinen Mannes“ darzustellen. Auch hier wird der Anspruch, diese Gruppen zu vertreten und sich für ihre Interessen einzusetzen, mit dem Vorwurf an die anderen Parteien und an die Bundesregierung verbunden, sich um die Nöte und Probleme der „kleinen Leute“ nicht genügend zu bemühen. Angesprochen werden von den Republikanern vor allem die sozialen Probleme der ärmeren Leute, älterer Menschen, der Bauern und der kleinen Selbständigen und Handwerker. Vorhandene Benachteiligungsgefühle und Sozialneid werden dabei ohne Bedenken ausgenutzt. Als „soziale“ Partei weisen die Republikaner in ihrer Selbstdarstellung auf einige — zumindest punktuelle — Übereinstimmungen mit sozialpolitischen Aussagen der SPD (etwa zur Gesundheitsreform) hin. Auch diese Strategie dient der Abwehr des Vorwurfs, eine nur „rechte“ oder gar rechtsextreme Partei zu sein. Gleichzeitig wird ein Wählerpotential von Unzufriedenen, Benachteiligten und sozial Schwächeren angesprochen, die sich ansonsten eher in SPD-Richtung orientieren könnten. Damit versucht die Partei darüber hinwegzutäuschen, daß sie über kein sozialpolitisches Programm verfügt und statt dessen in ihrem Programm eine „Überprüfung des Leistungskataloges . . . des Sozialstaates“ fordert.

Zur Selbstdarstellung und Profilierung der Partei in der Öffentlichkeit trägt die von einem Teil ihrer unterschiedenen Gegner praktizierte *Form der politischen Auseinandersetzung* ebenfalls bei. Der gegen die Republikaner entfachte Protest auf breiter politischer und gesellschaftlicher Grundlage hat — ob gewollt oder nicht — objektiv auch den für die Republikaner positiven Effekt, diese bereits als eine in der Gesellschaft fest etablierte Partei mit tiefen Verankerungen erscheinen zu lassen.

#### IV. Die Republikaner: Eine populistisch-rechtsradikale Partei

Die Republikaner sind eine populistisch-rechtsradikale Protestpartei, deren Anfangserfolge, zunächst in Bayern, dann in Berlin und in einigen hessischen Wahlkreisen bei der Kommunalwahl sowie bei der Europawahl dieses Jahres auf die Mobilisierung von Stimmungen, Affekten und Ressentiments zurückzuführen sind; gleichzeitig konnten sie, insbesondere bei sozial schwächeren und benachteiligten Gruppen an reale, soziale und ökonomische Probleme anknüpfen und die gerade hier verbreitete Politik- und Parteienverdrossenheit ausnutzen. Es ist ihnen bei ihren Wählern gelungen, ein latent bereits vorhandenes, in sich äußerst heterogenes

Protestpotential unterschiedlicher politischer Herkunft mit Hilfe des Katalysatoreffekts einiger weniger, dafür aber emotional-affektiv besetzter Themen zu bündeln und zur Stimmabgabe zu mobilisieren. So werden die Ausländer als Sündenbock für eigene und gesellschaftliche Probleme hingestellt, zu deren Lösung lediglich ein neuer deutscher Nationalismus mit dem Ziel der nationalstaatlichen Wiedervereinigung angeboten wird.

In ihrer derzeitigen Struktur sind sie eher eine rechtspopulistische Protestbewegung als eine politische Partei modernen Typs. Den Republikanern fehlen ein umfassendes Politikangebot und Programm ebenso wie eine in allen Gliederungen aus-

<sup>9)</sup> Vgl. FAZ vom 8. August 1989.



gebaute Organisations- und Infrastruktur mit entsprechenden Partizipationsmöglichkeiten der Mitglieder. Die innerparteiliche Willensbildung ist kaum entwickelt; die Partei ist als „Ein-Mann-Show“ ganz auf die Person Schönhubers ausgerichtet. In dem Maße, in dem sich die Partei personell und organisatorisch weiterentwickelt, werden auch die innerparteilichen Konflikte zunehmen. Derzeit ist das personelle Angebot der Republikaner — vor allem auf der Landes- und der kommunalen Ebene — nur als ausgesprochen dürftig zu beurteilen.

Obwohl in den Themen und teilweise auch in den Formen der politischen Agitation zwischen den Rechtsextremisten und den Republikanern Übereinstimmungen festzustellen sind, können die Republikaner derzeit nicht als rechtsextremistische, d. h. verfassungsfeindliche Partei bezeichnet werden. Sie verfolgen — glaubt man ihren Programmaussagen und den Äußerungen ihrer führenden Repräsentanten — nicht das Ziel, die Demokratie, die Gewaltenteilung und den Rechtsstaat zu beseitigen. Allerdings tragen sie durch ihre demagogische Sprache, durch ihr geschicktes Ausnutzen von Ängsten und Emotionen und durch die Diffamierung ihrer politischen Gegner zu einer Verschärfung des politischen Klimas bei. Insofern können sie auch unserer Demokratie — von der Außenwirkung einmal abgesehen — erheblichen Schaden zufügen.

Bis jetzt schätzt auch der Verfassungsschutz die Republikaner noch nicht als rechtsextremistische Partei ein, betont aber, daß sie sich „am äußersten rechten Rand des demokratischen Spektrums, nicht mehr weit entfernt von der Schwelle zum Extremismus“ (so der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Gerhard Boeden) befinden. Verständlicherweise versuchen die Republikaner, sich scharf gegenüber rechtsextremen, neo-nazistischen Parteien (NPD und DVU) und anderen Organisationen abzugrenzen. Schon aus taktischen Gründen ist dies erforderlich; eine nachgewiesene Verbindung zu den Rechtsextremen würde sie bei einem Großteil ihres Wählerpotentials diskreditieren. Nur ein Bruchteil ihrer derzeitigen potentiellen Anhänger würde vermutlich eine deutlich rechtsextreme, neo-nazistische Partei wählen. Gleichwohl könnten rechtsextreme Kreise versuchen, unter Einbeziehung der Republikaner ein gemeinsames „rechtes, nationales Lager“ zu bilden.

Trotz der — vielleicht nur taktischen — Abgrenzung gegenüber den Rechtsextremisten waren zahlreiche, auch führende Mitglieder der Republikaner in früheren Jahren in der NPD oder auch in anderen rechtsextremen Organisationen engagiert. Auch die Wahl der Themen ihrer politischen Agitation und die damit verbundenen inhaltlichen Positionen lassen weitgehende Übereinstimmungen zwischen Republikanern und Rechtsextremen erkennen. Europa- und ausländerfeindliche sowie antiamerikani-

sche Positionen sind beiden gemeinsam. Die verharmlosende Bewertung des Nationalsozialismus und die subtile Relativierung der deutschen Kriegsschuld stellen weitere verbindende Elemente dar.

Die Mobilisierung diffuser, latent vorhandener Protestgefühle, nicht die Propagierung rechtsextremer, verfassungsfeindlicher Positionen — dies ist das bisherige Erfolgsrezept der Republikaner. Eine in den letzten Jahren zunehmende allgemeine Politik- und Parteienverdrossenheit kommt ihnen dabei ebenso zugute wie die nachlassende Bindungs- und Integrationskraft der großen Volksparteien, hier der Union. Im Zuge des Generationenwechsels, der Individualisierung der Lebensstile, der Pluralisierung der Lebenswelten und tiefgreifender Säkularisierungsprozesse erweisen sich die alten gesellschaftlichen Verwurzelungen und geistigen Bindungen der Volksparteien allein nicht mehr als tragfähig. Von diesem Erosionsprozeß profitieren die politischen Parteien an den Rändern, so auch die Republikaner als rechtspopulistische Protestpartei. Ob damit ihr Erfolg auch auf Dauer gesichert ist, erscheint angesichts der heterogenen Wählerstruktur der Partei<sup>10)</sup> und ihrer organisatorischen Schwächen noch höchst zweifelhaft.

Die mit dem Generationenwechsel zunehmende Enttabuisierung rechtsradikaler Themen und Positionen hat gleichfalls zum Aufstieg der Republikaner beigetragen. Das nationalistische Grundmotiv der Partei spielt hier eine wichtige Rolle. Damit streben die Republikaner den Brückenschlag zwischen national eingestellten, konservativen Wählern einerseits und dem Wählerpotential der traditionellen rechtsextremistischen Parteien andererseits an. Die Problemlösungskompetenz der Partei tritt demgegenüber zurück. Die entscheidende Motivation für die Wähler der Republikaner ist nicht die positive Unterstützung der Partei wegen ihrer überzeugenden Lösungskonzepte für die zentralen Probleme der Gesellschaft — über diese Konzepte verfügt die Partei nicht. Statt dessen mobilisieren die Republikaner Protestgefühle gegen einzelne Mißstände in Staat und Gesellschaft, gegen die „etablierten“ Parteien, insbesondere die Union und die Bundesregierung. Soziale Abstiegsängste und Bedrohungsgefühle gegenüber dem gesellschaftlichen Wandel, gegenüber der Modernisierung und den komplizierten Veränderungen der Gesellschaft werden von der Partei geschürt und ausgenutzt. An zukunftsweisenden Konzepten zur rationalen Bewältigung dieses sozialen Strukturwandels und seiner Probleme hat die Partei jedoch nichts anzubieten. Ihre Blickrichtung und ihre Themen sowie ihre bescheidenen Lösungsansätze sind rückwärtsgerichtet.

<sup>10)</sup> Vgl. hierzu in Kürze: Hans-Joachim Veen/Peter Gludowski/Peter Mnich, Die Wähler und Sympathisierenden der Republikaner-Partei, Interne Studien Nr. 14/1989 des Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung.



# Sind die Republikaner die fünfte Partei?

## Sozial- und Meinungsstruktur der Wähler der Republikaner

### I. Einleitung

Das Erscheinen der Republikaner auf der politischen Bühne, ihr Einzug ins Berliner Abgeordnetenhaus, ihr Erfolg bei der Europawahl, ihr bundesweit über Umfragen sichtbarer Zuspruch und ihr Medienerfolg haben die politische Landschaft der Bundesrepublik verändert. Die Frage, ob rechts von der Union eine Partei entsteht, die sie möglicherweise die Macht kostet, hat innerhalb der Unionsparteien zu heftigen Auseinandersetzungen über Strategiefragen geführt; die Union geriet in ein Stimmungstief, es folgten eine Kabinettsumbildung, ein Austausch des Generalsekretärs der CDU – die Wogen scheinen jedoch keineswegs geglättet. Aber auch die SPD, die zunächst einmal annehmen konnte, daß sie von dieser Entwicklung am ehesten profitiert, mußte bei näherem Hinsehen feststellen, daß sie nicht unbetroffen ist. Auch die FDP kann tangiert sein, denn sie verliert bei einer Bereinigung des Problems durch die Unionsparteien möglicherweise bestimmte Funktionen, die sie in dieser Koalition wahrgenommen hat und die die Stütze ihres Erfolgs bei den vergangenen Wahlen waren. Lediglich die GRÜNEN scheinen im Moment, was ihre Wähler angeht, weitgehend von der Entwicklung unberührt zu sein.

Das Ergebnis der Berliner Wahlen, anschließend der Kommunalwahlen in Hessen, insbesondere in

Frankfurt, das Resultat der Europawahl und auch die seit Februar gemessenen Umfrageergebnisse sind bei weitem nicht der erste Hinweis darauf, daß es ein aktivierbares Potential am rechten Rand gibt, das die Union derzeit nicht abdecken kann. Allerdings wird dieses Sichtbarwerden des rechten Randes von Ereignissen begleitet, die eine gewisse Dramaturgie in sich bergen. Spektakuläre Auftritte von Abgeordneten des rechten Parteienrandes, wie jüngst des inzwischen aus der CDU ausgetretenen Landtagsabgeordneten Kurt Vajen in Niedersachsen, Gespräche oder Dementis von Gesprächen zwischen Unionspolitikern und Vertretern der Republikaner führen zur Beachtung in den Medien und verstärken das Erscheinungsbild der Republikaner und möglicherweise auch ihren Erfolg<sup>1)</sup>. Für die den Republikanern Nahestehenden ist es jedoch sehr viel wichtiger, daß durch den Einzug der Partei in die Parlamente eine demokratische Legitimierung erreicht wurde, die ein mehr oder weniger offenes Bekenntnis zu der Partei möglich macht. Notwendig ist jedoch, daß die Parteien auf die neue Entwicklung reagieren, vor allem die Unionsparteien, die am meisten betroffen sind. Heißt das aber, daß es bereits eine neue Partei rechts von der Union gibt?

### II. Wer sind die Wähler der Republikaner?

Die ersten sozialstrukturellen Analysen der Wähler der Republikaner konnten sich nur auf wenige Umfragen in Berlin und auf die repräsentative Wahlstatistik der Wahl zum Abgeordnetenhaus vom 29. Januar 1989 beziehen und mußten zwangsläufig zu sehr vorläufigen Aussagen führen<sup>2)</sup>. Bundesweite Umfragen seit Februar und die Ergebnisse der re-

präsentativen Wahlstatistik zur Europawahl<sup>3)</sup> erlauben nunmehr eine wesentlich differenziertere Antwort auf die Frage, wer die Wähler der Republikaner sind.

Schien es in Berlin noch so, daß vor allem junge Wähler verstärkt von den Republikanern angezogen wurden, so zeigt sich bundesweit ein relativ gleich großer Erfolg für die Republikaner in allen

<sup>1)</sup> Wenngleich dies beklagt wird (vgl. Rainer Nahrendorf, Medien als Verstärker, in: Handelsblatt vom 31. Juli 1989), ist diese möglicherweise ungerechtfertigte Medienaufmerksamkeit der Preis, der für eine freie Presse zu zahlen ist.

<sup>2)</sup> Vgl. Wahl in Berlin. Eine Analyse der Wahl zum Abgeordnetenhaus vom 29. Januar 1989, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e. V., Mannheim, Nr. 53/1989 sowie die dort aufgeführte Umfrage; siehe ferner: Parteiensystem im Umbruch. Berlin nach der Wahl, repräsentative ipos-Umfrage vom 6.–10. Februar 1989, 982 Befragte; Ergebnisse der Repräsentativstatistik, in: Wahlen in Berlin, Statistisches Landesamt Berlin 2/89, S. 39 ff.

<sup>3)</sup> Vgl. Kumulierte Politbarometer-Umfragen von Februar bis August 1989, 8 317 Befragte, 6 788 nennen eine Wahlabsicht, 400 davon die REP, das sind 4,8% der Gesamtheit oder 5,9% der gültigen Stimmen; Repräsentative Wahlstatistik, Heft 4, Fachserie 1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Europawahl 18. Juni 1989, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter, hrsg. vom Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, erschienen am 31. August 1989 (die Stichprobe der repräsentativen Wahlstatistik enthält keine Briefwähler).



Altersgruppen. In Berlin konnten die Republikaner bei den unter 30jährigen immerhin einen Anteil von fast 12 % erreichen und bei den 18- bis unter 24jährigen sogar 16 %. Dies führte zu großer Unruhe in den Medien und bei den etablierten Parteien. War ein beachtlicher Teil der jungen Wähler, vor allem der formal Bessergebildeten, zu Beginn der achtziger Jahre den beiden großen Parteien schon abtrünnig geworden und bei den GRÜNEN bzw. Alternativen gelandet, so verloren sie jetzt noch zusätzlich an den rechten Rand. Trotzdem war der Schluß: „Die Republikaner sind eine Jungwählerpartei“<sup>4)</sup> etwas vorschnell und auch für Berlin zu relativieren. Zwar setzt sich die Wählerschaft der Republikaner in Berlin zu fast 30 % aus Wählern unter 30 Jahren zusammen (bei der CDU sind es knapp 12 %, bei der SPD knapp 20 %), trotzdem ist die Partei mit dem größten Anteil von jüngeren Wählern die AL. 42,4 % ihrer Wählerschaft sind jünger als 30 Jahre und 84,5 % unter 45 Jahre. Dagegen sind 52,9 % der Wähler der Republikaner unter 45 Jahre; in der gesamten Bevölkerung sind dies 45 %. Die Wähler der Republikaner in Berlin sind demnach zwar jünger als die der CDU und auch der SPD, aber die Partei selbst ist keineswegs eine Jungwählerpartei. Bundesweit ähnelt die Zusammensetzung der Wähler der Republikaner nach dem Alter sehr der Verteilung der Wähler insgesamt (vgl. Tabelle 1 Spalte 3).

**Tabelle 1: Zusammensetzung der Wähler der Republikaner nach Alter und Geschlecht bei der Europawahl am 18. Juni 1989 (in Klammern: Wähler insgesamt) in Prozent**

Alter	Männer	Frauen	Insgesamt
18-24	8,5 ( 5,9)	3,8 ( 5,3)	12,3 ( 11,2)
25-34	10,9 ( 8,6)	5,4 ( 8,1)	16,4 ( 16,7)
35-44	9,4 ( 7,4)	5,1 ( 7,3)	14,5 ( 14,8)
45-59	18,4 (13,7)	10,0 (13,7)	28,4 ( 27,4)
60 und mehr	17,0 (11,9)	11,5 (18,0)	28,4 ( 30,0)
Zusammen	64,2 (47,6)	35,8 (52,4)	100,0 (100,0)

Quelle: Repräsentative Wahlstatistik (Anm. 3).

Die Republikaner haben bundesweit nur einen leicht überdurchschnittlichen Erfolg bei den Jungwählern (vgl. Tabelle 2). Etwas stärker ist die Überrepräsentation der Republikaner bei den Jungwählern in Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. In Niedersachsen, Bremen und Schleswig-Holstein sind die Erfolge der Partei bei den über 60jährigen höher als im Durchschnitt, aber auch hier sind die Abweichungen gering<sup>5)</sup>.

<sup>4)</sup> Hajo Funke, Kein Grund zur Verharmlosung — die „Republikaner sind eine Jungwählerpartei“, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, (1989) 4.

<sup>5)</sup> Vgl. Repräsentative Wahlstatistik Europawahl (Anm. 3), S. 28 ff.

**Tabelle 2: Prozentanteile (Wählerstimmen) der Republikaner in den Alterskohorten der Repräsentativ-Statistik bei der Europawahl 1989**

Alter	Männer	Frauen	Insgesamt
18-24	10,4	5,1	7,9
25-34	9,0	4,8	7,0
35-44	9,0	4,9	7,0
45-59	9,6	5,2	7,4
60 und mehr	10,2	4,6	6,8
Zusammen	9,6	4,9	7,1

Quelle: Repräsentative Wahlstatistik (Anm. 3).

Die auffälligsten Unterschiede im Wahlverhalten beobachten wir zwischen Männern und Frauen und im Nord-Süd-Vergleich der Bundesrepublik.

Die Dominanz von Männern unter den Wählern der Republikaner ist besonders auffallend. Bei der Europawahl entsprachen in der Gesamtwählerschaft 100 weiblichen Wählern 91 männliche. In der Wählerschaft der Republikaner aber kommen auf 100 weibliche Wähler 179 männliche Wähler. Wie aus den Tabellen 1 und 2 zu entnehmen ist, findet sich das starke Übergewicht der Männer in der Wählerschaft der Republikaner in allen Altersgruppen.

Hinweise zur Erklärung dieser Verhaltensunterschiede ergeben sich aus dem stark unterschiedlichen Interesse an Politik bei Männern und Frauen<sup>6)</sup>, das nicht mit Bildungsunterschieden oder Unterschieden in der Alterszusammensetzung

#### 6) Interesse für Politik

	Männer	Frauen
politisch interessiert	60 %	38 %
davon: sehr starkes politisches Interesse	11 %	5 %
gar nicht interessiert	9 %	23 %
<i>politisch interessiert</i>		
Alter 18-24	52 %	36 %
25-29	56 %	39 %
30-39	64 %	49 %
40-49	64 %	40 %
50-59	60 %	42 %
60 und älter	61 %	31 %
Bildung Volksschule ohne Lehre	41 %	24 %
Volksschule mit Lehre	51 %	35 %
mittlere bis höhere Schule	70 %	47 %
Abitur bis Hochschulabschluß	78 %	69 %

Quelle: ipos-Umfrage vom Februar 1987, 1996 Befragte bundesrepräsentativ.

Dieses unterschiedliche Politikinteresse wurde auch in Umfragen in bezug auf die Europawahl sichtbar reproduziert (ipos-Umfrage vom Mai 1989, 2 040 Fälle, Interesse an der Europawahl: Männer 46 %, Frauen 32,5 %).



der Geschlechtergruppen erklärt werden kann. Das unterschiedliche Interesse an Politik führt dazu, daß neue politische Entwicklungen verschieden, möglicherweise auch nur zeitversoben aufgenommen werden. Für die letztere Hypothese spricht die Entwicklung bei den GRÜNEN. In ihrer Wählerschaft waren zunächst die Männer überrepräsentiert (vgl. Tabelle 3; die gleiche Entwicklung kann

**Tabelle 3: Zusammensetzung der Wählerschaft der GRÜNEN (in Klammern: der Gesamtheit) bei den Europawahlen 1979–1989 nach Geschlecht**

GRÜNE	1979 %	1984 %	1989 %
Männer	52,1 (46,2)	51,8 (46,3)	47,4 (47,6)
Frauen	47,9 (53,8)	48,2 (53,7)	52,6 (52,4)

Quellen: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 10. Juni 1979, Heft 6, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter, Stuttgart–Mainz 1979, S. 36 f.; dto., . . . am 17. Juni 1984, Heft 4, Stuttgart–Mainz 1984, S. 46 f.; dto., . . . am 18. Juni 1989, Heft 4, Stuttgart 1989, S. 38 f.

man auch bei den Landtagswahlen feststellen), inzwischen entspricht die Geschlechterverteilung der Wähler der GRÜNEN der der Gesamtheit.

Daß Politik und vor allem neue politische Bewegungen von Männern und Frauen unterschiedlich wahr- und aufgenommen werden, dafür sprechen meßbare Einstellungsunterschiede in den Bereichen Friedenssicherung, Abrüstung, Einschätzung militärischer Stärke und Bedrohung, Einschätzung der wirtschaftlichen Lage, persönliche Zukunftssicherung etc. 7). In all diesen Bereichen äußern Frauen kritischere Haltungen als Männer und stärkeren Sicherheitsbedarf. Bei der Beurteilung aktueller politischer Entwicklungen sind Frauen zurückhaltender und abwartender als Männer. Daß zu diesen Gründen einer größeren Reserve gegenüber den Republikanern aber auch noch spezifische Ursachen der Ablehnung parteilicher Gruppierungen am rechten Rand kommen, zeigt die Tatsache, daß auch die NPD in den späten sechziger Jahren von Frauen sehr viel weniger Zuspruch erhielt als von Männern. Die Zusammensetzung der Wählerschaft der Republikaner nach Männern und Frauen bei der Europawahl 1989 ist nahezu identisch mit der der NPD bei der Bundestagswahl 1969 (vgl. Tabelle 4). Damals erreichte die NPD 4,3 % der Stimmen.

7) Zum Beispiel 74 % der Männer, aber nur 46 % der Frauen sagten im Dezember 1988, der Frieden in Europa sei nach ihrer Meinung seit einem Jahr sicherer geworden (Politbarometer Dezember 1988). In der gleichen Umfrage beurteilten 54 % der Männer, aber nur 31 % der Frauen die wirtschaftliche Lage als gut.

**Tabelle 4: Zusammensetzung der Wählerschaft der NPD bei der Bundestagswahl 1969 und der Republikaner bei den Europawahlen 1989 (in Klammern: Gesamtheit der Wähler) nach Geschlecht**

	NPD 1969 %	Republi- kaner 1989 %
Männer	65,5 (45,9)	64,2 (47,6)
Frauen	34,5 (54,1)	35,8 (52,4)

Quellen: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wahl zum 6. Deutschen Bundestag am 28. September 1969, 8. Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter, Stuttgart–Mainz 1971, S. 44; ders., Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 18. Juni 1989, Heft 4, Stuttgart 1989, S. 38 f.

Bereits in den Analysen der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus wurde deutlich, daß die Republikaner eher bei den „kleinen Leuten“ erfolgreich waren, bei Wählern mit niedrigem Berufs- und Bildungsstatus. Das ging aus Umfragen, die vor und nach der Wahl durchgeführt wurden, hervor, aber auch die Aggregatanalyse (auf Wohngebiete bzw. Regionen bezogene Gesamtergebnisse) zeigte in die gleiche Richtung. Die höchsten Anteile hatten die Republikaner in den Arbeitervierteln im Wedding und in Neukölln. Die nunmehr für die Bundesrepublik vorliegenden Daten erlauben auch hier eine differenziertere Betrachtung.

**Tabelle 5: Prozentanteil der Republikaner nach Alter und Schulbildung**

Alter	Schulbildung	%	Fälle
18–29 Jahre	Volksschule	6,5	598
	Mittl. Schulabschluß Abitur oder	4,9	627
	Universitätsabschluß	0,9	657
30–39 Jahre	Volksschule	6,3	628
	Mittl. Schulabschluß Abitur oder	2,2	403
	Universitätsabschluß	0,6	367
40–49 Jahre	Volksschule	6,3	750
	Mittl. Schulabschluß Abitur oder	3,7	372
	Universitätsabschluß	1,4	262
50–59 Jahre	Volksschule	5,5	839
	Mittl. Schulabschluß Abitur oder	6,4	289
	Universitätsabschluß	3,3	194
60 und älter	Volksschule	5,6	1 451
	Mittl. Schulabschluß Abitur oder	5,5	547
	Universitätsabschluß	8,3	321
Zusammen		4,8	8 317

Quelle: Kumulierte Politbarometer-Umfragen (Anm. 3).



**Tabelle 6: Prozentanteil der Republikaner nach Alter, Schulbildung und Geschlecht**

Männlich				Weiblich			
Alter	Schulbildung	%	Fälle	Alter	Schulbildung	%	Fälle
18–29 Jahre	Volksschule	8,3	358	18–29 Jahre	Volksschule	3,9	239
	Mittl. Schulabschluß Abitur oder Universitätsabschluß	6,0	247		Mittl. Schulabschluß Abitur oder Universitätsabschluß	4,1	381
		1,3	350			0,4	307
30–39 Jahre	Volksschule	7,7	306	30–39 Jahre	Volksschule	4,9	322
	Mittl. Schulabschluß Abitur oder Universitätsabschluß	2,8	172		Mittl. Schulabschluß Abitur oder Universitätsabschluß	1,7	231
		1,0	222			0,0	145
40–49 Jahre	Volksschule	8,7	354	40–49 Jahre	Volksschule	4,2	396
	Mittl. Schulabschluß Abitur oder Universitätsabschluß	6,6	174		Mittl. Schulabschluß Abitur oder Universitätsabschluß	1,2	198
		2,0	180			0,0	82
50–59 Jahre	Volksschule	6,9	396	50–59 Jahre	Volksschule	4,2	443
	Mittl. Schulabschluß Abitur oder Universitätsabschluß	8,6	141		Mittl. Schulabschluß Abitur oder Universitätsabschluß	4,2	148
		3,9	123			2,2	71
60 Jahre und älter	Volksschule	9,0	517	60 Jahre und älter	Volksschule	3,7	934
	Mittl. Schulabschluß Abitur oder Universitätsabschluß	10,2	165		Mittl. Schulabschluß Abitur oder Universitätsabschluß	3,5	381
		10,6	172			5,6	149

Quelle: Kumulierte Politbarometer-Umfragen (Anm. 3).

Bei den Wählern unter 50 Jahren sind es ganz deutlich die formal Geringer gebildeten, also Wähler mit Volksschule als höchstem Schulabschluß, die durch die Republikaner angesprochen werden. Mittlere Schulbildung führt bereits zu eher unterdurchschnittlicher Unterstützung der Republikaner. Bei den formal Hochgebildeten, Befragten mit Abitur oder Hochschulbildung, finden die Republikaner nur sehr wenige Anhänger. Im Unterschied hierzu haben die Republikaner bei Wählern zwischen 50 und 60 Jahren in der mittleren Bildungsstufe stärksten Zuspruch, und bei den über 60jährigen äußern die formal Hochgebildeten am häufigsten eine Präferenz für die Partei am rechten Rand (vgl. Tabelle 5).

Betrachtet man die Bildungsgruppen getrennt nach Männern und Frauen, so wird erneut der große Unterschied zwischen den Geschlechtern deutlich. Der Einfluß der Bildung und die Unterschiede zwischen jüngeren und älteren Wählern wiederholen sich auf unterschiedlichem Niveau (vgl. Tabelle 6). Es sind vor allem die Männer mit formal einfacher Bildung, die eine stärkere Anlehnung an die Republikaner zeigen. Bei den Älteren, den über 60jährigen Männern, ist die Nähe zu den radikal Rechten unabhängig vom Bildungsstatus.

Eine Einteilung der Wähler der Republikaner nach Berufsgruppen kann das Bild weiter vertiefen (vgl. Tabellen 7 und 8). Es sind Facharbeiter sowie un- und angelernte Arbeiter, die sich überproportional häufig für die Republikaner aussprechen – abgese-

**Tabelle 7: Prozentanteil der Republikaner in Berufsgruppen**

Beruf des Befragten	Prozent- anteile	Fälle
un- u. angelernte Arbeiter	6,3	565
Facharbeiter	7,8	1 048
kl. u. mittl. Angest. u. Beamte	4,7	3 086
leit. Angestellte u. höh. Beamte	4,2	857
Selbständige	5,3	724
Landwirte	11,5	83
Sonstige (Hausfrauen, Schüler, Studenten)	2,5	1 954
Zusammen	4,8	8 317

Quelle: Kumulierte Politbarometer-Umfragen (Anm. 3).

**Tabelle 8: Prozentanteil der Republikaner in Berufsgruppen**

Beruf des Haushaltsvorstandes	Prozent- anteile	Fälle
un- u. angelernte Arbeiter	6,2	615
Facharbeiter	5,4	1 564
kl. u. mittl. Angest. u. Beamte	4,6	3 294
leit. Angestellte u. höh. Beamte	4,3	1 181
Selbständige	4,9	998
Landwirte	8,5	166
Sonstige (Hausfrauen, Schüler, Studenten)	2,3	499
Zusammen	4,8	8 317

Quelle: Kumulierte Politbarometer-Umfragen (Anm. 3).



hen von den Landwirten, die eine besonders hohe Neigung zur Partei am rechten Rand zeigen<sup>8)</sup>. In Bayern und Baden-Württemberg, wo die Republikaner besonders erfolgreich sind, zeigen am häufigsten die un- und angelernten Arbeiter eine Präferenz für die Partei; danach erst die Landwirte und nur leicht überdurchschnittlich die Facharbeiter. In den anderen Bundesländern sind die Landwirte besonders angetan von den Republikanern, überproportional sind auch noch die Facharbeiter und die Selbständigen in der Wählerschaft dieser Partei vertreten.

Abgeleitet von den sozialstrukturellen Erklärungsmodellen des Wahlverhaltens, gilt es als gesichertes Wissen in der Wahlforschung, daß die Mitgliedschaft in den „Vorfeldorganisationen“ der beiden großen Parteien (Kirche und Gewerkschaften) das Wahlverhalten zugunsten dieser Parteien auch heute noch stabilisiert<sup>9)</sup>. Will man den Erfolg einer neuen Partei erklären, so sind diese Sachverhalte zu überprüfen. Als zunächst überraschendes Ergebnis zeigt sich, daß die Republikaner bei Katholiken erfolgreicher sind als bei Protestanten (vgl. Tabelle 9). Überraschend ist dies auch deshalb, weil

**Tabelle 9: Prozentanteil der Republikaner in Konfessionsgruppen**

Konfession	Prozentanteile	Fälle
katholisch	5,5	3 576
prot.-evang.	4,0	3 818
andere	1,1	108
keine	6,1	815
Zusammen	4,8	8 317

Quelle: Kumulierte Politbarometer-Umfragen (Anm. 3).

bei früheren Entwicklungen zum rechten Rand Katholiken gegen solche Bewegungen eher gefeiert waren<sup>10)</sup>. Da die Republikaner zumindest zum Teil ein bayerisch-süddeutsches Phänomen sind (Bayern stellte 18,1 % der deutschen Wähler bei der Europawahl, aber 37,2 % der Wähler der Republikaner kommen aus diesem Bundesland), die Katholikenanteile dort aber besonders hoch ausfallen,

<sup>8)</sup> Die interessanten Unterschiede zwischen der Tabelle 7 (Beruf des Befragten) und der Tabelle 8 (Beruf des Haushaltsvorstandes) beruhen darauf, daß die (Haus-)Frauen, aber auch Schüler und Studenten eine sehr viel geringere Nähe zu den Republikanern haben. Werden sie, wie bei dem in der Wahlforschung in der Regel verwendeten Haushaltskonzept, der Berufsgruppe des Haushaltsvorstandes zugezählt, so verändern sie den Durchschnittswert dieser Gruppe beachtlich.

<sup>9)</sup> Vgl. Franz Urban Pappi, Sozialstruktur und politische Konflikte in der Bundesrepublik, unv. Habilitationsschrift an der Universität zu Köln, 1976.

<sup>10)</sup> Vgl. Hans-Dieter Klingemann/Franz Urban Pappi, Politischer Radikalismus, München-Wien 1972.

sind die vielen Katholiken unter den Wählern der Republikaner eher ein Effekt dieser Struktur. Die Frage, ob die Bindungskraft der Kirche im Hinblick auf radikale Bewegungen nachläßt, kann allein mit der Konfessionszugehörigkeit nicht beantwortet werden. Mißt man Kirchenbindung mit Kirchengangshäufigkeit, so zeigt sich eher das erwartete Verhalten. Je stärker die Bindung an die Kirche, desto geringer ist die Neigung, für die Republikaner zu votieren (vgl. Tabelle 10). Mit anderen Worten:

**Tabelle 10: Prozentanteil der Republikaner in Gruppen unterschiedlicher Kirchenbindung**

Kirchengangshäufigkeit	Prozentanteile	Fälle
oft	3,8	1 564
gelegentlich	4,5	3 468
selten u. nie	5,4	2 445
keine Konfession	6,1	815
Gesamt	4,8	8 317

Quelle: Kumulierte Politbarometer-Umfragen (Anm. 3).

Die Republikaner gewinnen (auch unter den Katholiken) eher diejenigen, die nur eine schwache oder keine Bindung mehr an die Kirche haben. Zumindest im Ansatz funktioniert das alte Muster der Bindung über diese Vorfeldorganisation.

Anders sieht es in bezug auf die Gewerkschaften aus. Gewerkschaftsmitglieder<sup>11)</sup> unterscheiden sich in ihrer Neigung, die Republikaner durch ihre Stimme zu unterstützen nicht von denjenigen, die keiner Gewerkschaft angehören. Eine Differenzierung nach Berufsgruppen verändert diese Aussage nicht (vgl. Tabelle 11). Auch unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern wählen überproportional viele die Republikaner, wenn auch nicht ganz so viele wie unter den Nichtorganisierten. Die Unterschiede sind jedoch nicht gravierend. Keineswegs sind die Gewerkschaften ein Bollwerk gegen eine Entwicklung am rechten Parteienrand, weder bei den Arbeitern noch bei den Angestellten.

Die Republikaner waren im Süden der Bundesrepublik bei der Europawahl, wie bereits erwähnt, sehr viel erfolgreicher als im Norden. Unter Einbeziehung der DVU als einer weiteren Partei am rechten Rand des Parteienspektrums verändert sich das Bild leicht (vgl. Tabelle 12). Die Rechtsparteien sind am erfolgreichsten in Bayern (15,6 %), in Baden-Württemberg (11,1 %) und in Hessen (8,8 %), danach folgen die Stadtstaaten Bremen (7,6 %) und Hamburg (7,5 %) mit einem ähnlichen Ergebnis wie in Berlin im Januar 1989 und das Saarland (7,1 %). Die schlechteren Ergebnisse für die extrem Rechten gibt es in Niedersachsen (6,4 %), Rhein-

<sup>11)</sup> Es handelt sich auch hier um das sog. Haushaltskonzept, d. h. Gewerkschaftsmitglieder im Haushalt.



**Tabelle 11: Prozentanteil der Republikaner nach Gewerkschaftsbindung**

	Prozent- anteile	Fälle		Prozent- anteile	Fälle
Gewerkschaftsmitglied	4,8	2 636	kein Mitglied	4,8	5 645
davon:			davon:		
Arbeiter	5,4	1 063	Arbeiter	5,9	1 113
kl. u. mittl. Angest. u. Beamte	4,5	1 135	kl. u. mittl. Angest. u. Beamte	4,7	2 141
andere Berufe	4,5	437	andere Berufe	4,4	2 392

Quelle: Kumulierte Politbarometer-Umfragen (Anm. 3).

**Tabelle 12: Prozentanteile der Parteien Republikaner, Deutsche Volkunion (DVU) und NPD**

	Europawahl 1989		Bundestagswahl 1969	Landtagswahlen
	Republi- kaner	DVU	NPD	NPD (Jahr)
Schleswig-Holstein	4,6	1,3	4,3	5,8 (67)
Hamburg	6,0	1,5	3,5	3,9 (66)
Niedersachsen	4,8	1,6	4,6	7,0 (67)
Bremen	4,4	3,2	4,4	8,8 (67)
Nordrhein-Westfalen	4,1	1,3	3,1	— (66)
Hessen	6,5	2,3	5,1	7,9 (66)
Rheinland-Pfalz	4,6	1,5	5,2	6,9 (67)
Baden-Württemberg	8,7	2,4	4,5	9,8 (68)
Bayern	14,6	1,0	5,3	7,4 (66)
Saarland	5,8	1,3	5,7	— (65)

Quellen: Kumulierte Politbarometer-Umfragen (Anm. 3); Statistisches Bundesamt (Hrsg.). Wahl zum 6. Deutschen Bundestag am 28. September 1969, Heft 1, Stuttgart-Mainz 1970.

land-Pfalz (6,1 %), Schleswig-Holstein (5,9 %) und Nordrhein-Westfalen (5,4 %).

Die Erfolge der NPD bei der Bundestagswahl 1969 weichen in den Ländern weniger voneinander ab als die der Republikaner bei der Europawahl. Aber unter Berücksichtigung der Landtagswahlergebnisse in den Jahren 1966 bis 1968 ergibt sich ein durchaus vergleichbares Bild: Im Süden hatte die NPD mehr Erfolg als im Norden, besonders in Nordrhein-Westfalen hatte die NPD auch damals ein niedriges Ergebnis.

Die alten „Nester“ erklären aber nicht ausreichend den großen Abstand, den es insbesondere zwischen dem Verhalten der bayerischen Wähler und dem der „Nordlichter“ gab. Der Erfolg der Republikaner in Bayern ist sicherlich auch mit der Person ihres Vorsitzenden als dem am deutlichsten sichtbaren Repräsentanten der Partei verknüpft, der sich gerne als der legitime Nachfolger von Franz Josef Strauß bezeichnet (der lange Zeit den rechten Parteienrand zumindest verbal zufrieden stellen konnte). Im übrigen gibt sich die Partei in ihrem

Auftreten und in ihren Symbolen eher bayerisch-süddeutsch<sup>12)</sup>.

Betrachtet man die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Republikaner-Wähler, so ist man versucht, sie — mit Ausnahme der Landwirte, die rein zahlenmäßig nicht sehr ins Gewicht fallen — eher der Klientel der Sozialdemokraten zuzuordnen. Die Frage nach dem bisherigen Wahlverhalten zeigt jedoch, daß die eindeutige Mehrheit (53 %) angibt, früher die Unionsparteien gewählt zu haben. 21 % sagen, sie hätten SPD gewählt, 11 % andere Parteien, und 15 % sind frühere Nichtwähler und Wähler, die sich zum ersten Mal an einer Wahl beteiligen. Zumindest ein Teil der Wähler der Republikaner war offenbar nicht in der Lage, eine längerfristige Bindung an eine Partei zu entwickeln. In Berlin waren viele, die von der CDU kamen, Ende der siebziger Jahre und Anfang der achtziger Jahre

<sup>12)</sup> Vgl. Klaus Leggewie, Die Republikaner. Phantombild der neuen Rechten, Berlin 1989; Kurt Hirsch/Hans Sarkowicz, Schönhuber, der Politiker und seine Kreise, Frankfurt 1989.



von der SPD dorthin gewandert, weil sie sich durch den damaligen SPD-Senat nicht mehr vertreten fühlten. Enttäuscht davon, in der CDU keine neue

politische Heimat und keine adäquate Vertretung gefunden zu haben, wanderten sie weiter zum rechten Rand<sup>13)</sup>.

### III. Was sind die Motive der Wähler der Republikaner?

Es gibt ohne Zweifel ein rechtskonservatives Potential überall in der Bundesrepublik, das auf law and order-Parolen, auf ökonomisch bedingte Ängste und vermeintliche Außenbedrohung reagiert. Dieses Potential, das in politischen Friedenszeiten von der Union (mit etwas Arbeitsteilung zwischen den beiden Unionsparteien) unter den Fittichen gehalten wird, ist bei entsprechender Problemlage durch die Parteien am rechten Rand des politischen Spektrums zu mobilisieren, wie sich auch Mitte der sechziger Jahre mit der NPD zeigte. Dies gelingt leichter bei Wahlen zweiter Ordnung<sup>14)</sup>, also zum Beispiel bei Landtagswahlen oder Europawahlen, weil die Wähler die Bedeutung dieser Wahlen geringer einstufen als die von Bundestagswahlen und sich deshalb eher ein Abweichen von ihrer eigentlichen Parteilinie leisten oder aber der Wahl fernbleiben. So werden Landtagswahlen und auch Europawahlen von einem Teil der Wähler instrumental eingesetzt, als Drohung sozusagen, um eigene Interessen gegenüber den etablierten Parteien durchzusetzen. Ein solch erhobener Zeigefinger war zum Beispiel das Landtagswahlergebnis in Bayern 1986, als die Republikaner 3% erhielten, oder auch das in Baden-Württemberg 1988, als die rechten Splitterparteien 4,7% erreichten<sup>15)</sup>.

Erfolge von Rechtsaußen-Parteien sind wahrscheinlicher, wenn die Union im Bund regiert, weil sich gegen sie der eigentliche Unmut der Wähler dieser Gruppen richtet. Das war so bei dem großen Erfolg der NPD in den späten sechziger Jahren in den Ländern; immerhin wurde die NPD in den Jahren 1966 bis 1968 in sieben Länderparlamente gewählt. Der Versuch der AVP (Arbeitsgemeinschaft Vierte Partei), sich zu Zeiten der sozialliberalen Koalition zu etablieren, ist dagegen schnell gescheitert. Auf Bundesebene ist es der NPD auch 1969 nicht gelungen, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. Sie ist danach innerhalb von drei Jahren zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken (1972: 0,6%).

Die Hauptgründe für das Erstarren der NPD waren eindeutig: ökonomische Statusbedrohung mittelständischer Gruppen und als politischer Grund die Große Koalition. Die Gründe für das schnelle Verschwinden der NPD waren ebenso eindeutig: die Überwindung der ökonomischen Krise und als politischer Grund der Wechsel der Unionsparteien in die Opposition.

Offensichtlich ist aber damit die Frage nach einem Erfolg der Republikaner nicht beantwortet. Eine vergleichbare ökonomische Krise gibt es nicht, wohl aber eine gespaltene ökonomische Entwicklung, nämlich Dauerarbeitslosigkeit bei gleichzeitigen Wachstumsraten und eine Verstärkung der Kluft zwischen der größeren Gruppe der relativ Habenden und der kleinen Gruppe der ökonomisch am Rande Stehenden.

Seitdem die Wähler der Republikaner in analysierbarer Größenordnung in Umfragen erfaßt werden, wird sichtbar, daß sich ihre Einstellungen und Meinungen zu einer Reihe grundlegender sowie tagespolitischer Probleme von denen der Gesamtheit deutlich unterscheiden. Sie sehen andere Probleme im Vordergrund als die Anhänger anderer Parteien, und sie haben zum Teil ein anderes Weltbild. Für sie sind die derzeit wichtigsten Probleme die Asylanten (34%) und Aussiedler (26%). Für die Wähler insgesamt ist das wichtigste Problem der Umweltschutz (33%) und die Arbeitslosigkeit (29%)<sup>16)</sup>. Die Gesellschaft, in der die Anhänger der Republikaner leben wollen, unterscheidet sich zwar nicht grundsätzlich von den Vorstellungen der Mehrheit der Bürger. Doch fällt auf, daß sie sehr viel öfter als der Durchschnitt eine starke Polizei wollen, die für Sicherheit und Ordnung sorgt, eine stärkere Leistungsorientierung befürworten und sehr viel weniger für den Umweltschutz eintreten als die anderen. Wenn sie zwischen verschiedenen Zielen in der Politik wählen müßten, träten sie sehr viel stärker als alle anderen für Ruhe und Ordnung ein und sehr viel weniger als alle anderen für eine freie Meinungsäußerung<sup>17)</sup>. Die Wähler der Republikaner sehen mehr als alle anderen die Sicherheit der Bürger in der Öffentlichkeit durch Kriminalität bedroht. Sie treten am häufigsten dafür ein, daß die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte in der Bundesrepublik verringert wird (78% gegenüber 50%

<sup>13)</sup> Siehe auch Wahl in Berlin (Anm. 2), S. 57. In der Kommunalwahl Frankfurt (12. März 1989) und in der Europawahl (18. Juni 1989) zeigte sich eine ähnliche Tendenz.

<sup>14)</sup> Vgl. Karlheinz Reif, Nationale Regierungsparteien verlieren die Wahl zum Europäischen Parlament 1984, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 15 (1984) 3, S. 343-345.

<sup>15)</sup> Vgl. Landtagswahl in Bayern am 12. Oktober 1986. Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e. V., Mannheim, Nr. 43, 1986; Landtagswahl in Baden-Württemberg am 20. März 1988, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e. V., Mannheim, Nr. 51, 1988.

<sup>16)</sup> Vgl. Politbarometer vom August 1989.

<sup>17)</sup> Vgl. ipos-Umfrage Mai 1989, 2 040 Fälle, bundesrepräsentativ.



in der Gesamtheit). Sie sprechen sich am stärksten gegen das Wahlrecht für Ausländer aus (96 % gegenüber 80 % in der Gesamtheit) und wollen es Ausländern nicht erleichtern, deutsche Staatsangehörige zu werden (84 % gegenüber 63 % in der Gesamtheit). Eine Mehrheit lehnt das Asylrecht ab, während zwei Drittel der Gesamtheit das Asylrecht befürworten. In keiner Parteianhängergruppe sind so viele stolz darauf, Deutsche zu sein, wie bei den Republikanern. Und in keiner Gruppe gibt es so viele Vorbehalte gegenüber Europa wie bei den Republikanern<sup>18)</sup>.

Auch bei hochaktuellen Fragen unterscheiden sich die Anhänger der Republikaner von denen anderer Parteien deutlich. Während 49 % aller Bundesbürger es begrüßen, daß zur Zeit viele Übersiedler und Flüchtlinge aus der DDR zu uns kommen, sind es unter den Anhängern der Republikaner 30 % (66 % begrüßen es nicht). Rund zwei Drittel der Bundesbürger sprechen sich grundsätzlich dafür aus, daß wir den Polen finanziell helfen. Unter den Republikanern ist die Mehrheit grundsätzlich dagegen. 50 % der Gesamtheit finden es nicht gut, daß deutschstämmige Aussiedler aus Osteuropa bei uns aufgenommen werden. Unter den Anhängern der Republikaner sind es 83 %. Über 90 % der Wähler der Republikaner vertreten die Meinung, daß die CDU zu großzügig gegenüber Asylbewerbern sei; in der Gesamtbevölkerung sagen dies 57 %<sup>19)</sup>.

Diese Einstellungen spiegeln eine Vielfalt der Gründe wider, warum die Republikaner gewählt werden. Da ist einmal der wahrgenommene Autoritätsverlust auf den verschiedensten Ebenen, der Parteien genauso betrifft wie die Familien<sup>20)</sup>, die Sehnsucht nach der heilen Welt, in der Ruhe und Ordnung herrscht. Da ist der Wunsch, die Komplexität der Prozesse, auch der politischen Entscheidungen zu reduzieren, das Bedürfnis nach einfachen Erklärungsmustern. Da gibt es einen nicht verkrafteten Wertewandel, der auch die Stellung des Mannes in der Gesellschaft und in der Familie verändert hat. Da gibt es die Furcht, daß wir nationale Rechte aufgeben zugunsten von unsicheren Bündnissen wie zum Beispiel der Europäischen Gemeinschaft. Da gibt es eine wahrgenommene Bedrohung des ökonomischen und sozialen Status. Da gibt es das Gefühl der Benachteiligung, daß man zu den Verlierern des Modernisierungsprozesses gehört sowohl in politischer als auch in ökonomischer

Hinsicht. Und dann gibt es ein aktuelles Problem, an dem sich viele dieser Ängste festmachen lassen, das man benutzen kann, um diesen angesammelten Unmut los zu werden: das Ausländerproblem oder was als solches wahrgenommen wird.

Die Republikaner haben bisher nur ein sehr rudimentäres Parteiprogramm, und es ist anzuzweifeln, ob ihre Wähler diese wenigen programmatischen Aussagen kennen. Ein Programm ist für eine Partei, die zunächst einmal den Protest aufsaugt, auch nicht sehr wichtig. Für was die Republikaner in der Öffentlichkeit stehen, ist eine kritische Haltung in der Ausländerfrage, wobei die unterschiedlichen Facetten des Ausländerproblems (Asylanten, Gastarbeiter, Aussiedler, DDR-Flüchtlinge und -Übersiedler) nicht sehr deutlich voneinander getrennt werden. Die bisherigen Erfolge der rechten Splitterparteien, der Republikaner, der NPD und der DVU, lassen sich recht eindeutig auf die gestiegene Wichtigkeit dieses Problems zurückführen. Einzelne Aspekte dieses Problems werden aber nur dann verhaltensrelevant, wenn sie sich mit Grundinteressen und Grundbedürfnissen bestimmter Bevölkerungsgruppen verschränken. Eine Ausländerfeindlichkeit als allgemeines Ressentiment gegen das Fremde ist keine ausreichende Basis für eine Partei am rechten Rand, die der Union gefährlich werden könnte. Wenn jedoch Ausländer — oder was man dafür hält — als Bedrohung erscheinen, also als Konkurrenten am Arbeits- oder Wohnungsmarkt oder als kulturelle Bedrohung und Überfremdungspotential, dann wird aus einer im Verborgenen vorhandenen Ausländerfeindlichkeit eine konkrete, die sich auch in politische Stimmen umsetzen läßt. Die Analyse der Erfolge der Republikaner in Berlin zeigt eindeutig, daß die Partei dort ihre größten Erfolge hatte, wo die kleineren Leute (vor allem Arbeiter und einfache Angestellte) mit Aussiedlern — die auch als Ausländer verstanden werden — um Arbeitsplätze und Sozialwohnungen konkurrieren. Dort also, wo sie sich in ihrem Status und in ihren Interessen bedroht fühlen.

In Berlin waren die Vorbedingungen für den Erfolg einer rechtsradikalen Partei besonders günstig: überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit, überdurchschnittlich hohe Ausländerzahl, allein im letzten Jahre 20 000 Aussiedler aus dem Osten und 5 000 Übersiedler aus der DDR, die bevorzugt Sozialwohnungen in Berlin erhielten. Dies alles vor dem Hintergrund einer Politik der Einschränkungen im sozialen Wohnungsbau und bei steigendem Mietpreinsniveau in einer Stadt, in der 90 % aller Menschen zur Miete wohnen (bundesweit weniger als 60 %) und die einen fast doppelt so hohen Anteil an Sozialwohnungen hat wie die Bundesrepublik insgesamt. Nirgends in einem Bundesland spitzten sich die Probleme so zu wie in Berlin. Der nächste Erfolg war Frankfurt. Dort für die NPD. Ein Erfolg im

<sup>18)</sup> Vgl. ebd.

<sup>19)</sup> Vgl. Politbarometer vom August 1989.

<sup>20)</sup> Es gibt Hinweise darauf, daß das Auftreten der Republikaner, ihre Sprache und möglicherweise auch Programmaussagen (z. B. zur Rolle der Frau in der Familie) Elemente von „männlichem“ Durchsetzungsvermögen enthalten. Soweit die Programmaussagen von den Wählern wahrgenommen werden, führen sie als Reaktion auf das Vordringen der Frauen in der Politik (Quotenregelung) zu Zustimmung.



Windschatten der Republikaner, die in Frankfurt wegen mangelnder Organisationsbasis und der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nach Berlin nicht kandidieren konnten. Bereits der Erfolg in Berlin hatte den Republikanern eine bundesweite Publizität verschafft und auch so etwas wie eine demokratische Legitimität. Da gab es plötzlich ein

Ventil, durch das sich aufgestaute Unzufriedenheit, insbesondere gegenüber den regierenden Parteien in Bonn, entladen konnte. Die Massenmedien haben diese Entwicklung eines rechten Trends wahrscheinlich verstärkt, aber auch die Sichtbarkeit der Probleme, die letztlich Ursache dieser Entwicklung sind.

#### IV. Haben die Republikaner eine Chance, sich im Parteiensystem der Bundesrepublik zu etablieren?

Die Bundesrepublik zeichnet sich sowohl im Vergleich zu ihrem demokratischen Vorgängerstaat, der Weimarer Republik, als auch zu anderen westeuropäischen Demokratien durch die hohe Stabilität ihres Parteiensystems aus. Zum ersten Mal in der demokratischen Geschichte Deutschlands haben die Wähler die Chance einer längerfristigen Orientierung an Parteien<sup>21)</sup>. Trotzdem gab es zu Beginn dieses Jahrzehnts eine gravierende Veränderung in der Parteienlandschaft durch die Etablierung der GRÜNEN, die seit 1980 in den meisten Landtagen vertreten sind und im Bundestag seit 1983. Was sind nun generell die Gründe für den Erfolg neuer Parteien außerhalb des etablierten Parteiensystems, und was sind die Bedingungen ihres Überlebens?

Ohne Zweifel müssen Volksparteien (in Amerika nennt man sie bezeichnend *catch all parties*) ständig große Anstrengungen unternehmen, um die Ränder ihrer Ausstrahlung mit politischen Lösungsvorschlägen einzubinden. Insbesondere im Falle der Regierungsverantwortung — in der Regel bedeutet dies eine Koalition — sind die politischen Reaktionsmöglichkeiten einer Volkspartei auf neue gesellschaftliche Problemstellungen durch die weitestgehende Festlegung und Fortschreibung der Mittel äußerst begrenzt. Gerade in der Situation vermeintlicher Macht müßte eine Regierungspartei mit (finanziellen) Entscheidungen oder (Mittel-)Umlenkungen auf die politischen Forderungen ihrer Randwähler reagieren, da sich diese nicht nur verbal befriedigen lassen. Die Realität läßt hier aber nur einen eingeschränkten Handlungsspielraum. Die Opposition hat zumindest die Chance eines mehr oder weniger alternativen Konzeptes ohne den unmittelbaren Zwang der Realisierung. Die Hauptfrage ist aber: Erkennen die etablierten Parteien neue soziale Probleme rechtzeitig? Haben sie ein funktionierendes Frühwarnsystem? Sind sie vorbereitet, auf sich verändernde Bedingungen zu reagieren?

Die Entwicklung der GRÜNEN in den späten siebziger Jahren und zu Beginn der achtziger Jahre scheint der Beweis dafür zu sein, daß selbst wenn die Parteien sich der heraufziehenden sozialen Konflikte bewußt waren — und es gibt Hinweise darauf, daß sie sie erkannt haben —, sie dennoch unfähig gewesen sind, darauf angemessen zu reagieren. Das Beispiel Berlin zeigte, daß die Regierungsparteien noch nicht einmal das Ausmaß und die Wirkung ihrer lokalen Probleme wie Wohnungssituation, Arbeitslosigkeit, Aussiedler- und Umsiedlerproblematik kannten.

Aber natürlich kommt es auf die Problemdimension an, und hier liegt wohl der entscheidende Unterschied zwischen der Etablierung der grünen Partei am linken Rand des Parteienspektrums und einer rechts der Union. Das Haupttransportmittel des Erfolgs der GRÜNEN ist ein nach wie vor wachsendes Umweltbewußtsein großer Teile der Bevölkerung. Die Sorge um einen wirksamen Umweltschutz ist zentrales Thema der politischen Agenda aus der Sicht der Bevölkerung. Täglich liefern die Medien Beispiele für die Notwendigkeit einer grünen Partei, die sich dieses Problemfeldes annimmt. Wachsende Teile der Bevölkerung und vor allem auch Frauen sind über diesen Problembereich politisch anzusprechen und werden es auch in Zukunft sein. Die Altlasten sind von einer Größenordnung, die uns weit bis ins nächste Jahrhundert beschäftigen wird. Die etablierten Parteien können aufgrund regierungsverantwortlich bedingter Halbherzigkeit bei der Lösung von Umweltproblemen nur wenig Vertrauen gewinnen und objektiv wegen der riesigen ökonomischen Dimension des Problems keine schnellen Lösungen herbeiführen.

Zwar behaupten die Wachstumsanhänger, daß es keinen Widerspruch zwischen ökologischer Fürsorge und ökonomischem Fortschritt geben müsse und daß der Verzicht nicht das Mittel zur Bewältigung ökologischer Probleme sei, sondern die technologische Weiterentwicklung. In der Öffentlichkeit wird jedoch ein Gegensatz zwischen Wachstum und Umweltschutz wahrgenommen<sup>22)</sup>. Ob es sich

<sup>21)</sup> Vgl. Dieter Oberndörfer/Gerd Mielke, Stabilität und Wandel in der bundesrepublikanischen Wählerschaft, Projektbericht Arnold Bergsträsser-Institut, Freiburg 1989, S. 15.

<sup>22)</sup> Vgl. Kurt H. Biedenkopf, Verantwortung für die Zukunft. Konsequenzen begrenzter Ressourcen für Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft, Bonn 1989, S. 88 ff.



dabei um eine neue gesellschaftliche Trennungslinie handelt<sup>23)</sup>, sei dahingestellt. Nicht zu bestreiten ist, daß keine der alten Parteien die Interessen der ökologischen Bewegung vertritt. Im Gegenteil: Kapital und Arbeit als Repräsentanten der hauptsächlich gesellschaftlichen Trennungslinien des 19. Jahrhunderts und als Geburtshelfer der alten politischen Parteien in Westeuropa sind jetzt natürliche Koalitionspartner in der Auseinandersetzung um ökologische Zielsetzungen versus ökonomisches Wachstum. Und es zeichnen sich weitere Probleme ab, die schon in naher Zukunft dominant sein werden: die Probleme der Dritten Welt und die Generationenfrage, die Frage der Lastenverteilung zwischen jung und alt in den späten neunziger Jahren und zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Auch hier wird man die Interessen von Arbeit und Kapital auf derselben Seite finden. Bisher scheint es jedenfalls so, daß keine der alten Parteien in der Lage ist, innovative Antworten für diese sich wandelnde soziale Welt anzubieten. Die Republikaner sind wohl keinesfalls die Partei, die Perspektiven für Zukunftsfragen entwickelt, sondern viel eher eine Partei, die ihren Wählern die Auseinandersetzung mit einer unbewältigten Vergangenheit ersparen will und ihre Fragen in einer komplexer werdenden Welt vereinfachend und in populistischer Art und Weise beantwortet.

Was aber ist die Reichweite der Probleme, auf denen sich Opposition und Unzufriedenheit am rechten Parteienrand aufbauen, welche Wachstumschancen haben sie? Die Analyse der Motive der Wähler der Republikaner zeigt, daß sich ein großer Teil von ihnen der Partei wegen unterschiedlichster Protesthaltungen gegenüber anderen Parteien genähert hat. Ideologisch und, wie wir gesehen haben, auch in ihrer Sozialstruktur handelt es sich um eine in sich nicht sehr geschlossene Gruppe. Die Bindung an die Partei ist ebenfalls nicht sehr groß. Immerhin sagen uns knapp die Hälfte der Wähler der Republikaner, daß sie nach wie vor eine längerfristige Bindung an eine der beiden großen Parteien haben (CDU/CSU: 30 %, SPD: 13 %). Die Wählerschaft der Republikaner ist deshalb sehr labil — aber dies ist nicht nur negativ für die Partei. Um Protestwähler aufzufangen, braucht sie zumindest am Anfang ihrer Karriere weder ein Programm noch eine Organisation noch eine flächendeckende personale Repräsentation. Will sie sich aber als neue Partei etablieren und eine in sich geschlossene Wählerschaft haben, so muß sie all dies nachliefern. Zunächst aber hat die Partei Probleme wegen des zu schnellen Wachstums.

Die Art der Proteste, die den Republikanern Stimmen bringen, sind unterschiedlich bei den Jungen

und den Alten, bei Männern und Frauen, bei unterschiedlichem sozialen Status. Der stärkste Kristallisationspunkt war jedenfalls bisher die Ausländerproblematik in ihren verschiedenen Ausprägungen. Betrachtet man das „Ausländerproblem“, d. h. „zu viele Asylanten“, „zu viele Aussiedler“, „zu viele Ausländer insgesamt in der Bundesrepublik“, „Ablehnung des Ausländerwahlrechts“, „Angst vor Überfremdung“, „Angst vor dem EG-Markt“ — als das aktuelle Vehikel, mit dem die Republikaner Stimmen gewinnen, so ist man aus wahlsoziologischer Perspektive geneigt, den Republikanern für die kommenden Kommunal- und Landtagswahlen durchaus Chancen einzuräumen, in die Parlamente einzuziehen. Langfristig jedoch gibt es begründete Zweifel, daß die Republikaner über eine begrenzte Mobilisierung bestimmter Wählergruppen hinaus sich im Parteiensystem der Bundesrepublik etablieren können. Trotz steigender Wechselbereitschaft von Teilen der Wählerschaft aus politischen wie strukturellen Gründen braucht gerade eine neue Partei für ihren Erfolg ein eigenes politisches Problem. Dieses Problem muß sehr viel mehr Menschen bewegen als ihre eigene Anhängerschaft. Es muß von zeitlicher Dauer sein, und es muß ein Problem sein, das die großen Parteien nicht in Angriff nehmen können, ohne ihre Stammwählerschaft vor den Kopf zu stoßen. Es muß ein Problem sein, daß die Chance aufzeigt, strukturell definierbare Gruppen an sich zu binden, denn nur in und mit ihrem Milieu kann eine Partei auf Dauer erfolgreich sein, zumindest gilt das für die Bundesrepublik in ihrer heutigen Konstellation.

Nur sehr begrenzt gelten diese Bedingungen für das Problem, um das sich die Republikaner scharen. Es ist zu bezweifeln, daß „ihr Problem“ von großer zeitlicher Dauer ist, weil es durchaus Lösungen gibt, die von bedeutenden Mehrheiten in den großen Parteien und in der Bevölkerung getragen werden. Das Ausländerproblem ist ein Problem höchstensfalls mittlerer Zeitdauer. Die Übernahme und Integration von Aussiedlern und Übersiedlern wird in drei bis fünf Jahren abgeschlossen sein. Über die Regelung der Aufnahme von Asylanten gibt es bereits weitgehende Einigung zwischen den großen Parteien. Lösungen werden sich in noch kürzerer Zeit als bei der Aussiedlerproblematik ergeben. Die Integration ausländischer Arbeitnehmer birgt langfristig kein Dynamit in sich. Das Ausländerwahlrecht wird als Diskussionsobjekt nie über den kommunalen Rahmen hinausgehen. Die verschiedenen sozialstrukturell definierbaren Gruppen, die die Republikaner über das Problem derzeit ansprechen können, sind als Klientel bereits durch die großen Parteien besetzt. Die Republikaner haben keine eigene Klientel, sondern finden nur Anklang bei derzeit vernachlässigten Teilen der alten Klientel der beiden Volksparteien. Sie haben deshalb

<sup>23)</sup> Vgl. Rainer-Olaf Schultze, Die Bundestagswahl 1987 — eine Bestätigung des Wandels, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 12/87 S. 3—17.



auch kaum eine Chance, sich auf Dauer diese Teile herauszuberechnen.

Man würde wohl zu kurz greifen, wenn man die Chance der Republikaner nur am aktuellsten Problem, das sie aufwerfen, messen würde. Die Hauptgründe für den Erfolg der Republikaner sind sozialpolitischer Natur. Es sind die Gefühle der Benachteiligung und der vermeintlichen Ungerechtigkeiten in der Steuer-, Renten- und Gesundheitspolitik und bei Wohnungsfragen. Sie sind besonders ausgeprägt bei den unteren sozialen Schichten der Gesellschaft. Die Republikaner sprechen somit bestimmte sozialpolitische Probleme an, zu deren Lösung sie jedoch kaum etwas beitragen können. Sie treffen dabei auf Gruppen, die das Gefühl haben, zu den Verlierern in einer prosperierenden Gesellschaft zu gehören. Dies ist hauptsächlich ein „Verdienst“ der großen Parteien. Ihre Strategien des Machterwerbs oder der Machterhaltung haben sich zumindest in den letzten 15 Jahren hauptsächlich auf die Gruppen der politischen Mitte gerichtet, auf die ökonomisch und sozial Erfolgreichen, weil hier die notwendige Mehrheit am ehesten zu gewinnen war. Das Aufkommen der Republikaner hat deutlich gemacht, daß die Unterprivilegierten der deutschen Gesellschaft und solche, die ihren (meist niedrigen) Status gefährdet sehen, von den politischen Entscheidungsträgern weitgehend vergessen wurden. Selbst Christdemokraten sprechen heute von der „Zwei Drittel/Ein Drittel-Gesellschaft“. So sind die Republikaner, zumindest was diesen Aspekt angeht, eine normale Reaktion bestimmter Wählergruppen in einem über demokratische Wahlen legitimierten politischen System. Alle anderen Parteien haben die Mittel in der Hand, auf diese Situation zu reagieren.

Die Wachstumschancen der Republikaner hängen natürlich auch davon ab, ob es die Unionsparteien zulassen, daß die radikale Rechte bestimmte Fragen der Nationalstaatlichkeit besetzt. Hier ist der einzige freie Raum für die Republikaner, den sie auf längere Zeit mit rein rhetorischem Aufwand belegen können. Die sozialpolitischen Fragen kön-

nen nur von den großen Parteien beantwortet werden.

Für die Bundestagswahl 1990 kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein Überspringen der Fünf-Prozent-Hürde durch die Republikaner weder mit guten Gründen prognostiziert noch völlig ausgeschlossen werden. Bei Bundestagswahlen gelingt den Parteien eine sehr viel höhere Mobilisierung der Wähler als bei Wahlen zweiter Ordnung. Wegen der hohen Wichtigkeit, die Bundestagswahlen von der Bevölkerung als Entscheidungen über die Machtverteilung zugeordnet wird, folgen die Wähler sehr viel stärker als bei allen anderen Wahlen ihren gewachsenen längerfristigen Bindungen an die Parteien. Auch Koalitionsüberlegungen spielen in diesem Zusammenhang zumindest für einen Teil der Wähler eine Rolle. Derzeit jedoch werden die Republikaner nur von einem sehr geringen Teil der Wählerschaft als koalitionsfähig angesehen<sup>24</sup>). All diese Gründe sprechen eher gegen einen besonderen Erfolg der Republikaner bei der Bundestagswahl.

Andererseits kann es den radikalen Rechten gelingen, bei der Vielzahl der bevorstehenden Kommunal- und Landtagswahlen sich von einem guten Wahlergebnis zum nächsten zu hangeln. Der dichte Fahrplan von Wahlen insbesondere im Jahre 1990 bietet ihnen immer wieder die Möglichkeit, öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, und gerade für eine neue Partei ist nichts erfolgreicher als der Erfolg. Aber selbst wenn die Republikaner bei der Bundestagswahl 1990 erfolgreich sein sollten und in den Bundestag einziehen, langfristig sind ihre Überlebenschancen – im Gegensatz zu den GRÜNEN – gering, vor allem, weil die Unionsparteien (bei einem derartigen Wahlergebnis wohl aus der Opposition heraus) viele Wähler der Republikaner zurückgewinnen werden.

<sup>24</sup>) 4 % der Unionswähler äußern spontan die Meinung, die CDU/CSU solle mit den Republikanern koalieren, weitere 10 %: „wenn Union und FDP keine Mehrheit haben“ (Politbarometer vom August 1989).



# Die Neue Rechte: Die Männerparteien

Wenn — wie in Berlin — eine Partei aus dem Stand in einen Landtag einzieht und anschließend bei Kommunalwahlen — wie in Hessen — deutlich wird, daß es sich nicht um ein Zufallsergebnis handelt, dann steht diese Parteiengruppierung im Mittelpunkt des öffentlichen und wissenschaftlichen Interesses. Die Rede ist hier vor allem

von den Republikanern, aber auch von den anderen Parteien der Neuen Rechten, der NPD, der Deutschen Volksunion (DVU/Liste D) und der ÖDP. Anhand der Europawahl vom 18. Juni 1989 wird sich diese Analyse mit der Wählerbasis der Neuen Rechten nach Alter und Geschlecht beschäftigen.

## I. Zur Datenbasis der Analyse

Angesichts der Vielzahl methodisch ungesicherter<sup>1)</sup> und eher agitatorisch<sup>2)</sup> als empirisch sozialwissenschaftlich ausgerichteter Veröffentlichungen in diesem Jahr zum Thema, muß ein strenger Blick auf die zugrunde liegende Datenbasis geworfen werden.

Der Forschung des Wahlverhaltens von Männern und Frauen verschiedener Altersgruppen steht seit 1953 bei allen Bundestags- und Europawahlen sowie nach und nach auch für die Landtagswahlen die amtliche Repräsentative Wahlstatistik zur Verfügung<sup>3)</sup>. Das heißt: Für insgesamt 99 der 141 Bundestags-, Europa- und Landtags-Wahlen (im Zeitraum 1946—1989) liegen Sonderauszählungen nach Alter und Geschlecht hinsichtlich der Wahlbeteili-

gung und für 93 hinsichtlich der Parteipräferenzen vor. Die Datenbasis für die amtliche Statistik bilden nicht Umfrageergebnisse, es kamen vielmehr in großen Stichproben (bei der Europawahl 1989 waren dies 3,4 Prozent aller Stimmbezirke, das sind 1,6 Millionen Wahlberechtigte bzw. 0,9 Millionen Wähler) mit einem Alters- und einem Geschlechtsaufdruck versehene Stimmzettel unter Wahrung des Wahlheimnisses zum Einsatz.

Aus Gründen der strikten Sicherung des Wahlheimnisses werden Briefwähler in der Sonderauszählung nicht berücksichtigt. Auch wird bisher darauf verzichtet, die Daten mittels mathematischer Verfahren um diesen systematischen Fehler zu bereinigen. Gerade daher ist natürlich interessant, wie genau die Stichproben der amtlichen Sonderauszählungen von den amtlichen Endergebnissen in der gesamten Wahlgeschichte seit 1953 differieren: Die größte aufgetretene Abweichung war 2,7 Prozentpunkte; im Durchschnitt betrug die Abweichung über die gesamte Zeitreihe nur 0,4 Prozentpunkte. Auch wenn die Briefwahlquoten beachtlich sind, ist dennoch die Auswertung der Repräsentativen Wahlstatistik (neben der der reinen Wahlergebnisse) das sicherste Instrument der Wahlforschung.

Wenn sich einerseits also aufgrund der amtlichen Sonderauszählungen ein sehr genaues Bild über Wahlbeteiligung und Parteipräferenzen von Männern und Frauen verschiedener Altersgruppen zeichnen läßt, so geben diese Daten aber andererseits keinerlei Aufschluß über die dahinter stehenden Motivlagen. Dies kann nur durch ergänzende

<sup>1)</sup> So rezipierte etwa die FAZ (vom 23. März 1989) breit die angeblich erste bundesweite Republikaner-Studie („Ein Anhängerpotential von immerhin 15 Prozent“); die Nachfrage ergab, daß im Sample einer Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach ganze 76 Republikaner-Anhänger repräsentiert waren. Der Hinweis des ZDF-Politbarometers, daß etwa 20 Prozent der Republikaner-Wähler von der SPD kämen, stützte sich auf ganze acht Fälle.

<sup>2)</sup> In der FORSA-Studie („Rechtswähler in einer SPD-Hochburg — dargestellt am Beispiel des Dortmunder Nordens“, Manuskript für die Panorama-Sendung vom 25. Juli 1989) wurde noch sauber interpretiert, was die Übertragbarkeit der Ergebnisse auf andere Regionen angeht: Die Ergebnisse seien „symptomatisch für ähnlich strukturierte Gebiete“. Die Frage ist nur, wo es die noch gibt. Ganz anders dann die Interviewäußerungen von FORSA-Chef Manfred Güllner im Zusammenhang mit der Panorama-Sendung über die SPD-Rep-Überschneidungen im Dortmunder Norden: „Also, wenn die SPD nicht ganz schnell lernt, wieder die gesellschaftliche Wirklichkeit zu bedenken bei dem, was sie tut, was man aufgrund der Erfahrung der Vergangenheit eigentlich nicht erwarten kann, dann muß man damit rechnen, daß trotz der Sympathie, die ja immer noch für die SPD vorhanden ist, die SPD die 40 Prozent nicht erreicht, weil man sie nicht wählen kann. Man möchte sie wählen, aber man kann sie nicht wählen.“ (Zitiert nach einer Mitschrift des Bundespresseamtes).

<sup>3)</sup> Das Statistische Bundesamt (als Hrg.) hat kürzlich die Repräsentative Wahlstatistik für die Europawahl vorgelegt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit — Wahl der Abgeordnete

ten des europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 18. Juni 1989. Fachserie 1, Heft 4 (Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter), Wiesbaden 1989. Ergänzt wurden die Veröffentlichungen der Statistischen Landesämter herangezogen. Die Vergleichsdaten für die beiden vorhergehenden Europawahlen sind in derselben Serie als Heft 1 veröffentlicht.



Forschung mit Hilfe von individuellen, also mittels Umfragesforschung gewonnener Daten geschehen. Eine so angelegte Kontextanalyse entgeht damit

auch der für Aggregatdatenanalysen sonst bestehenden Gefahr des „ökologischen Fehlschlusses“<sup>4)</sup>.

## II. Die Neue Rechte: Keine „Eintagsfliege“

Manche meinen, man solle nicht zuviel über die Neue Rechte schreiben. Man werte sie damit nur auf. Der Ratschlag ist ebenso gut gemeint wie unbrauchbar. Wenn eine neue Partei – wie die Republikaner – aus dem Stand in ein Landesparlament einzieht, bei Kommunalwahlen Achtungserfolge erzielt und bei einer bundesweiten Europawahl vor der FDP den vierten (addiert um die DVU sogar vor den GRÜNEN den dritten Platz, vgl. Tabelle 1) einnimmt, dann ist dieses Medienereignis nicht totzuschweigen. Von einer „Eintagsfliege“ oder einem Zufallsergebnis kann keine Rede sein<sup>5)</sup>.

Angesichts der jahrzehntelangen Stabilität unseres Parteiensystems ist das Aufkommen der Neuen Rechten ohne Frage das zentrale Thema der Wahlforschung, die sich sowieso in ihrem wissenschaftlichen Aufklärungsdrang nicht parteitaktischen Überlegungen unterordnen darf. So ist es zu begrüßen, wenn sich immer mehr Wissenschaftler ernsthaft mit der rechtsradikalen Herausforderung beschäftigen<sup>6)</sup>.

**Tabelle 1:**  
Ergebnisse der Europawahl vom 18. Juni 1989<sup>5)</sup>

Land	Neue Rechte	Davon: REP	Davon: DVU	Davon: ÖDP
Bayern	16,6	14,6	1,0	1,0
Baden-Württemberg	12,5	8,7	2,4	1,4
Hessen	9,3	6,5	2,3	0,5
Hamburg	7,9	6,0	1,5	0,4
Bremen	7,8	4,4	3,2	0,2
Saarland	7,6	5,8	1,3	0,5
Niedersachsen	6,7	4,8	1,6	0,3
Rheinland-Pfalz	6,7	4,6	1,5	0,6
Schleswig-Holstein	6,2	4,6	1,3	0,3
Nordrhein-Westfalen	5,8	4,1	1,3	0,4
Bundesgebiet	9,3	7,1	1,6	0,6

## III. Wahlbeteiligung

### 1. Verbreiterung des Parteienspektrums

Von besonderem Interesse ist natürlich die Frage, ob die Verbreiterung des traditionellen Parteienspektrums zu einer stärkeren Ausschöpfung des Nichtwählerpotentials führt. Der Analytiker ist gut

beraten, eine Antwort auf diese Frage nicht allein auf die Europawahl abzustützen, die hier offensichtlich ganz eigene Gesetze hat. In Berlin und auch bei den hessischen Kommunalwahlen kamen die neuen Rechtswähler nur in geringem Maße aus dem Lager der bisherigen Nichtwähler. Hier waren nur geringe Steigerungsraten der Wahlbeteiligung in den Gebieten feststellbar, in denen die Rechtsparteien gute Ergebnisse erzielten.

<sup>4)</sup> Der ökologische Fehlschluß beruht auf der Gefahr, daß Veränderungen in einem Aggregat (z. B. Region, Wohngend) nicht notwendigerweise mit Veränderungen bei Individuen übereinstimmen müssen: So müssen etwa nicht zwangsläufig Republikaner-Erfolge in Gebieten mit starken Arbeiteranteilen auf Republikaner-Erfolge bei Arbeitern hindeuten.

<sup>5)</sup> Zusammengestellt nach INFAS-Politogramm zur Europawahl, Bonn, Juni 1989, Anhang D4/5. Im Sinne von Leo Müller (Republikaner/NPD/DVU/Liste D, Göttingen 1989) wird auch die ÖDP, die etwa die Ausländer in der Bundesrepublik als „ökologisches Problem“ beschrieb, als Bestandteil der Neuen Rechten angesehen.

<sup>6)</sup> Vgl. ebd. L. Müller, (dort auch weiterführende Literaturhinweise); Kurt Hirsch/Hans Sarkowicz, Schönhuber – Der Politiker und seine Kreise, Frankfurt 1989; Eike Hennig, Alte Linke und Neue Rechte, oder: Wer organisiert die Systemunzufriedenheit?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, (1988) 10, S. 630 ff.; Richard Stöss, Extreme Rechte, Opladen 1989; Hans-Joachim Veen/Peter Gluchowski, Die Anhänger und Sympathisanten der Republikaner-Partei, Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Juni 1989; CDU-Bundesgeschäftsstelle, Die REP. Analyse und politische Bewertung einer rechtsradikalen Partei, Presse-material vom 18. Mai 1989.

Die Neue Rechte rekrutierte ihr Wählerpotential also primär aus den Wählern traditioneller Parteien bzw. Erstwählern und nur in geringem Umfang aus bisherigen Nichtwählern. Die Verbreiterung des Parteienspektrums hat – wie schon ehemals beim Aufkommen der GRÜNEN – kaum Auswirkungen auf die Höhe der Wahlbeteiligung. Für sie ist vor allem die Parlamentshierarchie (an deren Spitze Bundestag und Landtage, dann Kommunalparlamente und unten das Europaparlament stehen) sowie die konkrete Bedeutsamkeit der jeweiligen Wahl (z. B. Entscheidung mit moralischer Bedeutung) maßgeblich.

Gut ein Drittel der Rechtswähler von 1989 haben bei der Europawahl von 1984 nicht gewählt, wie INFAS für die ARD und die Forschungsgruppe Wahlen für das ZDF übereinstimmend feststel-



len<sup>7)</sup>. Das läßt vermuten, daß zu den „üblichen Motiven“ der Rechtswähler, die sich vor allem um die Ausländerfrage ranken, hier noch ein spezielles Anti-EG-Motiv hinzutrat, daß sich 1979 und 1984 offenbar auch in Wahlenthaltung niedergeschlagen hatte<sup>8)</sup>. Jedenfalls darf die EG-Feindlichkeit der Mehrheit des Wählerpotentials der Rechtsparteien als empirisch gesichert betrachtet werden<sup>9)</sup>.

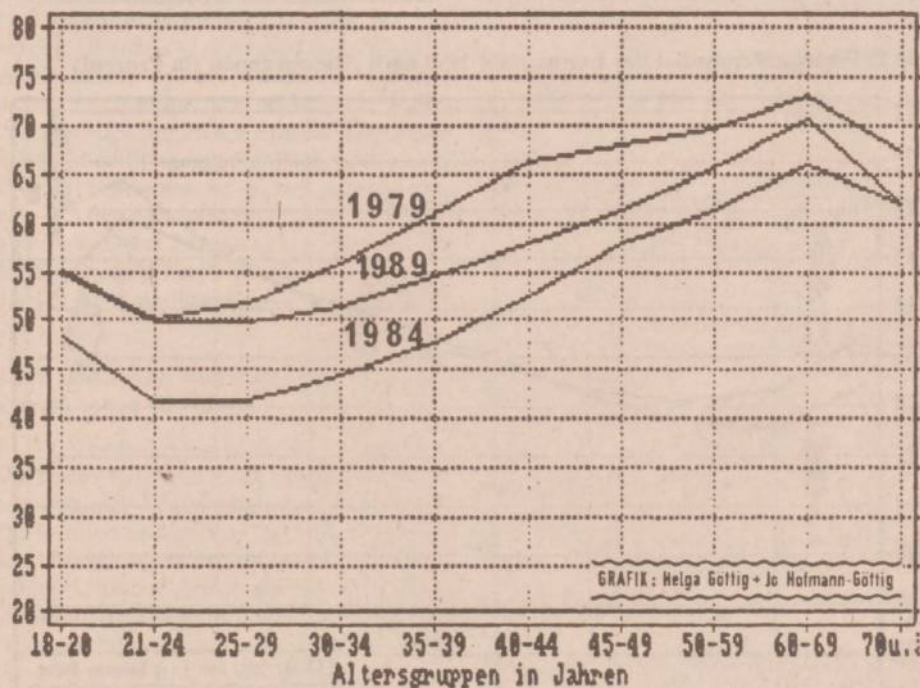
## 2. Die Altersgesetzlichkeit von Wahlbeteiligung

Natürlich ist es interessant, ob die Verbreiterung des Parteienspektrums zu Änderungen in der Altersgesetzlichkeit der Wahlbeteiligung, insbesondere bei der typisch geringen Wahlbeteiligung der Jungwähler (Jungwählerdefizit) führt. Auch die jugendattraktiven GRÜNEN bedienten sich zunächst aus dem Wählerreservoir der traditionellen Par-

teien; erst bei sehr starken Anteilen für die GRÜNEN unter den Jungwählern war eine leichte Reduktion des Jungwählerdefizits feststellbar<sup>10)</sup>. Nichts anderes galt für das Aufkommen der jugendattraktiven Rechtsradikalen in Berlin<sup>11)</sup> und bei den hessischen Kommunalwahlen<sup>12)</sup>.

Die in Berlin und Frankfurt sichtbaren Tendenzen zeigen sich auch bei der Europawahl. Die typische Altersgesetzlichkeit der Wahlbeteiligung ist erhalten geblieben (vgl. Abbildung 1): Jungwählerdefizit, wobei die Wahlbeteiligung der Erstwähler höher ist als die der Zweitwähler; sodann systematischer Anstieg der Wahlbeteiligung mit zunehmendem Alter und Rückgang bei den Senioren über 70 Jahre (wobei hier die Verzerrung der Statistik durch die Nichtberücksichtigung der Briefwähler beachtet werden muß).

Abbildung 1: Wahlbeteiligung in den Europawahlen (1979; 1984; 1989) in Prozent



Vergleichen wir die Veränderung der Wahlbeteiligung bei der Europawahl 1989 gegenüber der Wahl von 1984 (differenziert nach Alter und Geschlecht), so wird sichtbar, daß die Wahlbeteiligung in allen

Altersgruppen (mit Ausnahme der über 70jährigen) gestiegen ist. Am deutlichsten ist die Zunahme der Wahlbeteiligung in den Altersgruppen unter 40 Jahren. Die Wahlbeteiligung ist in allen Altersgruppen stärker bei Männern als bei Frauen ange-

<sup>7)</sup> Vgl. INFAS-Politogramm (Anm. 5), S. 66; Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e. V., Mannheim, Nr. 54 vom 22. Juni 1989, S. 43.

<sup>8)</sup> Vgl. Forschungsgruppe Wahlen (Anm. 7), S. 41.

<sup>9)</sup> Auf die INFAS-Frage nach der Zukunft Westeuropas, gestellt im Juni 1989, war die Gliederung in Nationalstaaten nur für 22 Prozent der Befragten die gewünschte Vorstellung, aber für 53 Prozent des Rechtspotentials; vgl. INFAS-Politogramm (Anm. 5), S. 118.

<sup>10)</sup> Vgl. Joachim Hofmann-Göttig, Die jungen Wähler, Frankfurt-New York 1984, S. 70f.

<sup>11)</sup> Vgl. ders., Die fünfte Kraft. Die Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin vom 29. Januar 1989 nach Alter und Geschlecht, Presstext vom 20. Februar 1989.

<sup>12)</sup> Vgl. ders., Selbst die NPD ist jugendattraktiv. Analyse der hessischen Kommunalwahlen vom 12. März 1989, in: Demokratische Gemeinde, (1989) 7, S. 10ff.



stiegen, was seinen Grund im Aufkommen der männerorientierten Neuen Rechtsparteien hat.

### 3. Auswirkungen

Bei der Europawahl profitierten die Rechtsparteien in einem beachtlichen Maße von bisherigen Nichtwählern. Darauf deuten auch die Wahlbeteiligungsveränderungsraten in den Ländern mit einem hohen Anteil an Wählern rechtsradikaler Parteien und in den Altersgruppen, vor allem der Männer, in denen ein großes Wählerpotential für diese Parteien existiert.

Man darf sich freilich von der Besonderheit dieser Wahl nicht täuschen lassen: Die Rechtsparteien mögen durch den Faktor Wahlbeteiligung etwas stärker geworden sein, als dies für Landtagswahlen oder Bundestagswahlen gegolten hätte. Doch zeigt die Analyse der Landtagswahl in Berlin und die der hessischen Kommunalwahlen, daß die Rechtsparteien auch ohne zusätzliche Ausschöpfung des Nichtwählerlagers in direkter Konkurrenz mit den traditionellen Parteien — zu denen jetzt auch die GRÜNEN gehören — stark sind.

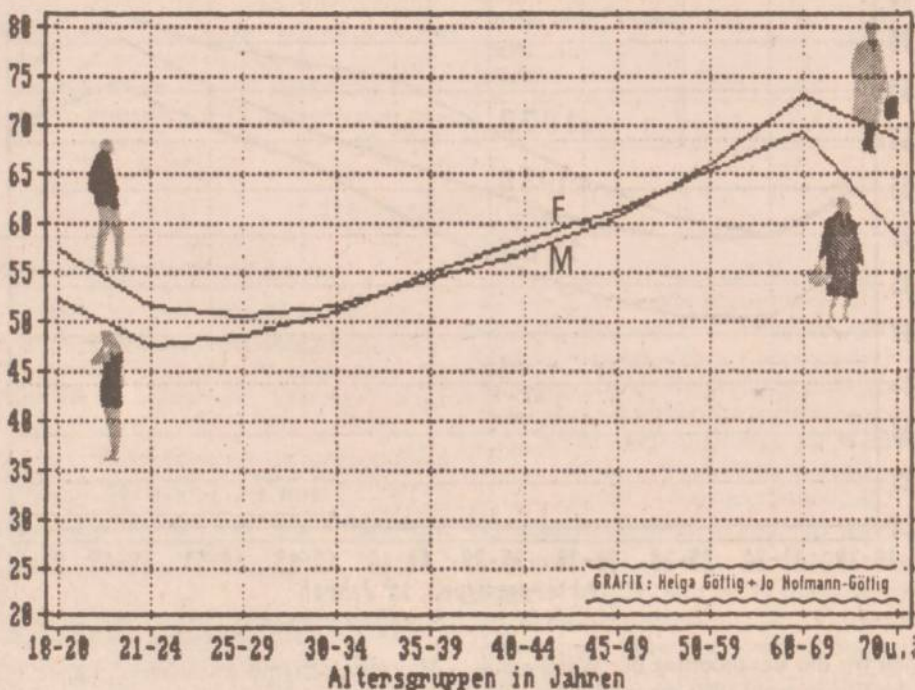
## IV. Parteipräferenzen nach Altersgruppen

### 1. Die Altersstruktur der Parteien

Das Wahlverhalten ist in relevantem Ausmaß je nach Lebensalter und Generation der Wahlberechtigten

unterschiedlich. Dies traf auch bei der jüngsten Europawahl zu (vgl. Abbildung 2). Die Altersstruktur der Parteien zeigt Charakteristika, die durchaus typisch sind für Wahlrends der letzten Jahre:

Abbildung 2: Parteipräferenz bei der Europawahl 1989 nach Altersgruppen (in Prozent)



— Die SPD ist in etwa ausgeglichen über die Altersgruppen, mit einem Schwerpunkt auf den mittleren.

— Die CDU/CSU ist extrem schwach bei den Jungwählern und noch schwächer bei den 25- bis 34jährigen, ihre Zustimmungsraten wachsen mit dem Lebensalter.

— Die GRÜNEN verbuchen gute Ergebnisse bei den Jungwählern, ihre stärksten Anteile liegen bei

den 25- bis 34jährigen, doch auch bei den 35- bis 44jährigen kommen sie mittlerweile über die Zehnprozentmarke;

— die FDP ist ausgeglichen über die Altersgruppen.

— Auch die Republikaner sind ausgeglichen über die Altersgruppen, erreichen allerdings ihre besten Resultate bei den Jungwählern.



Diese Charakteristika der Altersstruktur der Parteien gelten bundesweit, aber auch — mit nur geringfügigen Modifikationen, auf freilich unterschiedlichem Niveau — in den einzelnen Bundesländern.

Hinter den Alterscharakteristika der Parteien in dieser Europawahl verbergen sich allerdings beachtliche Veränderungen gegenüber den vorhergehenden Wahlen. Sie hervorzuheben lohnt sich deshalb, weil damit endgültig die Lagertheorie Heiner Geißlers (Wanderungsbewegungen zwischen den Parteien hätten danach ihren Schwerpunkt innerhalb des rechten bzw. des linken Lagers) widerlegt werden kann.

Es wird nämlich deutlich, daß die SPD erheblich von der CDU/CSU gewonnen haben muß, was per Saldo durch Verluste der SPD an die Republikaner wieder abgeschwächt wurde. Die CDU/CSU hat bei der Europawahl ihre stärksten Verluste bei den 35- bis 44jährigen, bei denen sowohl FDP als auch Republikaner unterdurchschnittlich zulegen, die SPD aber gewinnt. Überdies verliert die Union gleichermaßen bei Männern und bei Frauen dieser Altersgruppe über 13 Prozentpunkte, obgleich die Frauen dieser Altersgruppe nur zu 4,9 Prozent Republikaner gewählt haben (hingegen 9,0 Prozent der Männer). Die SPD gewinnt in dieser Altersgruppe 1,6 Punkte bei den Männern und sogar 3,5 Punkte bei den Frauen. Diese Zahlen unterstreichen, daß es bei der Europawahl ein hohes Maß an Bewegung zwischen den vermeintlichen Lagern gegeben haben muß.

## 2. GRÜNE profitieren vom positiven demographischen Trend

Die GRÜNEN verzeichnen seit einiger Zeit regelmäßig ihr bestes Ergebnis nicht bei den Jungwählern, sondern in der Altersgruppe der 25- bis 35jährigen. Die Bundestagswahl von 1987 sowie die dann folgenden Wahlen liegen im für die Partei seit Jahren bundesweit feststellbaren positiven demographischen Trend: Die grünen Wähler werden älter. Waren sie ursprünglich eine reine Jungwählerpartei, so sind sie allmählich in die mittleren Altersgruppen hineingewachsen (z. B. GRÜNEN-Anteile bei der Bundestagswahl 1980: 18–24jährige 4,8 Prozent/25–34jährige 2,4 Prozent/35–44jährige 0,9 Prozent; 1983: 13,9/10,8/4,4 Prozent; 1987: 15,5/17,4/9,6 Prozent).

Die GRÜNEN verzeichnen insgesamt einen leichten Aufschwung, weil sie bei den Frauen aufholen und weil sie mittlerweile mit beachtlichen Zuwachsraten von über 3 Prozentpunkten in den mittleren Altersgruppen angelangt sind (wodurch sie die entsprechenden Verluste bei den Jungwählern verkraften können).

Natürlich verfestigen sich Parteipräferenzen erst allmählich. Daher sind Jungwähler in der Regel

ungebundener als Senioren. Doch ein guter Teil der Wählerschaft bleibt bei der einmal getroffenen Entscheidung und trägt die Parteipräferenz über die Altersgruppen im weiteren Lebenszyklus mit sich. Ihr Anteil wird auf 60 Prozent geschätzt.

## 3. Die Rechtsradikalen im Aufwind

In den Analysen zu den Wahlen in Berlin und Hessen wurde sichtbar, daß die Rechtsradikalen in beiden Städten ihre besten Ergebnisse bei den Jungwählern erzielten (vgl. Abbildungen 3 und 4).

Abbildung 3: Wahl in Berlin vom 29. Januar 1989. Die Anteile der Republikaner nach Alter und Geschlecht

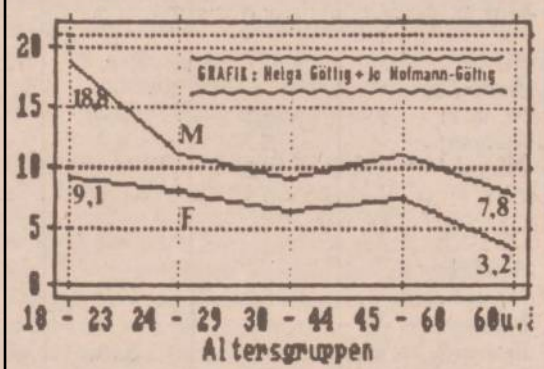
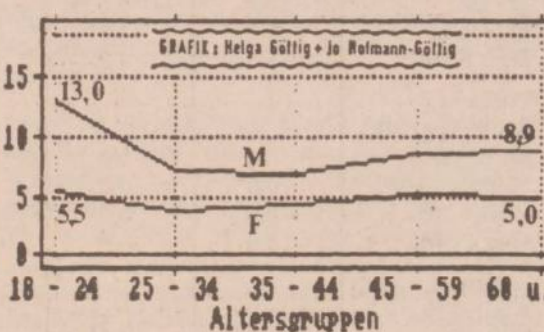


Abbildung 4: Kommunalwahl in Frankfurt vom 12. März 1989. Die Anteile der NPD nach Alter und Geschlecht



Auch wenn sich die Rechtsparteien in Berlin und Frankfurt als jugendattraktiv erwiesen haben, Jungwählerpartei<sup>13</sup> — wie dies einmal vor zehn Jahren für die GRÜNEN galt — sind sie damit noch lange nicht. Die 5,3 Millionen Wahlberechtigten im Jungwähleralter (18–24 Jahre) stellten bei der letzten Europawahl nur 12,8 Prozent der 41,7 Millionen Wahlberechtigten; die 11,1 Millionen Senioren (60 Jahre und älter) hingegen 26,7 Prozent. In ab-

<sup>13</sup> Hajo Funke, Kein Grund zur Verharmlosung — die „Republikaner“ sind eine Jungwählerpartei, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, (1984) 4, S. 312 ff.



**Tabelle 2: Parteipräferenzen in der Europawahl 1989 nach Alter und Geschlecht**

Bundesgebiet	1989						
	Alter/J.	18-24	25-34	35-44	45-49	60 u. ä.	Insg.
<b>CDU/CSU</b>							
Amtl. Erg.							37,7
M. u. F.	27,7	25,7	32,0	40,5	46,9		37,3
Männer	28,4	25,9	30,6	38,8	43,1		34,9
Frauen	27,0	25,5	33,3	42,3	49,4		39,3
Diff. F.-M.	-1,4	-0,4	2,7	3,5	6,3		4,4
<b>SPD</b>							
Amtl. Erg.							37,3
M. u. F.	36,8	39,4	40,4	38,9	36,7		38,3
Männer	34,4	38,6	40,1	39,0	36,5		37,9
Frauen	39,4	40,3	40,8	38,7	36,9		38,7
Diff. F.-M.	5,0	1,7	0,7	-0,3	0,4		0,8
<b>FDP</b>							
Amtl. Erg.							5,6
M. u. F.	5,5	4,4	5,7	6,0	4,7		5,2
Männer	5,7	4,4	5,5	5,9	4,6		5,2
Frauen	5,2	4,3	5,9	6,2	4,8		5,3
Diff. F.-M.	-0,5	-0,1	0,4	0,3	0,2		0,1
<b>GRÜNE</b>							
Amtl. Erg.							8,4
M. u. F.	16,2	19,2	11,7	4,0	1,4		8,3
Männer	14,6	17,7	11,5	3,6	1,4		8,2
Frauen	18,1	20,8	11,9	4,3	1,4		8,3
Diff. F.-M.	3,5	3,1	0,4	0,7	0,0		0,1
<b>REP</b>							
Amtl. Erg.							7,1
M. u. F.	7,9	7,0	7,0	7,4	6,8		7,1
Männer	10,4	9,0	9,0	9,6	10,2		9,6
Frauen	5,1	4,8	4,9	5,2	4,6		4,9
Diff. F.-M.	-5,3	-4,2	-4,1	-4,4	-5,6		-4,7
<b>DVU</b>							
Amtl. Erg.							1,6
M. u. F.	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0		0,0
Männer	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0		0,0
Frauen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0		0,0
Diff. F.-M.	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0		0,0
<b>Sonstige</b>							
Amtl. Erg.							2,2
M. u. F.	6,0	4,3	3,2	3,2	3,5		3,8
Männer	6,6	4,4	3,3	3,1	4,3		4,2
Frauen	5,3	4,2	3,2	3,3	3,0		3,5
Diff. F.-M.	-1,3	-0,2	-0,1	0,2	-1,3		-0,7

soluten Zahlen bilden die Senioren das Schwergewicht der Rechtsparteien, auch wenn diese relativ jugendattraktiv sind. Gleichwohl liegt hier der strukturelle Unterschied zu den NPD-Wahlerfolgen in den späten sechziger Jahren, die stets auf überdurchschnittliche Ergebnisse bei den Alten gestützt waren, während die Rechten bei den Jungen

kaum Erfolge erzielen konnten<sup>14</sup>). Die erschreckende Brisanz dieses Befundes ist offensichtlich: Haben die rechtsradikalen Parteien Bestand, so be-

<sup>14</sup>) Vgl. J. Hofmann-Göttig (Anm. 10), S. 151f. Bei allen dort betrachteten 13 Wahlen verbuchte die NPD negative Jungwählerbilanzen.



steht die Gefahr, daß sich der für die GRÜNEN nachgewiesene positive demographische Trend auch für sie einstellt. Dann würden sie selbst bei künftig sinkenden Jungwähleranteilen insgesamt anwachsen.

Dieser Befund stützte sich auf Berlin und Frankfurt. Wie nun ist es mit der Jugendattraktivität der Rechtsparteien bei der Europawahl bestellt?

Die Republikaner erreichen hierbei im Durchschnitt 7,1 Prozent (vgl. Tabelle 2). Ihr bestes Ergebnis mit 7,9 Prozent verbuchen sie bei den Jungwählern, ihr relativ schwächstes Ergebnis mit 6,8 Prozent bei den Senioren. Wenngleich von einer leicht überdurchschnittlichen Sympathie unter den Jugendlichen für die Republikaner gesprochen werden kann, so überwiegt doch eher der Eindruck von Ausgeglichenheit über die Altersgruppen. Jedenfalls bleibt in der Europawahl der Befund „Jugendattraktivität“ weit hinter den Ergebnissen der Rechtsparteien in Berlin und Frankfurt zurück.

Vergleicht man die Altersstruktur der Rechtsparteien in den Bundesländern, so ergibt sich ein sehr uneinheitliches Bild. Dieser Blick auf die Bundesländer ist hinsichtlich der Neuen Rechten schon deshalb erforderlich, weil sie sich in der Zusammensetzung regional ungemein differenziert. Die Forscher der Konrad-Adenauer-Stiftung haben das auf den Begriff „Doppelprofil“ gebracht<sup>15)</sup>. Die Anhänger der Republikaner seien sowohl in großstädtischen Ballungsräumen als auch in strukturschwachen ländlichen Regionen „Sammelbecken ökonomischen und sozialen Protestes“. Andersorts artikuliere sich ein „ideologischer Nationalismus“. Dahinter ständen vermutlich teilweise auch unterschiedlich motivierte Wählergruppen.

Auch die INFAS-Analyse der Europawahl (die regional differenzierteste zur Zeit vorliegende Republikaner-Wähleranalyse) macht deutlich, wie sehr die Wählerschaft der Republikaner regional unterschiedlich ist. Es handelt sich bei den Republikanern, so INFAS im Ergebnis der Regionalanalyse<sup>16)</sup>, um eine „Partei mit zwei Gesichtern“.

#### 4. Typologie der Altersstruktur der Neuen Rechten

Auf der Ebene der Bundesländer (vgl. Tabelle 3) kann die Altersstruktur der Republikaner in vier unterschiedliche Typen aufgeteilt werden.

– Typ 1: Hauptgewicht Senioren, zweiter Schwerpunkt Junge; dieser Typ ist in Bremen (und dort bemerkenswerterweise sowohl bei den Republikanern als auch bei der DVU) und in Niedersachsen anzutreffen.

<sup>15)</sup> H.-J. Veen/P. Gluchowski (Anm. 6), S. 45.

<sup>16)</sup> INFAS-Politogramm (Anm. 5), S. 58.

– Typ 2: Zwei gleichrangige Schwerpunkte, Junge und Alte; dieser Typ ist in Hamburg und Schleswig-Holstein vertreten.

– Typ 3: Ausgeglichene Altersbilanzen; in diesen Typ fallen die Länder Bayern und Saarland.

– Typ 4: Jugendattraktiv, bestes Ergebnis bei den Jungwählern; dieser Typ ist vor allem in Baden-Württemberg sowie – abgeschwächt – in Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz zu beobachten.

Es dominiert also der Typ 4 (wie auch abgeschwächt im Bund), wobei das Phänomen selbst bei relativ hoher Ausprägung (d. h., in Baden-Württemberg) nicht so kraß auftritt, wie für die Landtagswahl in Berlin und die Kommunalwahl in Frankfurt aufgezeigt wurde. Auf der anderen Seite ist deutlich, daß die entwarnenden Erklärungen über das jugendliche Potential vor der Europawahl<sup>17)</sup> und aufgrund der Ergebnisse einiger Großstädte in dieser Wahl verfrüht waren.

Insgesamt betrachtet kann für die Europawahl gesagt werden: Im Unterschied zur NPD der sechziger Jahre werden die Rechtsparteien nicht hauptsächlich von den alten Ewiggestrigen gewählt. Der Zulauf im Jugendbereich ist besorgniserregend stark. Hinzu kommt die Einschätzung, daß die bisherigen rechtsradikalen Wahlerfolge nur die Spitze eines Eisberges sein könnten. Schließlich wurde bisher nur das Wahlverhalten analysiert, nicht aber die Einstellungen, die dem Wahlverhalten vorausgehen bzw. die latent bleiben. Sollten jedoch rechte Einstellungen weiter verbreitet sein, als sich dies jetzt schon im Wahlverhalten manifestiert, dann wäre das Potential dieser Parteien weitaus größer, als dies heute die Daten des Wahlverhaltens indizieren.

In der Tat liegen Befunde aus der Jugendforschung vor, die in diese erschreckende Richtung deuten. Wenn Wilhelm Heitmeyer<sup>18)</sup> in einer breiten Jugendstudie aus dem Jahre 1987 (1 257 interviewte 16- bis 17jährige), 43,5 Prozent Zustimmung zu „Deutschland den Deutschen“ und 37,4 Prozent Zustimmung zu „Kanaken raus“ feststellen mußte, dann wird das Ausmaß der Problematik spürbar. Nicht die bereits bei Jugendlichen manifest gewordenen Wahlerfolge rechtsextremer Parteien, sondern die dahinter stehenden, weitgehend noch öffentlich verdrängten Einstellungen und Ängste sind das eigentlich zu bearbeitende Problem.

<sup>17)</sup> Der damalige CDU-Generalsekretär Heiner Geißler und Bundesgeschäftsführer Peter Radunski bezweifelten bei der Vorstellung der CDU-Studie über die Republikaner (Anm. 6) vor der Bundespressekonferenz am 18. Mai 1989, daß die Jugendattraktivität der NPD in Frankfurt typisch sei.

<sup>18)</sup> Vgl. Wilhelm Heitmeyer, Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen, Weinheim 1988.



Es kann nur dringend empfohlen werden, die sicher noch nicht gefestigten, aber latenten rechtsextremistischen und nationalistischen Orientierungen bei Jugendlichen sehr ernst zu nehmen. Vielen dieser

Jugendlichen fehlt es an politischer Orientierung und emotionaler Geborgenheit. Diese Defizite auszugleichen, erscheint als gemeinsame Aufgabe demokratischer Parteien.

## V. Die Neuen Rechtsparteien: Für Frauen wenig attraktiv

NPD wie Republikaner erwiesen sich in Berlin und Frankfurt als die Männerparteien schlechthin. Rund zwei Drittel ihrer Wähler sind Männer, nur

ein Drittel sind Frauen. Dieser Befund hat sich bei der Europawahl (vgl. Abbildung 5) mit einer beachtlichen Konstanz für das Bundesgebiet und alle

**Tabelle 3: Parteipräferenzen in der Europawahl 1989. Republikaner und DVU nach Alter und Geschlecht in den Bundesländern**

Alter/J.	18-24	25-34	35-44	45-59	60 u. ä.	Insg.
<b>Baden-Württemberg</b>						
REP						
M. u. F.	10,9	9,2	9,2	9,6	8,0	9,1
Männer	14,1	11,6	11,7	12,5	11,6	12,2
Frauen	7,1	6,5	6,7	6,5	5,5	6,3
<b>Bayern</b>						
REP						
M. u. F.	14,6	14,3	14,9	15,3	13,4	14,4
Männer	18,4	17,8	18,3	18,9	18,9	18,5
Frauen	10,3	10,5	11,4	11,7	9,7	10,6
<b>Hamburg</b>						
REP						
M. u. F.	6,0	3,1	4,5	6,1	5,8	5,3
Männer	8,9	3,9	6,6	8,7	9,1	7,7
Frauen	3,4	2,2	2,4	3,7	4,1	3,5
<b>Hessen</b>						
REP						
M. u. F.	7,7	5,9	6,4	7,0	6,5	6,7
Männer	10,3	7,6	8,5	9,2	10,0	9,1
Frauen	4,7	4,1	4,2	4,7	4,2	4,4
<b>Niedersachsen</b>						
REP						
M. u. F.	4,8	4,1	4,1	4,9	5,2	4,7
Männer	6,5	5,3	5,8	6,3	7,8	6,4
Frauen	3,0	2,8	2,4	3,5	3,5	3,2
<b>Nordrhein-Westfalen</b>						
REP						
M. u. F.	5,0	3,9	3,8	4,2	3,9	4,1
Männer	6,7	5,3	4,9	5,7	6,4	5,8
Frauen	3,1	2,4	2,6	2,8	2,4	2,6
<b>DVU</b>						
M. u. F.	1,9	1,2	1,1	1,1	1,5	1,3
Männer	2,5	1,6	1,3	1,3	2,2	1,7
Frauen	1,3	0,9	0,8	0,9	1,0	1,0



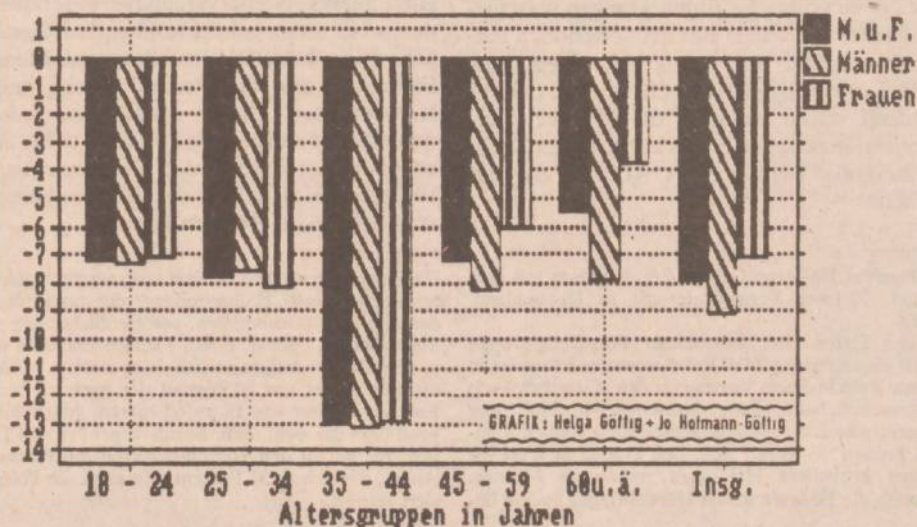
Alter/J.	18-24	25-34	35-44	45-59	60 u. ä.	Insg.
<b>Rheinland-Pfalz</b>						
REP						
M. u. F.	5,5	5,0	4,6	4,5	3,8	4,5
Männer	7,3	6,6	6,3	6,1	6,2	6,4
Frauen	3,5	3,3	2,7	2,8	2,2	2,8
<b>Saarland</b>						
REP						
M. u. F.	5,6	6,3	5,3	5,5	4,7	5,4
Männer	7,2	8,2	7,2	7,2	8,0	7,6
Frauen	4,0	4,3	3,5	3,7	2,6	3,4
<b>Schleswig-Holstein</b>						
REP						
M. u. F.	5,4	3,9	3,7	4,4	5,4	4,6
Männer	7,6	5,7	5,4	5,8	8,4	6,6
Frauen	2,9	1,9	1,9	3,0	3,3	2,8

Alter/J.	18-20	21-24	25-34	35-44	45-59	60 u. ä.	Insg.
<b>Bremen</b>							
REP							
M. u. F.	4,5	3,9	3,1	3,9	5,0	5,3	4,6
Männer	5,4	4,9	4,6	4,1	6,7	8,0	6,2
Frauen	3,4	2,6	1,5	3,7	3,5	3,7	3,3
<b>DVU</b>							
M. u. F.	3,5	3,4	2,7	2,3	2,6	4,1	3,2
Männer	4,3	4,9	3,2	2,9	3,2	6,4	4,3
Frauen	2,5	1,6	2,1	1,7	2,1	2,7	2,3

Bundesländer für Republikaner wie für DVU (vgl. Einzelheiten in Tabelle 3) stabilisiert. Bei keiner anderen Partei sind die Unterschiede im Wahlverhalten bei Männern und Frauen ausgeprägter.

Kaum ein sozialstruktureller Befund bezüglich der Wählerbasis der Neuen Rechten erweist sich als vergleichbar eindeutig: Die Neue Rechte besteht aus Männerparteien.

Abbildung 5: Parteipräferenz bei der Europawahl 1989 nach Alter und Geschlecht (in Prozent)





Es wäre verkürzt, dies nur aus der Gegenwart heraus zu interpretieren. Die weibliche Abstinenz gegenüber der Neuen Rechten ist im historischen Kontext der siebzigjährigen Geschichte des Frauenwahlverhaltens nicht verwunderlich<sup>19)</sup>. Zwar neigten die Frauen schon in der Weimarer Republik eher der Rechten als der Linken zu, aber ihre Abneigung gegenüber den Extremen traf — entgegen einem weit verbreiteten Vorurteil, daß angeblich besonders die Frauen Hitler an die Macht gebracht hätten — auch die NSDAP. Erst unmittelbar vor der Machtergreifung lockerte sich die weibliche Zurückhaltung gegenüber der NSDAP, was wiederum zeigt, daß die Frauen keineswegs quasi historisch naturgesetzlich resistent gegenüber dem Rechtsradikalismus sind.

Dieses Muster wiederholte sich in der Frühphase der Bundesrepublik Deutschland. KPD wie rechts-extreme SRP (Sozialistische Reichspartei) stießen bei den Frauen, wie auch die NPD in den sechziger Jahren, eher auf reservierte Skepsis.

Die GRÜNEN haben mit dem Frauendefizit stets zu kämpfen gehabt. Erst in jüngster Zeit beginnt sich dieses — vor allem bei den jüngeren Frauen — aufzulösen. Dafür dürfte ein Wandel im Erscheinungsbild der GRÜNEN (Parlamentarisierung, Pragmatisierung), verbunden mit einer frauenfreundlichen Programmatik (Umweltschutz, Frieden und Abrüstung werden von Frauen wichtiger genommen als von Männern<sup>20)</sup>), verantwortlich sein.

Kann daher davon ausgegangen werden, daß auch die Rechtsradikalen auf mittlere Sicht ihre Frauendefizite schließen können? Das ist allerdings nicht zu erwarten. Die hier vorgetragene Einschätzung unterscheidet sich von Dieter Roths Beitrag in diesem Heft. Er erklärt die weibliche Abstinenz aus dem geringeren politischen Interesse der Frauen: „Das unterschiedliche Interesse an Politik führt dazu, daß neue politische Entwicklungen verschieden, möglicherweise auch nur zeitversoben aufgenommen werden. Für die letztere Hypothese spricht die Entwicklung bei den GRÜNEN. In ihrer Wählerschaft waren zunächst die Männer überrepräsentiert, inzwischen entspricht die Geschlechterverteilung der Wähler der GRÜNEN der der Gesamtheit.“

<sup>19)</sup> Vgl. Joachim Hofmann-Göttig, Emanzipation mit dem Stimmzettel. 70 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland, Bonn 1986.

<sup>20)</sup> Aus den Daten der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen für die laufenden ZDF-Politbarometer-Erhebungen — so Dieter Roth in einem Vortrag für den „Gesprächskreis Sozialwissenschaft beim Gustav-Stresemann-Institut“ über „Charakteristische Einstellungsunterschiede zwischen Männern und Frauen“ — ergibt sich, daß Frauen in Umweltschutzfragen kritischere Haltungen zeigen als Männer, Frauen stufen die Bedeutung von Umweltfragen zudem höher ein.

Zunächst muß die These vom geringeren politischen Interesse der Frauen differenziert werden. Unterscheidet man nämlich bei den Frauen nach dem Grad der Berufstätigkeit, dann erreichen die voll berufstätigen Frauen fast die Durchschnittswerte aller Befragten<sup>21)</sup>. Daß die Variable „politisches Interesse“ entscheidend für das Frauendefizit der Neuen Rechte sein könnte, ist auch angesichts der Beständigkeit dieses Phänomens unwahrscheinlich. Das Frauendefizit bleibt konstant in der Stadt wie auf dem Land, im Stadtstaat wie im Flächenstaat, im Norden wie im Süden, obgleich es erhebliche Unterschiede hinsichtlich politischer Information und politischem Interesse gibt.

Die wachsende Frauenattraktivität der GRÜNEN kann nicht mit dem „Nachzugseffekt“ begründet werden. Die GRÜNEN liegen thematisch näher bei Frauen als bei Männern und gelten heute weit weniger als früher als radikale Partei. Dazu dürfte die Normalität ihrer zehnjährigen parlamentarischen Arbeit beigetragen haben.

Gewiß könnten künftige Erfolge der Rechtsradikalen bei Parlamentswahlen Reserven gegenüber diesen Parteien bei den Frauen mildern. Doch im Grundsatz ist davon auszugehen, daß die Rechtsradikalen auch auf längere Sicht eher Männer- als Frauenparteien bleiben werden.

Der wichtigste Grund für eine solche Annahme ist, daß nur bei einer Minderheit der rechtsradikalen Wähler ein geschlossenes rechtsradikales Weltbild vorhanden ist. Die meisten sind wohl eher Protestwähler. Daß dies so ist, ergibt sich daraus, daß überall dort, wo die Alternative NPD oder Republikaner für den Wähler greifbar war, sie die Republikaner bevorzugten und dort, wo nur die NPD aufrat, sie weniger Stimmen erhielt als sonst die Republikaner. Wilhelm Heitmeyer<sup>22)</sup> hat daher den Begriff Statusverunsicherung als zentrale Erklärungskategorie dieses Wählerverhaltens angeboten. Wenn dem so ist, dann gehört wohl auch der gesellschaftliche Prozeß der Gleichstellung von Männern und Frauen zu den die Verunsicherung auslösenden Komponenten. Dieser Anteil kann jedoch nicht quantifiziert werden, und es kann daher auch nicht angenommen werden, daß hier eine entscheidende Erklärungsvarianz für das Wahlverhalten zugunsten der Neuen Rechten liegt.

<sup>21)</sup> Entsprechend differenziert ausgewertet wurden die Daten der Infratest-„Halbzeitbilanz“ der saarländischen Landesregierung (Grunddaten veröffentlicht vom Chef der Staatskanzlei, Januar 1988). Danach erklärten 40 Prozent der Saarländer insgesamt sich „sehr stark politisch zu interessieren“, aber nur 20 Prozent der noch nie berufstätigen Frauen im Alter von 18 bis 60 Jahren, systematisch ansteigend über die nicht mehr Berufstätigen, zu den Teilzeittätigen, bis hin zu den vollzeit-berufstätigen Frauen gleichen Alters, die sich zu 37 Prozent sehr stark für Politik interessiert zeigten.

<sup>22)</sup> Anm. 18.



Aus vielen empirischen Studien der Frauenforschung<sup>23)</sup> ist bekannt, daß für breite Schichten der Bevölkerung der Gleichstellungsanspruch zur demokratischen Selbstverständlichkeit geworden ist. Aber es gibt Minderheiten, mehr Männer als Frauen, die sich damit nicht abfinden können und wollen. Das gilt für die Rollenverteilung zu Hause, aber auch in der Arbeitswelt.

Allensbach befragte in den siebziger Jahren berufstätige Arbeitnehmer (1972, 1974, 1978), ob sie „mit einer Frau als Vorgesetzten“ einverstanden seien. Die Zustimmung hat sich Jahr für Jahr erhöht, bei Männern wie bei Frauen. Doch immerhin 17 Prozent erklärten sich noch 1978 ausdrücklich „nicht einverstanden“, darunter acht Prozent der Frauen und immerhin 21 Prozent der Männer<sup>24)</sup>.

Ein bekanntes Element im Wählerbewußtsein ist die Klage, daß „nichts mehr so ist, wie es früher einmal war“. Das macht es durchaus spannend zu beobachten, wie die Republikaner an ihrer frauenpolitisch reaktionären Programmatik zu feilen ge-

denken. „Frau und Mann“, so heißt es im derzeit noch geltenden Grundsatzprogramm der Republikaner, „sind im Falle gleicher Bedingungen und Anforderungen trotz ihrer Wesensunterschiede von gleichwertiger Tüchtigkeit im Leben und Beruf. Es ist jedoch insbesondere der Frau gegeben, durch Wärme und Hingabe ein Klima der Geborgenheit zu schaffen, in welchem Familie und Kinder gedeihen können. Hier liegt die besondere und von keinem ‚Hausmann‘ oder Kollektiv erfüllbare Berufung der Frau.“

Ein weiterer Grund für die Vermutung eines langfristig geringen Frauenanteils der Neuen Rechten ist, daß die GRÜNEN mit dem Umweltschutz ein eher frauenattraktives Thema besetzen, während die rechtsradikalen Parteien mit der Ausländerpolitik ein eher männliches Thema in den Mittelpunkt stellen. Wie auch immer die rechtsradikalen Parteien es semantisch verdecken wollen, ihre zentrale emotionale Botschaft ist: Ausländer raus! Eine aggressive Ausrufezeichen-Botschaft. Eine Botschaft eher der männlichen Ellenbogenpolitik.

## VI. Fazit

Es ist deutlich geworden, daß die Neue Rechte keine „Eintagsfliege“ ist. Werden die Parteien der Neuen Rechten bei der Europawahl 1989 als Einheit betrachtet, so kamen sie in allen Bundesländern über die Fünf-Prozent-Hürde. Freilich hat sich der Trend innerhalb der Neuen Rechten zu den Republikanern unterschiedlich stark vollzogen. Er dürfte jedoch in der nächsten Zeit zunehmen. Ob die Republikaner — wie ehemals die NPD in den sechziger Jahren — den Sprung in den Deutschen Bundestag nicht schaffen werden, hängt sehr stark von den bevorstehenden acht Kommunal- und Landtagswahlen ab. Jedenfalls wäre es ein analytischer Fehlschluß, von der hohen Bedeutung des Faktors Wahlbeteiligung bei der letzten Europawahl auf geringe Chancen bei einer Bundestagswahl zu schließen. Dieser Faktor mag die Höhe des

Wahlerfolgs beeinflußt haben, war aber nicht entscheidend für das Überspringen der Fünf-Prozent-Hürde.

Die in Berlin, Frankfurt und nun abgeschwächt auch im Bund sichtbar gewordene Jugendattraktivität der Rechtsparteien ist sehr ernst zu nehmen, zumal sich hier erst die Spitze eines Eisberges zeigt. Die Jugendattraktivität impliziert die Chance der Rechtsparteien, auf der Basis eines positiven demographischen Trends quasi naturwüchsig noch stärker zu werden.

Die Wählerschaft keiner anderen Partei unterscheidet sich so extrem nach Männern und Frauen. Zwei Drittel der Wähler der Neuen Rechtsparteien — ob sie nun NPD, DVU oder Republikaner heißen — sind Männer, nur ein Drittel Frauen. Angesichts langfristiger Beobachtungen des Wahlverhaltens von Frauen darf es als eher wahrscheinlich gelten, daß sich die Frauendefizite der Neuen Rechte zwar mittelfristig abschwächen, nicht aber ausgleichen werden.

<sup>23)</sup> Vgl. z. B. Gerhard Schmidtchen, Die Situation der Frau, Berlin 1984.

<sup>24)</sup> Vgl. Institut für Demoskopie, Ehe und Familie (hrsg. vom Arbeitsministerium Baden-Württemberg), Allensbach 1985.



# Rechtsextremismus und Jugend

Erscheinungsformen – Ursachen – Gegenstrategien

## I. Vorbemerkung

Es mag zynisch klingen und ist wohl dennoch richtig: Mittel- und langfristig haben die jüngsten Wahlerfolge der Republikaner der freiheitlichen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland einen wichtigen Dienst erwiesen. Sowohl in den Massenmedien als auch unter den Politikern aller Parteien hat ein Thema wieder Konjunktur, das seit längerer Zeit ausgeblendet war: Erscheinungsformen und Ursachen rechtsextremen Denkens in weiten Teilen der Bevölkerung.

Die Stimmengewinne der Republikaner sind allerdings nur Zeichen und Symptom für das vorhandene rechtsextremistische Potential und beschrei-

ben keineswegs die Dimensionen des bundesrepublikanischen Rechtsextremismus als soziale und politische Formation. Die Fassungslosigkeit prominenter Politiker und Journalisten an den Wahlenden kontrastiert mit den Erkenntnissen, die Sozialwissenschaftler publiziert haben, die aber bis vor kurzem unbeachtet blieben. So kam bereits 1981 die SINUS-Studie zu dem Fazit, daß 13 Prozent der Wahlbevölkerung zum rechtsextremen Einstellungspotential zählen und „über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild“<sup>1)</sup> verfügen. Wilhelm Heitmeyer wies in einer anderen Studie 1987 darauf hin, daß 16,2 Prozent der 16–17jährigen zu einer „rechtsextremistischen Orientierung“<sup>2)</sup> neigen<sup>3)</sup>.

## II. Zur Klärung des Begriffes Rechtsextremismus

Im Zusammenhang mit der Bewertung der Wahlerfolge der Republikaner ist es im öffentlichen Sprachgebrauch zu einer permanenten Vermischung bzw. Gleichsetzung der Begriffe Neonazismus, Neofaschismus, Rechtsradikalismus, Rechtskonservatismus und Rechtsextremismus gekommen. Der Standpunkt war oft abhängig von den jeweiligen politischen Interessen des Betrachters.

Aufgrund heuristischer und didaktischer Erwägungen erscheint es sinnvoll zu sein, mit der Kategorie Rechtsextremismus<sup>3)</sup> zu arbeiten und diesen Begriff eindeutig zu klären. Die SINUS-Studie hat erstmals nach Theodor W. Adornos Autoritarismus-Skalierung<sup>4)</sup> für die Bundesrepublik versucht, anschaulich zu umschreiben, worin sich rechtsextremes Denken, Fühlen und Handeln manifestieren.

Für ein rechtsextremes Weltbild werden in der SINUS-Studie fünf Faktoren genannt:

1. Die Dominanz eines reaktionären Menschenbildes mit starken aggressiven Grundstrukturen gegen Minderheiten (Homosexuelle, Asoziale, Menschen mit abweichendem Habitus) bei gleichzeitiger Betonung von Zucht, Ordnung, Männlichkeit und Autorität.

2. Latente Bedrohungsängste, mit den Anforderungen der bundesdeutschen Gesellschaft nicht fertig zu werden. Diese Angst richtet sich gegen die genannten Minderheiten und Außenseiter, die als Sündenböcke herhalten müssen.

3. Ein starkes Streben nach Harmonie und Konfliktfreiheit bei gleichzeitigem Ablehnen von Künstlern, Intellektuellen und Parteien, die in der Tradition der Aufklärung stehen. Wunschbild ist eine Staats- und Volksgemeinschaft, in der Pluralismus und Parteienkonkurrenz fehlen.

4. Eine rigide Werte-Hierarchie, in der Volk, Vaterland und Familie dominieren.

5. Eine Art „Siegfried-Komplex“, nämlich die Erfahrung, daß die in Punkt eins bis vier genannten Einstellungen augenblicklich nicht durchsetzbar sind und der „echte“ Deutsche eine Märtyrer-Rolle zu übernehmen und Opfer zu bringen hat, bis die Feinde Deutschlands (Juden, Freimaurer, Russen,

1) SINUS-Studie, 5 Millionen Deutsche: „Wir wollen wieder einen Führer haben . . .“, Reinbek 1981, S. 79.

2) Wilhelm Heitmeyer, Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen, Weinheim-München 1988<sup>2)</sup>, S. 184 ff.

3) Zu den historischen, methodischen, politischen und verfassungsrechtlichen Implikationen von Extremismus vgl. Manfred Funke (Hrsg.), Extremismus im demokratischen Rechtsstaat, Bonn 1978.

4) Theodor W. Adorno u. a., Der Autoritäre Charakter, Bd. 1, Amsterdam 1968, S. 89 ff.



Amerikaner, linke Journalisten) ausgeschaltet sind<sup>5)</sup>.

Trotz der gelegentlich geäußerten wissenschaftlichen Methodenkritik gegenüber der Faktorenkonstruktion der SINUS-Studie<sup>6)</sup> enthält dieser Versuch einer inhaltlichen Umsetzung der Worthülse „Rechtsextremismus“ drei Vorteile für das Verständnis psycho-politischer Prozesse:

a) Rechtsextremismus im Sinne der SINUS-Studie ist keine politisch-programmatische Ideologie einer Partei oder Bewegung, sondern eine politische Mentalität gegenüber dem „unübersichtlichen“ Alltag und dessen Bewältigung. Daraus erklärt sich auch, warum über Jahre hinweg rechtsextremistische Wähler durchaus andere Partei-Präferenzen haben konnten, solange es nicht das organisatorische Sammelbecken der Republikaner gab.

b) Verhaltensweisen, Einstellungen und Denkmuster rechtsextremistischer Strukturen sind primär emotionale Relikte und Konstrukte des alltäglichen Lebens, die in gemildeter Form auch demokratische und liberale Personen aufweisen<sup>7)</sup>. So dürften z. B. Werte wie Volk, Vaterland und Familie auch 1989 von den Deutschen in der Bundesrepublik mehrheitlich bejaht werden. Entscheidend ist jedoch das Ausmaß ihrer Verabsolutierung. Bei rechtsextremen „Charakteren“ konzentrieren sich die oben genannten fünf Faktoren zu einem pseudo-logischen Weltbild, das kaum zu durchbrechen ist. Folgerichtig deutete die SINUS-Studie an, daß die Skalierung zwischen autoritativ-konservativer Grundeinstellung bis hin zur rechtsextremistischen Position eben auch eine Frage der Kombination und Fokussierung der einzelnen Faktoren ist. Die relativ problemlose Wanderungsbewegung konservativer Wähler zu den Republikanern findet somit eine schlüssige Erklärung, weil im Bewußtsein der Wähler diese Gruppierung nicht den „braunen Sumpf“ verkörpert, sondern seriöse Anlaufstation von gleichgesinnten und gleichgestimmten „normalen“ Deutschen bildet. In einer Milieustudie hat Bartholomäus Grill den typischen Wähler der Republikaner als den „netten, ruhigen Nachbarn von nebenan“ charakterisiert<sup>8)</sup>.

c) Rechtsextremismus ist folglich nicht gleichzusetzen mit Neofaschismus oder Neonazismus, obwohl er sich aus fast identischen triebpsychologischen

Identitätsbrüchen ableitet. Jemand kann durchaus rechtsextremistisch denken, fühlen und handeln, ohne historische Anleihen beim Nationalsozialismus zu machen, was sich insbesondere bei der gegenwärtigen Kinder- und Jugendgeneration zeigt. Anders formuliert: Neofaschistische Idole, Vorbilder, Symbole und Organisationsformen sind nicht mehr als der geschichtlich tradierte Randbereich des Phänomens Rechtsextremismus, der eben seit jeher breite Schichten der Bevölkerung umfaßt hat und sich nicht nur aus dem Wählerpotential der NPD und DVU zusammensetzt. Der „Wahlschock“ der etablierten Parteien resultiert offensichtlich aus der wirklichkeitsverzerrten Gleichsetzung von Neofaschismus/Neonazismus und Rechtsextremismus, während die sozialwissenschaftlichen Analysen diese Nicht-Identität spätestens seit Adorno nachgewiesen haben.

Bei seiner Untersuchung über „rechtsextremistische Orientierungen“ von 16–17jährigen Jugendlichen hat Wilhelm Heitmeyer im Gegensatz zur SINUS-Studie Rechtsextremismus definiert als „Gegenentwurf“ zur demokratischen, aufklärerischen Politik mit den zwei Grundelementen der „Ideologie der Ungleichheit als zentralem, integrierendem Kernstück“ (Teilaspekt: Selbstübersteigerung, Fremdenfeindlichkeit, Recht des Stärkeren, Ausgrenzung des „Anderseins“) sowie einer „Gewaltperspektive und -akzeptanz als zentralem, integrierendem Kernstück . . . politischen Verhaltens“<sup>9)</sup>. Die entscheidende Weiterführung Heitmeyers liegt in dem Dualismus von ideologischen Deutungsmustern plus verhaltensbereiter Gewaltdisposition als Regelungsmechanismus des Alltags. Die SINUS-Studie hat diese klare Differenzierung von gedanklich-gefühlsmäßigen Veratzstücken und konkreter Verhaltensebene nur immanent in den fünf Faktoren angedeutet und unscharf als „Weltbild“ titulierte, während Heitmeyer auf der analytischen Unterscheidung von Ideologie und Gewalthandeln besteht. Es eint jedoch beide Ansätze, daß sie erstens Rechtsextremismus viel weiter fassen als das parteipolitisch-programmatische Umfeld von entsprechenden Organisationen und Parteien, daß sie zweitens Rechtsextremismus als Wechselwirkung gesellschaftlicher Strukturen und subjektiv-individueller Reaktionen interpretieren und daß sie schließlich die Entstehung rechtsextremistischer Orientierungen als lebensgeschichtlichen, sozialisationsbedingten „Strömungsprozeß“ verstehen, der weder zwangsläufig noch gradlinig verläuft. Dieses dynamische Verständnis eines „soziologischen Rechtsextremismus“<sup>10)</sup> scheint ein wissenschaftlich überzeugendes und die politische Pädagogik veränderndes Konzept zu sein, weil sowohl objektiv soziale als auch

<sup>5)</sup> Vgl. SINUS-Studie (Anm. 1), S. 67 f.

<sup>6)</sup> Vgl. W. Heitmeyer (Anm. 2), S. 25 f.

<sup>7)</sup> Die Ergebnisse der FORSA-Studie bestätigen die Sozialprofile der SINUS-Studie, in denen deutlich wird, daß in konservativen SPD-Hochburgen gleichfalls ein erhebliches Potential für die Republikaner vorhanden ist; nur war dieses Potential bis zum Jahr 1989 eben stärker in eine „rechte“ SPD-Linie eingebunden. Vgl. dazu: Stern vom 10. 8. 1989, S. 134 ff.

<sup>8)</sup> Bartholomäus Grill, So normal, so stinknormal, in: Die Zeit vom 17. 2. 1989, S. 15.

<sup>9)</sup> W. Heitmeyer (Anm. 2), S. 15 f.

<sup>10)</sup> Ebd., S. 15.



subjektive persönliche Aspekte Berücksichtigung finden.

So berechtigt in Detailbereichen der semantischen Skalierung Heitmeyers Kritik auch sein mag, es bleibt ein Faktum, daß die Aussage der SINUS-Studie aus dem Jahre 1981 — 13 Prozent der wahlbe-

rechtigten Bevölkerung hätten ein „geschlossenes rechtsextremes Weltbild“ — mit den Ergebnissen der SPIEGEL-Umfrage vom Februar 1989 völlig übereinstimmt, wonach 13 Prozent der westdeutschen Bevölkerung den möglichen Einzug der Republikaner in den Bundestag „sympathisch“ finden<sup>11)</sup>.

### III. Erscheinungsformen jugendlichen Rechtsextremismus

Das im vorangegangenen Kapitel erläuterte Verständnis des „soziologischen Rechtsextremismus“ als einer ideologischen Bewältigungsstrategie primär des Alltags, verbunden mit der Hinnahme oder Anwendung von Gewalt in Konfliktfällen, führt dazu, daß es außerordentlich vielfältige Phänomene rechtsextremer bzw. „autoritär-nationalisierender Orientierungen“ gibt. Während der Verfassungsschutz seit vielen Jahren die Aktivitäten und Organisationen des neonazistischen Umfeldes genau verfolgt und aufgelistet hat, wobei eine steigende Beteiligung junger Menschen festzustellen war, wurde der „soziologische Rechtsextremismus“ nur in wissenschaftlichen Studien dokumentiert.

Besonders beunruhigend ist, daß der organisierte Neonazismus kalkuliert Strategien entwickelt, um Jugendliche an sich zu binden. In einem Interview des Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatts vom Februar 1982 äußerte sich Michael Kühnen folgendermaßen: „Ich hoffe langfristig darauf, daß es gelingen wird, die Frage Umweltzerstörung und Überfremdung in eine einheitliche systemgegnere Organisation zu bringen. Das wäre die strategische Langzeitrichtung, diese beiden Themen zusammenzukoppeln und damit gegen das System anzutreten. Das ist meine einzige Sicht, wie wir 'ne Massenbasis bekommen können.“<sup>12)</sup>

Jörg-Ingo Peter und Wilhelm Heitmeyer haben in einer weiteren Untersuchung kürzlich nachgewiesen<sup>13)</sup>, daß immerhin 59 Prozent von 250 befragten jugendlichen Fußballfans in Bielefeld „Befürworter autoritär-nationalisierender Orientierungen“ sind, von denen 20,2 Prozent ihre politische Nafle zur NPD herausstreichen, ohne Mitglied zu sein. Die folgenden zwei Interviewausschnitte offenbaren eine widersprüchliche, aggressiv-explosive Mischung:

„Ich hab was gegen Leute, so eben, die politisch links sind. Die sich total von Deutschland und allem sich absetzen und alle als Nazis beschimpfen. Es ist

bei mir eben so, daß ich so eine gewisse Aggression habe gegen solche Leute . . . Die ‚Falken‘ meinetwegen, die einen als Nazi ansehen; dann kommt es schon vor, daß ich mich da hinstelle und sage, na gut, ich bin ein Nazi, und was jetzt? Obwohl ich das im Grunde nicht bin, ganz sicher nicht. Ich halte von Adolf Hitler nichts. Es ist immer so eine Art Krieg auf einer anderen Ebene, das eine auf dem Fußballplatz, und das ist eben mehr so politisch . . . Ich meine, ‚Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein‘, diesen Aufnäher würde ich vertreten, warum nicht, ich weiß, was in der Vergangenheit passiert ist, aber ich meine, daß diese Vergangenheit genauso zu Deutschland gehört wie alles andere.“ (Maik, 18 Jahre)<sup>14)</sup>

„Ja, ja doch gegen Ausländer auch, schon allein deswegen, weil das Ausländerproblem ist, glaub ich, ziemlich groß in Deutschland. Aber mir sind sie egal, solange sie mich in Frieden lassen, aber mir wär's auch lieber, wenn sie nicht hier wären. Und genauso stolz wie Türken sind oder Italiener sind, und die zeigen es uns auch immer wieder, z. B. Türken, Italiener, Griechen, alle Ausländer sieht man auch nur in kleineren Gruppen, nie alleine durch die Stadt gehen, jedenfalls abends nicht, und naja, die pöbeln, motzen, machen unsere Frauen an, und das ist sowas, was mir nicht paßt, und warum soll ich mich denn nicht dazu bekennen, ein Deutscher zu sein? Das hat mit Rechtsradikalismus, glaub ich, gar nichts zu tun.“ (Lars, 18 Jahre)<sup>15)</sup>

Die Untersuchung von Peter und Heitmeyer war trotz des Nachweises von gewaltsamen, undemokratischen Orientierungen vor vorschnellen Etikettierungen der „Fußballrowdies“, die in erster Linie den Spaß und Erlebnischarakter der Fußballwochenenden betonen, und belegt, wie schwer sich letztlich doch der politische Neonazismus tut, systematisch in die Fußballgemeinden einzusickern und sich dort dauerhaft zu verankern.

Bei der schon erwähnten Jugendstudie Heitmeyers über „rechtsextremistische Orientierungen“ bei 16—17jährigen unterscheidet der Autor fünf Kategorien von Orientierungsmustern: die Autoritär-Nationalistischen, die Verunsicherten, die Selbstsi-

<sup>11)</sup> Der Spiegel vom 27. 2. 1989, S. 49.

<sup>12)</sup> Michael Kühnen, zit. in: Kurt Faller/Heinz Siebold (Hrsg.), Neo-Faschismus — Duldern? Verbieten? Ignorieren? Bekämpfen?, Frankfurt 1986, S. 23.

<sup>13)</sup> Wilhelm Heitmeyer/Jörg-Ingo Peter. Jugendliche Fußballfans — Soziale und politische Orientierung, Erscheinungsformen, Gewalt, Weinheim-München 1988, S. 86 ff.

<sup>14)</sup> Ebd., S. 104.

<sup>15)</sup> Ebd., S. 116.



cher-Distanzierten, die Vorsichtig-Zustimmenden und die Selbstkritisch-Distanzierten, wobei er 16,2 Prozent den Autoritär-Nationalistischen und 34 Prozent den Verunsicherten zuordnet — ein Ergebnis, das weit über die bisherigen Dimensionen rechtsextremistischen Jugendpotentials hinausgeht<sup>16)</sup>. Teile eines Kurzporträts eines 16jährigen Krefelders aus der Gruppe der Autoritär-Nationalistischen lesen sich so:

„Die ‚Überlegenheit‘ der Deutschen mit ihren Eigenschaften sieht er in Gefahr, ‚weil der totale Egoismus herrscht‘. Daher sollte es auch ‚straffer‘ zugehen. Die Erziehung der Jugend sollte härter sein. ‚Man sagt, Ordnung ist das halbe Leben. Die Menschenrechte sollten eingeschränkt werden‘. ‚Die Gewalt sollte abgeschafft werden, schwache Menschen können nicht einmal abends auf die Straße‘. Die Fortsetzung von Stereotypen findet sich in weiteren Bereichen: ‚Demokratie ist dummes Geschwätz‘, daher plädiert er auch entschieden für den Gedanken einer einzigen Partei. ‚Es sollte Ordnung in Staat und Familie herrschen‘. Daher ist auch die Forderung nach ‚Deutschland den Deutschen‘ für ihn fraglos: ‚Jeder Staat sollte sich selbst sein‘. Damit soll der Begriff ‚nationale Identität‘ umschrieben werden, die er in einer spezifischen Form des Nationalsozialismus aufgehen sieht, so daß die Relativierung des Nationalsozialismus entschieden bejaht wird: ‚Ein Führer, keine Konflikte mehr, keine Gewalt, nur Disziplin‘.“<sup>17)</sup>

Allerdings halten wir Heitmeyers Behauptung, seine Untersuchungsergebnisse unter Haupt- und Realschülern trafen unterschiedslos auch für Gymnasiasten zu, für unzutreffend. Eigene Erfahrungen und Befragungen bei Nürnberger Gymnasialschülern der achten, neunten und elften Klasse ergaben ein abweichendes Bild. Lediglich 7,25 Prozent der 80 interviewten Schüler bejahten das Statement „Die Wahlerfolge der Partei der Republikaner in letzter Zeit finde ich gar nicht so schlecht“ und führten folgende Begründungen an:

„Weil sie vielleicht die Ausländer- und vor allem die Asylantenprobleme lösen. Aber es ist beunruhigend, daß sie so populär sind.“

„Weil so die Volksparteien eigentlich merken müßten, daß sie mit ihrer Politik der Versprechungen nichts erreichen. Andererseits finde ich es sehr beunruhigend, weil die Reps äußerst rechts sind, außerdem eine Führerpartei wie damals die NSDAP.“

„Weil meiner Meinung nach die Deutschen ruhig etwas stolz auf ihre Heimat sein dürfen. Seit Hitler ist jeder Deutsche, der ein bißchen Vaterlandstolz zeigt, gleich ein Nazi. Ich finde, wir leben lange genug in der Unterdrückung. Auf keinen Fall dür-

fen die Republikaner stärker werden, als sie es bis jetzt sind, es müßte nur ihre Richtung ein bißchen in die Politik aufgenommen werden.“

„Weil die Partei sich sehr um das deutsche Volk kümmert und die Wiedervereinigung anstrebt.“

Für das Statement „Mit dem Satz: Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein, kann ich mich persönlich identifizieren“ konnten sich nur fünf Prozent der Schüler entscheiden, mit teilweise sehr unterschiedlichen Motiven:

„Man kann als Deutscher doch stolz darauf sein, den weltweit höchsten Lebensstandard erreicht zu haben und ein ebenso gutes Sozialsystem zu besitzen.“

„Ich würde es gern. Meiner Meinung nach ist das deutsche Volk schon völlig durch die Medien umerzogen.“

„Weil ich finde, daß unsere Generation mit der Politik Hitlers nichts mehr am Hut hat und wir deswegen ruhig zugeben können, stolz zu sein, Deutsche zu sein. Die meisten meinen immer noch, ein schlechtes Gewissen haben zu müssen, weil sie indirekt an der Gewaltpolitik Hitlers beteiligt waren. Man sollte sich endlich davon abgrenzen.“

Die Vermutung der SINUS-Studie, erhärtet an Sozialprofilen, daß mit zunehmender Bildung rechtsextreme Einstellungen an Zugkraft verlieren, halten wir für evident, weil Gymnasiasten ideologische Versatzstücke eher hinterfragen und gewaltlose Formen der Konfliktbewältigung besser kennen. Bei unserer begrenzten Befragung war es jedoch sehr auffällig, daß alle Schüler, die eine gewisse Sympathie für die Republikaner durchblicken ließen, ernsthafte Versetzungsprobleme hatten bzw. das Schuljahr bereits wiederholen mußten, ein Umstand, der darauf verweist, wie durch lebensgeschichtliche Identitätsbrüche neuer ideologischer Halt gesucht wird<sup>18)</sup>.

Daß Schüler mit niedrigerem Bildungsniveau eher rechtsextremen Argumenten zuneigen, ergab auch unsere Befragung von Wirtschaftsschülern im Alter von 13 bis 15 Jahren. Von 36 der Interviewten gaben 25 Prozent an, auf sie treffe der Satz „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“ voll zu. Ihre Begründungen: „Ich bin stolz, Deutsche zu sein, da die Deutschen, wenn das mit den Ausländern so weitergeht, bald in der Minderheit stehen.“ „Deutschland hat viel geleistet und geschaffen.“ „Franzosen sind auch stolz auf ihr Land, warum dann nicht wir Deutschen?“

<sup>18)</sup> Vgl. dazu W. Heitmeyer (Anm. 2), S. 95 ff. Ferner Eike Hennig, Zur Karriere und politischen Sozialisation neonazistischer Jugendlicher, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Extremistische Medien, Bonn 1984, S. 41–46.

<sup>16)</sup> Vgl. W. Heitmeyer (Anm. 2), S. 187.

<sup>17)</sup> Ebd., S. 173.



Mit der Aussage „Die Parteien streiten nur, sie bringen nichts zustande. Wir brauchen einen starken Mann, der sich durchsetzen kann“ identifizierten sich 20 Prozent der Wirtschaftsschüler, offenbar enttäuscht von dem, was sie täglich aus den Massenmedien erfahren. Als Begründung wurden aktuelle Versäumnisse genannt wie: „Sie reden alle von Abrüstung und so, aber keiner macht wirklich etwas in Deutschland.“ „Zum Beispiel die Nordsee. Sie reden immer davon, daß sie etwas dagegen tun wollen, aber nichts machen sie.“

In persönlichen Gesprächen mit Wirtschaftsschülern wurde ebenfalls deutlich, wie stark die Akzeptanz rechtsextremer Parolen von der individuellen Situation abhängt, in der sich der einzelne befindet.

So hatten kurz vor der Europawahl acht Schüler in einer Abschlußklasse bekundet, für sie kämen nur die Republikaner in Frage, wenn sie einmal wählen könnten. Zu diesem Zeitpunkt gab es in der Klasse eine Reihe gravierender Probleme: Etliche Schüler fühlten sich überfordert, kamen mit einigen Lehrern nicht zurecht und befürchteten, die Mittlere Reife nicht zu schaffen. Als dann die Abschlußprüfung doch von fast allen bestanden und der Schulstreik vorbei war, bekannten mehrere der „Rep-Anhänger“ freimütig, sie fänden Schönhuber und seine Partei ziemlich idiotisch, eine Wahl dieser Partei sei gegenstandslos. Der erfolgreiche Schulabschluß hatte ihre Einstellung zur sozialen Umwelt und persönlichen Zukunft verändert.

## IV. Ursachen des rechtsextremistischen Trends unter Jugendlichen

### 1. Sozialpsychologische Faktoren

Der von Ulrich Beck geprägte Begriff der „Risikogesellschaft“<sup>19)</sup> liefert ein erstes schlüssiges Konstrukt, das erklärt, warum immer mehr Menschen eine demokratisch-humane Politik-Orientierung verlieren und nach neuen Gewißheiten suchen. Beck hat präzise dargestellt, wie gnadenlos und systematisch die Industriegesellschaft Bundesrepublik einerseits „Individualisierung“ erzwingt, z. B. in den Bereichen Familie, Schule, Beruf und Freizeit, andererseits jedoch die im „Säurebad der Konkurrenz“ kollektiv erzeugten „Individuen“ in gesellschaftlich unsolidarische Vereinzelung und Isolierung entläßt. Die ehemals vorhandenen sozialen Kontinuitäten wie Familie, Nachbarschaft, Sportverein oder Klassenzugehörigkeit sind „weggeschmolzen“, ohne daß neue identitätsstiftende Lebenszusammenhänge entstanden wären. Deshalb können immer weniger Menschen die Individualisierungschancen der „Risikogesellschaft“ realisieren und geraten, vor allem beim Auftreten sozio-ökonomischer Krisen, in den Sog von Ungleichheitsideologien, Ohnmachts- und Abhängigkeitsgefühlen. Das belastende Empfinden, das eigene Leben letztlich nicht bewältigen zu können, zumindest nicht auf Dauer, kumuliert dann in den bereits von der SINUS-Studie beschriebenen Bedrohungsängsten und macht für politische Lösungen anfällig, die angesichts einer undurchschaubar gewordenen Gesellschaft Sicherheit und Ordnung vortäuscht.

Heitmeyer u. a. haben mehrfach nachgewiesen, wie von Jugendlichen in der Pubertäts- und Adoleszenzphase die oben erwähnten Kontinuitäts- und Identitätsbrüche noch tiefer und schmerzlicher empfunden werden, zumal wenn ökologische und ökonomische Zukunftsperspektiven fehlen, so daß

rechtsextremistische Orientierungen die Funktion von Bewältigungsstrategien erhalten: Gewißheiten über „Totalidentifikationen“, über „Normzuweisungen“, „surrogathafte Identitäten“ und „Positionen“. Die Einbettung in „kleinen Gemeinschaften“ bietet somit akzeptable Lösungen für „Norm- und Orientierungslosigkeit, Vereinzelung und Verlassenheit, Angstzustände, Macht- und Hilflosigkeit“<sup>20)</sup>.

### 2. Sozio-ökonomische Faktoren

Die bereits in der SINUS-Studie nachgewiesene überrepräsentativ hohe soziale Unzufriedenheit rechtsextremistischer Personen, ihre Angst vor Arbeitslosigkeit und sinkendem Lebensstandard, findet Entsprechungen in den sozialen Ängsten der West-Berliner, die im Januar 1989 die Schönhuber-Partei wählten: 63 Prozent von ihnen hatten Angst vor Arbeitslosigkeit, 64 Prozent klagten über Wohnungsnot, 90 Prozent waren der Ansicht, in West-Berlin gebe es zu viele Ausländer.<sup>21)</sup> „Wenn Schönhuber die Reps . . . als ‚Partei der kleinen Leute‘ rühmt, dann meint er jedenfalls vor allem das: kaputte soziale Milieus, schlecht behaute, von ihrer Arbeit frustrierte (oder ‚freigesetzte‘), gelangweilte Menschen, die bei sich nicht mehr zuhause sind und denen man suggerieren kann, man sei der Fremden wegen in Deutschland insgesamt nicht mehr ‚chez soi‘. Vertriebene im eigenen Land.“<sup>22)</sup> Daraus läßt sich ableiten, daß das subjektive Gefühl dieser Menschen von sozialer Ungerechtigkeit, Zukurzgekommenheit, von Neid und Minderwertigkeit im Vergleich zur übrigen Gesellschaft eine Stimmung schafft, aus der heraus rechtsextreme Parolen als Scheinlösung Gehör finden.

<sup>20)</sup> W. Heitmeyer/J. I. Peter (Anm. 13), S. 99.

<sup>21)</sup> Vgl. Der Spiegel vom 13. 2. 1989, S. 31.

<sup>22)</sup> Claus Legewie, Die Republikaner. Phantombild der Neuen Rechten, Berlin 1989, S. 19.



Offensichtlich reicht die sozio-ökonomische Notlage allein nicht als Bedingung aus, um rechtsextremistische Wahlentscheidungen herbeizuführen. Die hohen bayerischen Republikaner-Quoten bei den Europawahlen im Juni 1989 in Nürnberg (17,6 Prozent), Augsburg (19,6 Prozent), München (15 Prozent) oder Rosenheim (22,1 Prozent) in Relation zu den Krisenregionen im Ruhrgebiet wie Dortmund (4,6 Prozent), Duisburg (5,3 Prozent), Herne (4,7 Prozent) und Essen (4 Prozent) beweisen eindeutig, daß keineswegs die Tiefe der wirtschaftlichen Krise schlechthin für das Wahlergebnis entscheidend ist, sondern die subjektive Interpretation der persönlichen Lebenssituation hinzukommen muß. Ging es nur um objektive Notlagen, würden die Hochburgen der Republikaner und der DVU im Ruhrgebiet, im Saarland und in den norddeutschen Küstenstädten liegen und nicht in den süddeutschen Wachstumsregionen.

Analog dazu konnte Heitmeyer bei der Untersuchung rechtsextremistischer Orientierung von Jugendlichen konstatieren, daß man mit ausschließlich ökonomischen Erklärungsansätzen nicht weiterkommt, weil „sich Jugendliche, die sich in objektiv vergleichbaren Lagen befinden, so unterschiedlich orientieren“<sup>23</sup>). Neben der sozio-ökonomischen Misere muß offensichtlich ein Bewußtseinsmilieu vorhanden sein, das die Notlage subjektiv überspitzt, emotional überinterpretiert und nach aggressiven Kanalisierungen Ausschau hält, um andere soziale Gruppierungen (Gastarbeiter, Aussiedler, Asylanten) verantwortlich machen zu können.

Restümierend läßt sich also vermuten, daß beruflich unqualifizierte Jugendliche und Erwachsene, Rentner mit geringen Bezügen, vom sozialen Abstieg bedrohte Berufsgruppen wie Arbeiter, kleine Selbständige und Bauern sowie Angestellte und Beamte ohne Aufstiegschance anfälliger für rechts-extreme Verführungen sind, weil sie ihre Lebensumstände negativer interpretieren, als sie tatsächlich sind, und weil durch die Mythen über die Gefährdung des Sozialstaates infolge angeblicher Überfremdung ein einfaches Erklärungsmuster bereitsteht, das von der eigenen Reflexion über komplexe Lebenszusammenhänge entbindet.

### 3. Politische Faktoren

Jüngste Umfragen haben ergeben: Nur 20 Prozent der Bundesbürger haben Vertrauen zu ihren gewählten Repräsentanten, 85 Prozent glauben, keinen oder nur sehr wenig Einfluß auf die Politik zu haben<sup>24</sup>). Der massive Vertrauensverlust, der sich

<sup>23</sup>) W. Heitmeyer (Anm. 2), S. 192.

<sup>24</sup>) Vgl. Diemuth Schnetz, Der mündige Bürger — ein unterschätzter Akteur?, in: Hildegard Hamm-Brücher/Norbert Schreiber (Hrsg.), Die aufgeklärte Republik, München 1989, S. 191 ff.

als Folge politischer Affären und Skandale seit langem für die etablierten Parteien abzeichnet, hat auch bei Jung- und Erstwählern Spuren hinterlassen. Bei der Berlin-Wahl im Januar 1989 votierten 18,9 Prozent der männlichen und 9,1 Prozent der weiblichen 18—23jährigen für die Republikaner<sup>25</sup>). Die Äußerungen vieler Jugendlicher über ihr Politik- und Demokratieverständnis lassen an Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig: „... wenn man immer nur Versprechungen zu hören bekommt, daß der Arbeitsplatz gesichert ist, daß jeder Gleichberechtigung hat. Die Demokratie nützt uns heute nichts.“ „Die Politiker reden viel, aber es gibt trotzdem keine Verringerung der Arbeitslosigkeit. Das sind alles dicke Schweine, die ihren Arsch nicht voll kriegen.“ „... weil alles sowieso hinter unserem Rücken geschieht.“ „Die Demokratie, dummes Geschwätz.“<sup>26</sup>)

Wie wenig sensibel die etablierten Parteien auf Jugendproteste reagieren, zeigte die Tatsache, daß trotz der angeblichen Politiker-„Betroffenheit“ über die Wahlerfolge der Republikaner in der Woche nach den Europawahlen die Diäten erhöht wurden. Es hat ferner den Anschein, als entpersönliche sich die Willensbildung innerhalb der Parteien, was sich darin zeigt, daß nicht mehr für Menschen und deren Ideen geworben wird, sondern um quasi kommerzielle Produkte, nämlich Stimmen. Der persönliche Kontakt im Ortsverein ist auf das monatliche Einzugsverfahren bei der Bank reduziert worden; die Parteimitglieder informieren sich nicht durch Mandatsträger, sondern werden mit einer von Bonn aus zentral gesteuerten Papierflut beglückt. Die eigentliche politische Willensbildung findet vielfach beim Stammtisch, im Gesangs- und Sportverein, bei der Freiwilligen Feuerwehr, bei den Schützen und Kaninchenzüchtern statt<sup>27</sup>).

### 4. Kultur-historische Faktoren

Neben einer politischen Spaltung kann in der Bundesrepublik auch von einer kulturellen Spaltung im Bereich Musik, Theater und Literatur gesprochen werden. Zwischen den volkstümlich anheimelnden Klängen der Bierzelte und den Heimatschulzen von Volksliedsängern einerseits und der aus den USA importierten Pop- und Rockszene andererseits klaffen ähnliche Welten wie zwischen den Inszenierungen der großen Theater und den Bauernstücken in ländlichen Gemeinden. Eine demokratisch breit legitimierte kritische und selbstbewußte Volkskultur fehlt in der Bundesrepublik und wird weder von Parteien, Gewerkschaften noch Kirchen propagiert. Das geistige Zurückbleiben hinter den sozio-ökonomischen und industriellen Umwälzun-

<sup>25</sup>) Vgl. Kurt Hirsch/Wolfgang Metz, Die Republikaner — die falschen Patrioten, Bayreuth 1989, S. 81.

<sup>26</sup>) W. Heitmeyer (Anm. 2), S. 137.

<sup>27</sup>) Vgl. dazu Diethelm Damm, Wenn der Alltag zur Sprache kommt, München 1981, S. 20 ff.



gen wird kulturell nicht aufgefangen und human integriert. Die Schlagwörter vom „Zukunftsschock“ oder „Kulturschock“ sind Ausdruck dieses Defizits. In das kulturelle Vakuum können mühelos okkultistische, magisch-spirituelle und inhumane politische Ideologien vorstoßen, da sie bei vielen Individuen keine zivilisatorische Immunschwelle durchbrechen müssen.

Die von Hans-Ulrich Wehler beschriebene „Entsorgung der deutschen Vergangenheit“, bei der in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen konnte, daß renommierte Historiker den Konsens über die historische Bewertung der Nazi-Vergangenheit aufgekündigt hätten und an einer „Revision“ des geschichtlichen Stellenwertes des Dritten Reichs im Sinne einer „Schadensabwicklung“ arbeiteten<sup>28)</sup>.

## V. Gegenstrategien

Angesichts des komplexen Ursachenbündels über die Motive rechtsextremistischer Orientierungen erscheint es fast verwegen, einen Rahmen für Gegenmaßnahmen abzustecken. Andererseits bleibt eine Analyse, die sich nicht der Anstrengung unterzieht, Konsequenzen zu diskutieren, hinter den Anforderungen einer demokratisch-aufklärerischen Wissenschaft zurück<sup>30)</sup>. Die folgenden Thesen sind lediglich als Anstoß gedacht und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Das Erscheinungsbild rechtsextremistischer Meinungen und Verhaltensweisen im Bereich der Jugendkultur ist so vielschichtig, daß sich jedes Patentrezept verbietet. Erst aus der Kenntnis und Genese der persönlichen oder gruppenspezifischen Biographie können Modelle abgeleitet werden, die diesem Verhalten auf demokratische Weise begegnen. Am Beispiel des ehemals terroristischen neonazistischen Jugendlichen Gerald Wagener läßt sich ablesen, daß wirkliche persönliche Zuwendung und ein zwischenmenschliches Vertrauensverhältnis in den Rechtsextremismus abgedriftete junge Menschen zu politischer Umkehr und gesellschaftlicher Neu-Identifikation bewegen können<sup>31)</sup>. Es wirkt sich sehr negativ aus, wenn die Jugendarbeit mit aggressiven Fußball-Fangemeinden aus Geldgründen aufgegeben wird, sobald einige der Rädelführer ausgeschaltet sind und die

hat ein übriges getan, demokratische Gemeinsamkeiten erodieren zu lassen. Unter diesen Vorzeichen wird es nachvollziehbar, wenn die „Schrecken der Vergangenheit“ verschwinden und Jugendliche ohne differenzierte Kenntnis der nationalen Vergangenheit eher zum manipulierten Objekt als zum autonomen Subjekt werden. „... und auf dem Fußballplatz ist es halt das Wort ‚Jude‘. Dann hörst du das Wort halt, und irgendwann, wenn dann mal irgendwie ’n Scheißding passiert da auf’m Fußballplatz oder der Schiri macht ’ne Fehlentscheidung oder so, dann rutscht es halt raus ‚Du Jude, bist du bekloppt‘? Auf dem Fußballplatz hat für mich das Wort ‚Jude‘ nicht mehr zu bedeuten als Arschloch oder Doofmann, das hat mit dem Volk überhaupt nichts zu tun.“<sup>29)</sup>

weitere Zukunft Polizei-Einsätzen überlassen wird<sup>32)</sup>.

Bestimmte Berufs- und Altersgruppen, die durch Belastungen der „Risikogesellschaft“ und persönliche Identitätsbrüche mit rechtsextremen Orientierungen liebäugeln, benötigen gesonderte Konzepte der geistig-kulturellen Zuwendung. Drohgebärden mit dem alten antifaschistischen Verdikt „Nazis raus“ u. ä. werden dem komplexen Sachverhalt in keiner Weise gerecht und verschärfen nur noch das Problem.

Gewerkschaften und Parteien nehmen sich zwar momentan sozialer Notlagen wie Wohnknappheit und Beschäftigungslosigkeit intensiver an als bisher, aber es bleibt zu befürchten, daß auf den Schock der Wahlerfolge der Republikaner primär wahltaktisch reagiert wird und nicht demokratisch-konzeptionell. Einen alarmierenden Beleg dafür bietet das Strategie-Papier der SPD Anfang dieses Jahres. Rechtsextreme Protest- und Orientierungswähler wollen keine sozialen Almosen oder sozialpolitische Feuerwehreinsätze, sondern eine überzeugende Verteilungspolitik. Wenn anlässlich der FORSA-Studie<sup>33)</sup>, die im Dortmunder Norden massive Abwanderungen angestammter SPD-Wähler nachgewiesen hat, der nordrhein-westfälische SPD-Fraktionsvorsitzende Farthmann emotionale Werte wie „Heimat, Vaterland und den Wunsch nach Wiedervereinigung“ reklamiert<sup>34)</sup>, wird sich zeigen, ob dahinter die notwendige Einsicht steht, in Zukunft emotionale Defizite zu beheben. Ob Volksparteien noch imstande sind, die Menschen der „Risikogesellschaft“ gefühlsmäßig zu integrieren, muß abgewartet werden.

<sup>28)</sup> Vgl. Hans Ulrich Wehler, *Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum ‚Historikerstreit‘*, München 1988. Vgl. auch Jürgen Habermas, *Eine Art Schadensabwicklung*, Frankfurt 1987, S. 115 ff.

<sup>29)</sup> W. Heitmeyer/J. I. Peter (Anm. 13), S. 118.

<sup>30)</sup> Vgl. Ulrich Beck, *Gegengifte — Die organisierte Unverantwortlichkeit*, Frankfurt 1988, S. 26 ff.

<sup>31)</sup> Ein rechtsradikaler Jugendlicher berichtet: „Ich heiße Gerald Wagener . . .“, Berlin 1981, S. 74 ff. Vgl. dazu Arno Plack, *Wie oft wird Hitler noch besiegt? Neonazismus und Vergangenheitsbewältigung*, Frankfurt 1985, S. 342 ff.

<sup>32)</sup> Vgl. W. Heitmeyer/J. I. Peter (Anm. 13), S. 138 ff.

<sup>33)</sup> Vgl. Stern vom 10. 8. 1989, S. 134 ff.

<sup>34)</sup> Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 27. 7. 1989, S. 6.



Schwedische Untersuchungen haben belegt: Die Hälfte der Kinder zwischen zehn und 14 kann sich einen biologisch „natürlichen“ Tod nicht mehr vorstellen, da sie an Erschießen, Erstechen, Überfahrenwerden oder Erwürgen gewohnt sind. Dieser Sachverhalt macht deutlich, wie notwendig es wäre, im Bereich von Videos und Fernsehen auch inhaltlich eine neue Medienpolitik zu verankern, die statt Gewaltdarstellung und -verherrlichung bei Kindern und Jugendlichen Leitbilder der Friedfertigkeit und Solidarität vermittelt. Die Fernsehspots im Rahmen der Aids-Aufklärung haben dokumentiert, daß im öffentlich-rechtlichen Fernsehen durchaus Potentiale schlummern, die die Übertragung von Erziehungsaufgaben rechtfertigen würden.

Die mehrfach zitierten Veröffentlichungen Heitmeyers veranschaulichen, wie genau und sachkundig mittlerweile die Jugendsoziologie gediehen ist. Zwischen dem sozialwissenschaftlichen Kenntnisstand der Experten und der politischen Umsetzung in Regierung und Verwaltung klafft allerdings ein „schwarzes Loch“. Bei Plenardebatten zum Thema Jugend herrscht in unseren Parlamenten meist gährende Leere. Darum müssen Mechanismen durchgesetzt werden, die die Übernahme sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse durch die Politiker garantieren. Im Bereich der Natur- und Wirtschaftswissenschaften geschieht dies seit Jahren. Eine Wohlfahrtsdemokratie, die für Weltraumforschung und Landesverteidigung jährlich Milliarden zur Verfügung stellt, sollte in der Lage sein, entsprechende Programme für die humane Lebensgestaltung ihrer Kinder und Jugendlichen zu finanzieren.

Bildungspolitisch waren die letzten Jahre von Stagnation geprägt. Fortschrittliche methodisch-didaktische Konzepte sind versandet oder wurden unter dem Ansturm von Curricula, die auf Effizienz und fachliche Spezialisierung getrimmt waren, wieder

aufgegeben. An bayerischen Schulen ist z. B. der Pflichtkanon für das Fach Sozialkunde auf eine einzige Wochenstunde in der 10. Klasse zusammengeschnitten. Politische Bildung wird vielfach als lästiges Anhängsel betrachtet, das in einer auf Textverarbeitung und Programmierung ausgerichteten Ausbildung stört. Abwehr und Immunisierungsfunktion gegen rechtsextremistische Orientierungen kann die politische Bildung wohl nur zurückgewinnen, wenn der Stellenwert gesellschaftsrelevanter Inhalte deutlich angehoben wird. Der von der kritischen Jugendarbeit in den letzten Jahren konzipierte erfahrungsbetonte Lern- und Bildungsbegriff<sup>35)</sup> müßte in die Schulen Eingang finden. Modelle der politischen Bildungsarbeit ohne Emotionen, ohne daß sich Schüler wohlfühlen, Spaß haben und Demokratie als phantasievollen, identitätsstärkenden Prozeß erfahren, werden jedoch fehlschlagen und nur neue Frustrationen erzeugen.

Initiativen wie „Rock gegen rechts“ oder „Sportler für den Frieden“ haben bewiesen, daß es auch jetzt noch Identifikationsträger gibt, die humane Positionen vermitteln. Überhaupt könnte dem Sport bei der Stärkung unserer demokratisch-freiheitlichen Rechtsordnung eine bedeutende Aufgabe zufallen, wenn Fair Play und ehrlicher Leistungswettbewerb wieder wichtiger wären als kommerzielle Vermarktung. Nach wie vor füllt der überwiegende Teil der Jugendlichen ihre Freizeit durch sportliche Betätigungen, so daß erfolgreiche Sportler, denen Demokratie und soziale Gerechtigkeit Anliegen sind, und dies auch offen kundtun, zu positiven Leitbildern für verunsicherte junge Menschen werden können.

<sup>35)</sup> Vgl. D. Damm (Anm. 27); ebenso W. Heitmeyer (Anm. 2), S. 199 ff.



# Politischer Extremismus in europäischen Demokratien

## Rechts- und Linksextremismus im Vergleich

### I. Problem- und Aufgabenstellung<sup>1)</sup>

Extremistische Phänomene stellen ein beliebtes Objekt der Medienberichterstattung dar. Der Reiz des Außergewöhnlichen, Exzentrischen, radikal Andersartigen, Gefährlichen sorgt dafür, daß der Blick vielfach auch über die Grenzen der Bundesrepublik hinausschweift — etwa wenn über Wahlerfolge rechtsextremer Gruppierungen wie der Le Pen-Bewegung in Frankreich, über die Aufspaltung kommunistischer Gruppierungen in Spanien oder terroristische Anschläge der IRA berichtet wird. Dabei bleibt der Blick jedoch zumeist auf Einzelphänomene fixiert. Das Fehlen einer vergleichenden Perspektive mag bei journalistischen Beiträgen verständlich sein; in der wissenschaftlichen Aufarbeitung stellt dies jedoch ein echtes Manko dar<sup>2)</sup>. Vielfach werden die „Szenen“ verschiedener Länder und deren Gefahrenpotentiale schlicht einander gegenübergestellt. Auf diese Weise lassen sich weder Zusammenhänge zwischen den extremistischen Strömungen herausarbeiten noch Proportionen im Hinblick auf Kategorien wie „Macht“ und „Einfluß“ verdeutlichen.

Der folgende Beitrag beschränkt sich auf die europäischen Demokratien, blendet also extremistische Gruppierungen in außereuropäischen Regimen ebenso aus wie das gesamte Feld der in mannigfache Formen verzweigten Diktaturen, die im Weltmaßstab nach wie vor überwiegen<sup>3)</sup>, so sehr sich auch im letzten Jahrzehnt in manchen Staaten — insbesondere in Südamerika<sup>4)</sup> — wieder demo-

kratische Entwicklungen abzeichnen<sup>5)</sup>. Ein Vergleich extremistischer Phänomene in den demokratischen Verfassungsstaaten Europas erscheint aufgrund der historischen und kulturellen Gemeinsamkeiten besonders naheliegend und erfolgversprechend. Zudem liegt einschlägiges Material vor (wenn auch nicht immer in bester Qualität).

Die Thematik bedarf allerdings einer weiteren Eingrenzung und Präzisierung: Extremistische Parteien stehen im Zentrum der Betrachtung — die Vielfalt nicht parteilich organisierter und verfestigter Extremismen wird weitgehend ausgeblendet. Der folgende Beitrag will eine — auch historisch ausgreifende — Bestandsaufnahme über den politischen Extremismus in den europäischen Demokratien liefern. Es sollen Phänomene in Zusammenhang gebracht werden, die Vertreter bestimmter wissenschaftlicher Richtungen häufig separieren, weil sie bedeutende, keineswegs nur in der Negativfixierung auf den demokratischen Verfassungsstaat bestehende Gemeinsamkeiten von Rechts- und Linksextremismus<sup>6)</sup> aufgrund ihrer wissenschaftlichen oder politischen Präferenzen zu leugnen suchen.

Die Abhandlung begnügt sich nicht mit einer deskriptiven Bestandsaufnahme und dem Versuch einer systematischen Einordnung. Die Problemstellung ist vielmehr dreifacher Natur. Erstens soll es um eine Prüfung der Frage gehen, ob sich die Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf die Stärke und den Einfluß des Rechts- und Linksextremismus von anderen Demokratien hinlänglich unterscheidet. Zweitens bedarf die Frage einer Klärung, inwiefern der — wenn auch nur allmähliche — Annäherungsprozeß europäischer Demokratien zu einem „Zusammenrücken“ extremistischer Bewegungen geführt hat. Kooperieren sie ebenfalls in stärkerem Maße? Koordinieren sie ihre Strategien, Verhaltensweisen und Aktionen, oder laufen sie nebeneinander her? Anders gewendet: Gibt es ei-

1) Gekürzte Fassung eines demnächst in folgendem Band erscheinenden Beitrags: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie* 1, Bonn 1989.

2) Vgl. zum Stand der Forschung: Uwe Backes/Eckhard Jesse, *Extremismusforschung — ein Stiefkind der Politikwissenschaft*, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.), *Extremismus und streitbare Demokratie*, Neue Politische Literatur, Beiheft 4, (1987), S. 9–28.

3) Vgl. Raymond Gastil, *The Past, Present and Future of Democracy*, in: *Journal of International Affairs*, 38 (1985), S. 161–179; Eckhard Jesse, *Demokratie — Autoritarismus — Totalitarismus*. Anmerkungen zur Klassifikation politischer Systeme, in: *Politische Bildung*, 18 (1985) 2, S. 3–26.

4) Vgl. Dieter Nohlen, *Mehr Demokratie in der Dritten Welt?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 25–26/88, S. 3–18; ders./Harold Barrios, *Redemokratisierung in Südamerika*, in: ebd., B 4/89, S. 3–25.

5) Vgl. Samuel P. Huntington, *Will more countries become democratic?*, in: *Political Science Quarterly*, 29 (1984), S. 193–218.

6) Vgl. dazu unter demokratietheoretischer Perspektive: Uwe Backes, *Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie*, Opladen 1989.



nen „Eurofaschismus“ und einen „Eurokommunismus“? Drittens soll das Problem der Gefahrenpotentiale näher erörtert werden. Sind die europäischen Staaten durch extremistische Bewegungen bedroht? Lassen sich für die einzelnen Länder verschiedene Gefährungsgrade feststellen? Die Beantwortung dieser Fragen kann nur ansatzweise geschehen, da sie von vielen Variablen abhängt<sup>7)</sup>, zumal parteilich verfestigte Organisationen im Vordergrund stehen. Jedenfalls ist es unzureichend, lediglich auf die Zahl der Mitglieder oder Wähler abzustellen. Die Antwort auf die Frage nach dem

Gefährungsgrad schließt im übrigen eine, wenn auch nur vorläufige, Antwort über die weitere Entwicklung ein.

Der Beitrag kann lediglich charakteristische Verlaufslinien nachzeichnen und muß viele Details ausparen. Marginale, vorübergehende sowie eher untypische Strömungen werden daher vernachlässigt. Hingegen finden auch bedeutende politische Strömungen Berücksichtigung, die nicht mehr, noch nicht oder nur zum Teil als extremistisch gelten können.

## II. Rechtsextremismus

### 1. Bundesrepublik Deutschland

Nach 1945 beobachtete das Ausland die politische Entwicklung im westlichen Deutschland vielfach argwöhnisch, befürchtete man doch, eine rechtsextreme Bewegung vom Schlage des Nationalsozialismus könnte erneut aufkommen. Diese Besorgnis erwies sich bald als überzogen. Rechtsextreme Gruppierungen hatten in der Nachkriegszeit deutlich schlechtere Startbedingungen als alle anderen politischen Kräfte<sup>8)</sup> — einschließlich der Kommunisten. Vor allem die Kriegsniederlage und das nach 1945 allgemein bekannt gewordene Ausmaß der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen wirkten zutiefst diskreditierend. In den Jahren der Besatzung ergriffen die Alliierten nicht selten repressive Maßnahmen, um aufkeimende rechtsextreme Tendenzen zu ersticken. Nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland wurde vom Instrumentarium der im Grundgesetz verankerten „streitbaren Demokratie“ ausgiebig Gebrauch gemacht. Die NS-Epoche diente den demokratischen Kräften überdies dazu, rechtsextreme Kräfte nachhaltig zu stigmatisieren und in das gesellschaftliche Abseits zu rücken<sup>9)</sup>.

Dabei entwickelte sich der rechtsextreme Mikrokosmos nach 1945 weit vielfältiger und buntschekiger, als daß man ihn durch Formeln wie „Neonazismus“ oder „Neofaschismus“ auch nur einigermaßen sachgerecht hätte bezeichnen können. Gerade in den ersten Nachkriegsjahren trat eine Reihe von Personen in Erscheinung, die gegen das natio-

nalsozialistische System von „rechts“ opponiert hatten. Die deutsch-nationale und monarchistische Traditionslinie lebte ebenso wieder auf wie die konservativ-revolutionäre und die völkische. Mit zunehmendem Abstand zum Kriegsende gewannen überdies Versuche an Gewicht, rechtsextreme Ideen zu revitalisieren und den gewandelten Zeitumständen anzupassen. Nichtsdestoweniger konnte die extreme Rechte das ihr von den demokratischen Mehrheitsströmungen zugewiesene Ghetto nicht verlassen, blieben wiederholte Anläufe, die subkulturelle Isolation aufzubrechen, weitgehend erfolglos.

Die Stigmatisierung rechtsextremer Lösungskonzepte verhinderte es, daß deren Verfechter das zweifellos vorhandene Potential antidemokratischer, autoritärer Einstellungen für sich auszuschöpfen vermochten. Dennoch blieben beachtliche Erfolge rechtsextremer Wahlorganisationen nicht aus. Im Jahre 1951 überschritt die Sozialistische Reichspartei (SRP), eine Formation mit neonazistischen Zügen, bei Landtagswahlen in Bremen (7,7 Prozent) und Niedersachsen (11,0 Prozent) deutlich die Fünfprozentmarke. Die Partei wurde 1952 durch das Bundesverfassungsgericht verboten.

Es folgten Jahre, in denen die Zersplitterung des „rechten Lagers“ eine dauerhafte politische Präsenz verhinderte — einschließlich der 1950 gegründeten Deutschen Reichspartei (DRP), deren Stimmenanteil bei den Bundestagswahlen von 1953 bis 1961 um die Einprozentmarke pendelte. Mitte der sechziger Jahre gelang es, verschiedene Strömungen in einer Wahlorganisation zu integrieren. Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) betonte ihre demokratische Zuverlässigkeit und sorgte durch überraschend hohe Wahlergebnisse für Aufsehen in der Öffentlichkeit. Mit Ergebnissen zwischen 5,8 (Schleswig-Holstein 1967) und 9,8 (Baden-Württemberg 1968) Prozent zog sie in sieben Landtage ein. Eine Verbotsdiskussion endete ohne Ergebnis. Obwohl die NPD im Vergleich zur

<sup>7)</sup> Vgl. ebd., insbes. Abschnitt IV, 4.

<sup>8)</sup> Zur Entwicklung des Rechtsextremismus vgl. die Übersicht bei Uwe Backes/Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. II: Analyse, Köln 1989, S. 44–96; zur einschlägigen Forschung: dies., Bd. I: Literatur, Köln 1989, S. 63–144; mit einschlägigen Biographien und Dokumenten: dies., Bd. III, Köln 1989.

<sup>9)</sup> Vgl. dazu besonders die Darstellung bei: Peter Dudek/Hans-Gerd Jaschke, Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur, 2 Bde., Opladen 1984.



SRP weit stärker deutsch-nationale Züge aufwies, verfehlte eine mit Begriffen wie „Neofaschismus“ und „Neonazismus“ operierende Stigmatisierungskampagne ihre Wirkung nicht. Als die Partei bei der Bundestagswahl von 1969 knapp an der Fünfprozenthürde scheiterte (4,3 Prozent), setzte ein rapider Niedergang ein. Die Organisation konnte das „braune“ Negativimage nicht abschütteln, so daß die Überführung des Protestpotentials in die Stammwählerschaft mißlang.

Erst in jüngster Zeit hat die NPD wieder für Schlagzeilen gesorgt. Im Bündnis mit der 1987 gegründeten Wahlorganisation (Deutsche Volksunion-Liste D) des Verlegers der Deutschen National-Zeitung, Gerhard Frey, ist es ihr gelungen, die politische Talsohle zu verlassen<sup>10</sup>). Freilich sind die Erfolge bescheiden; nur im Bundesland Bremen zog ein DVU-Kandidat aufgrund einer Sonderregelung in das Parlament ein. In der aktuellen politischen „Großwetterlage“ (Integrationsdefizite der CDU/CSU-Regierungspartei am rechten Rand, Diskreditierung der Großparteien durch Skandale und Affären, Ausländerproblematik und Statusängste bestimmter sozialer Gruppen) wären die Ergebnisse wohl deutlich besser ausgefallen, hätten die beiden rechtsextremen Formationen nicht in Gestalt der Republikaner eine starke Konkurrenz bekommen.

Die 1983 von CSU-Dissidenten gegründete nationalkonservative Partei hat durch einige spektakuläre Wahlergebnisse (Bayern 1986: 3,0 Prozent; Berlin 1989: 7,5 Prozent; Europawahl 1989: 7,1 Prozent) in der Öffentlichkeit für Aufsehen gesorgt<sup>11</sup>). Sie verdankt diese Erfolge wesentlich dem Wirken des im Umgang mit den Medien äußerst gewandten ehemaligen Fernsehmoderators und Populisten Franz Schönhuber. Trotz unübersehbarer programmatischer Gemeinsamkeiten mit den beiden rechtsextremen Wahlorganisationen NPD und DVU (nationale Orientierung, starkes Herauskehren der Ausländerproblematik, Betonung von Sicherheit und Ordnung) distanzieren sich die Republikaner deutlich von rechtsextremen Kräften und unterstreichen ihre demokratische Zuverlässigkeit. Dies hält die im Bundestag vertretenen Parteien freilich nicht davon ab, die Republikaner mit dem Verdacht des Neonazismus zu konfrontieren und entsprechende Indizien (Umgang mit der NS-Vergangenheit, Mangel an innerparteilicher Demokratie, Überläufer aus rechtsextremen Organisatio-

nen) unnachlässig in den Vordergrund zu rücken. Das politische Überleben der Republikaner wird nicht zuletzt davon abhängen, ob die Partei den in den Nachkriegsjahrzehnten vielfach erprobten Stigmatisierungsmechanismus der Bundestagsparteien auszuhebeln versteht — was freilich die Ausschaltung rechtsextremer Tendenzen innerhalb der Partei voraussetzt.

Rechtsextreme Gruppierungen, die sich eng am historischen Vorbild des Nationalsozialismus orientiert(en), sind seit dem Verbot der SRP ohne jede Einflußchance geblieben — auch wenn in der Öffentlichkeit durch die großzügige Verwendung der „Neonazismus“-Vokabel zum Teil ein anderer Eindruck entsteht. Trotz vielfältiger Bemühungen in der „Szene“ gelangten derartige Gruppierungen über ein sektenhaftes Dasein nicht hinaus, zumal mehrere Vereinigungen durch das Bundesinnenministerium verboten wurden — zuletzt (1989) die „Nationale Sammlung“ des Neo-Nationalsozialisten Michael Kühnen. Die von verschiedenen neonazistischen Gruppierungen unterwanderte Freieitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) ist schon aufgrund mangelnder personeller und organisatorischer Voraussetzungen bei Wahlen gänzlich erfolglos geblieben.

## 2. Andere Demokratien in Europa

Die „Epoche des Faschismus“ (Nolte) hatte prägenden Einfluß auf die rechtsextremen Strömungen nach 1945. Zum einen, weil die Faschismen der Zwischenkriegszeit vielfach eine politische Vorbildfunktion erfüll(t)en; zum anderen, weil die „Last der Vergangenheit“ die Entfaltungschancen entsprechender Gruppierungen stark einschränkte. Am drückendsten war die Erblast begrifflicherweise in Deutschland, wo die NS-Bewegung an die Macht gelangt und durch die Judenvernichtung wie die Entfesselung des Weltkrieges eine nationale Katastrophe eingeleitet worden war. Der gegenwärtige Aufschwung einer populistischen, nationalkonservativen Partei rechts von der CDU/CSU erklärt sich auch durch das Verblenden der NS-Vergangenheit und ihrer tabuisierenden Wirkung im Bewußtsein nicht zuletzt der jüngeren Generation und stellt insofern in gewisser Weise die Folge einer politisch-kulturellen „Normalisierung“ dar<sup>12</sup>).

Dies wird besonders deutlich, blickt man auf das „Mutterland“ des Faschismus: Italien. Hier entstand bereits Ende 1946 in Gestalt des Movimento Sociale Italiano (MSI) eine politische Kraft, der ehemalige faschistische Funktionsträger in maßgeblichen Positionen angehörten und die kaum verhüllt an die Programmatik der 1943 von Mussolini in

<sup>10</sup>) Siehe hierzu: Heinrich Sippel, NPD und DVU — Bilanz einer schwierigen Beziehung, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie (Anm. 1).

<sup>11</sup>) Erste Publikationen versuchen das auf dem Markt entstandene Informationsbedürfnis über die Republikaner zu befriedigen: Kurt Hirsch/Hans Sarkowicz, Schönhuber. Der Politiker und seine Kreise, Frankfurt 1989; Claus Leggewie, Die Republikaner. Phantombild der Neuen Rechten, Berlin 1989; Matthias von Hellfeld (Hrsg.), Dem Haß keine Chance. Der neue rechte Fundamentalismus, Köln 1989.

<sup>12</sup>) Vgl. zu dieser These: Claus Leggewie, Die Zwerge am rechten Rand. Zu den Chancen kleiner neuer Rechtsparteien in der Bundesrepublik Deutschland, in: Politische Vierteljahresschrift, 28 (1987), S. 361—383.



Norditalien errichteten Republik von Salò (Repubblica Sociale Italiana [RSI]) anknüpfte<sup>13</sup>). Überdies konnte der MSI in den fünfziger Jahren die anfängliche politische Isolation partiell durchbrechen und auf lokaler wie nationaler Ebene mit demokratischen Parteien – keineswegs nur in der Rolle des Mehrheitsbeschaffers – kooperieren. Auf diese Weise entwickelten sich die Neofaschisten zu einem festen Bestandteil der politischen Landschaft Italiens, auch wenn sie infolge der Umorientierung der Democrazia Cristiana (DC) hin zu Mitte-Links-Koalitionen seit Anfang der sechziger Jahre mehr und mehr aus dem „arco costituzionale“ ausgegrenzt wurden.

Seit 1948 ist der MSI ununterbrochen im Parlament vertreten. Bei den Wahlen zur Abgeordnetenversammlung von 1953 bis 1987 erreichte die Partei zwischen 4,5 (1968) und 8,7 Prozent (1972) der Stimmen. Freilich ist beim Vergleich der Nachkriegsentwicklungen in Italien und der Bundesrepublik zu berücksichtigen, daß der Rassismus im italienischen Faschismus nicht die hervorstechende Rolle besaß wie im Nationalsozialismus, Juden zwar zeitweilig interniert, jedoch nicht der systematischen Vernichtung zugeführt wurden. Infolgedessen war das auf der Bewegung Mussolinis lastende moralische Schuldkonto ungleich geringer.

Dennoch stellt die italienische Kontinuität rechts-extremer parlamentarischer Interessenvertretung in den Nachkriegsdemokratien Europas ein Unikum dar. Ähnliche Entwicklungen fehlen in den jungen Demokratien des Mittelmeerraumes (Griechenland, Portugal, Spanien). Gruppierungen, die in ihrer politischen Konzeption direkt bei den vorausgegangenen Rechtsdiktaturen anknüpfen, spielen dort bislang lediglich eine marginale Rolle, sofern sie nicht überhaupt verboten sind<sup>14</sup>).

Im Vergleich zu den genannten Ländern verfügt Frankreich über die längsten und stärksten republikanischen Traditionen. Die extreme Rechte entwickelte sich als Gegenbewegung zu diesen Strömungen, und sie durchlief einen Prozeß der Radikalisierung, nachdem sich die republikanischen Kräfte in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts

durchzusetzen begannen. Das Frankreich vor dem Ersten Weltkrieg ist daher als geistiger Inkubationsraum des Faschismus gedeutet worden<sup>15</sup>). Im Gegensatz zu Deutschland und Italien gelang es der „Konterrevolution“ (im Hinblick auf die „Ideen von 1789“) in der Zwischenkriegszeit jedoch nicht, die Verfechter der Republik zu überrunden. Die extreme Rechte kam erst unter dem von Deutschlands Gnaden errichteten Vichy-Regime (1940–1944) zu einer Machtbeteiligung.

Nach der Befreiung („libération“) und einer Welle politischer Säuberungen („épuration“) erwies sich die Gleichsetzung von „Vichy“ und „Kollaboration“ für die extreme Rechte als schwere Hypothek. Zwar entstand eine Reihe kleiner Gruppierungen und Zeitschriftenzirkel; diese gelangten jedoch über ein subkulturelles Dasein nicht hinaus<sup>16</sup>). Die Situation änderte sich im Laufe der fünfziger Jahre. Ein ungewöhnlich rascher wirtschaftlicher Strukturwandel des vielfach noch agrarisch geprägten Landes brachte eine von Bauern, kleinen Ladenbesitzern und Handwerkern geprägte populistische Protestbewegung hervor, die bei den Parlamentswahlen von 1956 auf Anhieb 13,3 Prozent der Stimmen erreichte und 52 Abgeordnete stellte. Die mittelständische Bewegung um ihren Volkstribunen Pierre Poujade (Poujadismus)<sup>17</sup>) operierte zwar durchaus mit Appellen an das nationale Wir-Gefühl, war aber keineswegs neofaschistisch orientiert, wie es die Gegenpropaganda glauben machen wollte. Jedoch versuchten sich rechtsextreme Kräfte an einer Unterwanderung der Bewegung, um die eigene Isolation aufzubrechen. Dies gelang zeitweilig, zumal die politische Atmosphäre der Entkolonialisierung und des Algerienkrieges rechtsextremer Agitation ein günstiges Resonanzfeld bot. Freilich wurde der extremen Rechten – wie auch den Poujadisten – durch die Regierungsübernahme General de Gaulles (1958) bald der Wind aus den Segeln genommen.

Zu den Abgeordneten, die 1956 auf der Woge des Poujadismus in das Parlament eingezogen waren, hatte auch Jean-Marie Le Pen gehört, der Führer des heutigen Front National (FN). Im Gegensatz zum Poujadismus war die Gründung des FN (1972) Resultat einer der vielen und bis dato allesamt ge-

<sup>13</sup>) Vgl. Petra Rosenbaum, Neofaschismus in Italien, Frankfurt-Köln 1975, S. 33–38. Einen Überblick zur Geschichte des MSI vermitteln: Leonard B. Weinberg, After Mussolini: Italian Neo-Fascism and the Nature of Fascism, Washington 1979; Mario Caciagli, The Movimento Sociale Italiano – Destra Nazionale and Neo-Fascism in Italy, in: West European Politics, 11 (1988) 2, S. 19–33.

<sup>14</sup>) Vgl. zu Griechenland und Portugal: Bericht im Namen des Untersuchungsausschusses „Wiederaufleben des Faschismus und Rassismus in Europa“ über die Ergebnisse der Arbeiten des Untersuchungsausschusses, Berichterstatter: Dimitrios Evrigenis, in: Europäisches Parlament, Sitzungsdokumente, 23. Jan. 1985, Serie A, Dokument A2-160/85/rev. + Anlagen I, II, III, S. 36f., 51. Zu Spanien besonders: Ramón García Cotarelo/Lourdes Lopez Nieto, Spanish Conservatism 1976–1987, in: West European Politics, 11 (1988) 2, S. 80–95.

<sup>15</sup>) Diese Sichtweise liegt bereits der Studie Ernst Noltes zugrunde: ders., Der Faschismus in seiner Epoche. Die Action française. Der italienische Faschismus. Der Nationalsozialismus, München-Zürich 1979<sup>5</sup>. Neuerdings wird sie vor allem vertreten von: Zeev Sternhell, La droite révolutionnaire 1885–1914. Les origines françaises du fascisme, Paris 1978.

<sup>16</sup>) Vgl. zur historischen Entwicklung: Hans-Gerd Jaschke, Renaissance des Rechtsextremismus in Europa? Das französische Beispiel, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie (Anm. 1).

<sup>17</sup>) Vgl. Stanley Hoffmann, Le mouvement Poujade, Paris 1956; Dominique Borne, Petits bourgeois en révolte? Le mouvement Poujade, Paris 1977.



scheiterten Sammlungsversuche innerhalb des in mannigfaltige Gruppen zersplitterten rechtsextremen „Lagers“<sup>18)</sup>. Der Erfolg stellte sich keineswegs über Nacht ein, sondern erst zu einem Zeitpunkt, als die Übernahme der Regierungsverantwortung durch die Linke (1981) und deren erste ungestüme Reformphase (zum Beispiel Verstaatlichungen von Banken und Unternehmen der Großindustrie) eine Reaktion herausforderten. Gewisse Erfolge deuteten sich bereits 1983 bei lokalen Wahlgängen an. Einen ersten Durchbruch erzielte die Partei bei der Europawahl von 1984 (10,95 Prozent). Aufgrund der Einführung des Verhältniswahlrechts durch die sozialistische Regierung zog der FN 1986 in die Nationalversammlung ein (9,65 Prozent), woraus er 1988 wegen der reetablierten Mehrheitswahl wieder verschwand. Die mangelnde parlamentarische Präsenz scheint die Partei jedoch nicht wesentlich geschwächt zu haben, übertraf ihr Ergebnis bei der Europawahl 1989 (11,7 Prozent) doch noch das von 1984.

Das populistische Element verbindet den FN mit dem Pujadismus. Beide Bewegungen sammel(te)n sich um charismatische Führerpersönlichkeiten, beide appellier(t)en sie an/nationalistische Instinkte, beide mobilisier(t)en den „Mann auf der Straße“ gegen „die da oben“. Allerdings weist die FN-Agitation weit deutlicher rechtsextreme Akzente auf: Im Vordergrund stehen Themen wie „Ausländer“, „Kriminalität“ und „Arbeitslosigkeit“. Gegen die „Überfremdung“ durch Einwanderer, ausländische Arbeiter und Asylanten betont der FN Interessen und Identität der französischen Nation. Dem unbefriedigten Sicherheitsbedürfnis vieler Bürger setzen Le Pen und seine Gefolgschaft Forderungen nach „hartem Durchgreifen“ und starker Staatsgewalt entgegen. Die Frage der Arbeitslosigkeit wird vor allem mit dem Hinweis auf die lästige Konkurrenz der „immigrés“ beantwortet. Dabei meidet man bei aller Radikalität der Forderungen eindeutig rechtsextreme Ideologeme, befleißigt sich einer vergleichsweise „moderaten“ Diktion.

Das Aufkommen rechtsgerichteter populistischer Bewegungen ist keineswegs ein Spezifikum der Bundesrepublik Deutschland und Frankreichs. Ähnliche Phänomene lassen sich auch in anderen europäischen Demokratien beobachten. In Dänemark zog der Rechtsanwalt Mogens Glistrup zu Beginn der siebziger Jahre mit seiner Fortschrittspartei gegen hohe Steuern und Sozialabgaben zu

<sup>18)</sup> Einschlägige Literatur wird präsentiert bei: Uwe Backes, Rechtsextremismus in westlichen Demokratien. Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien. Vergleichende Länderstudien, in: W. Michalka (Anm. 2), S. 89–104; Jean-Yves Camus, Die Diskussion um Rassismus und Rechtsextremismus in Frankreich, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie (Anm. 1).

Felde und gelangte 1973 mit 15,9 Prozent der Stimmen auf Anhebung in das Parlament (Folketing)<sup>19)</sup>. Nach Jahren politischer Erfolglosigkeit und der Verbüßung einer Haftstrafe ist dem Steuerrebell inzwischen ein gewisses come back gelungen. Verstärkt hatte die Partei in den letzten Jahren gegen die „Überfremdung“ durch Ausländer und Asylanten (insbesondere mohammedanischen Glaubens) agitiert und sich in der Bevölkerung des kleinen Landes verbreitete Ängste und Vorurteile zunutze gemacht. Im Mai 1988 zogen 16 Abgeordnete der Fortschrittspartei wieder in das dänische Parlament ein, und bei der Europawahl vom Juni 1989 wurden immerhin fünf Prozent der Stimmen erreicht<sup>20)</sup>.

„Populismus“ lautet auch das Erfolgsrezept der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) um ihren jungen, charismatischen Vorsitzenden („Bundesparteiobmann“) Jörg Haider<sup>21)</sup>. Bei den Nationalratswahlen vom November 1986 war es der Partei gelungen, ihren Stimmenanteil beinahe zu verdoppeln und das beste Ergebnis seit ihrer Gründung (1956) zu erzielen (9,73 Prozent). In Landtagswahlen setzte sich die Erfolgsserie fort. Den spektakulärsten Wahlsieg erreichte die FPÖ im Bundesland Kärnten (März 1989), wo sie mit 29 Prozent zur zweitstärksten Partei (nach der Sozialistischen Partei Österreichs [SPÖ]) aufstieg und mit der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) eine Regierung bildete (Landeshauptmann: Jörg Haider). Die FPÖ hat eine verbreitete Unzufriedenheit mit den über lange Jahre hinweg tonangebenden Parteien ÖVP und SPÖ, deren Ansehen aufgrund zahlreicher Affären und Skandale in Mitleidenschaft gezogen worden ist, durch Appelle an den „kleinen Mann“ und die Entfesselung antiestatistischer Emotionen kanalisiert. Zum Teil rabiate deutsch-nationale Töne, wie sie aus dem Lager der FPÖ zu vernehmen sind, gewinnen auch durch ihre Wendung gegen die das Leitbild der „österreichischen Nation“ betonenden sogenannten „Altparteien“ (ÖVP, SPÖ) an Resonanz in der Bevölkerung. Freilich wäre es überzogen, die FPÖ als „rechtsextrem“ einzustufen.

<sup>19)</sup> Vgl. Klaus von Beyme, Right-Wing Extremism in Post-War Europe, in: West European Politics, 11 (1988) 2, S. 10.

<sup>20)</sup> Vgl. den Bericht von Hannes Gamillscheg, in: Die Zeit vom 7. Juli 1989, S. 10.

<sup>21)</sup> Anwendungen des Populismus-Begriffs auf die österreichische Situation finden sich in den Beiträgen des folgenden Sammelbandes: Anton Pelinka (Hrsg.), Populismus in Österreich, Wien 1987; vgl. zur Einschätzung der FPÖ: ders., Alte Rechte, neue Rechte in Österreich. Zum unaufhaltsamen Aufstieg des Jörg Haider, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 36 (1989), S. 103–109. Dem Verhältnis Haider zum Rechtsextremismus spürt (argwöhnisch) nach: Brigitte Galanda, Ein deutsches Land. Die rechte Orientierung des Jörg Haider. Eine Dokumentation, mit einem Beitrag von Peter Turrini, Wien 1987. Zur Geschichte des österreichischen Rechtsextremismus grundlegend: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Rechtsextremismus in Österreich nach 1945, Wien 1981<sup>2</sup>.



Während die Ausländerproblematik in Österreich mangels Masse nicht im Vordergrund steht, ist sie in vielen anderen europäischen Staaten inzwischen auf der politischen Agenda weit nach vorne gerückt. Der Zuzug von Asylanten, ausländischen Arbeitern und Immigranten erzeugt vor allem bei schlechtergestellten sozialen Gruppen vielfach Statusängste und leitet Wasser auf die Mühlen rechtsextremer Gruppierungen. Die ehemalige Kolonialmacht Großbritannien war von dieser Entwicklung früher betroffen als andere europäische Staaten. In den siebziger Jahren verzeichnete die National Front, eine 1966 gegründete, mit deutlich rassistischen Tönen agierende rechtsextreme Organisation, bei einigen lokalen Wahlgängen unerwartet hohe Stimmengewinne<sup>22)</sup>. Aufgrund des Mehrheitswahlrechts bestand allerdings zu keinem Zeitpunkt auch nur die leiseste Chance einer parlamentarischen Vertretung. Die temporären Erfolge fanden in den achtziger Jahren keine Fortsetzung. Die National Front durchlief — nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer „härteren“ Einwanderungspolitik der seit 1979 regierenden Konservativen Partei — einen von Spaltungen begleiteten Zerfallsprozeß<sup>23)</sup>.

Selbst an alten, stabilen Demokratien wie der Schweiz ist die Ausländerproblematik nicht spurlos vorübergegangen. In den achtziger Jahren erzielten ausländerfeindliche Wahlorganisationen bei Kantonal- und Kommunalwahlen Erfolge<sup>24)</sup>. Gleiches gilt für Belgien, wo die Ausländerproblematik durch den flämisch-wallonischen Konflikt noch verstärkt wird. Das im flämischen Bevölkerungsteil verbreitete Gefühl der Benachteiligung gegenüber den Wallonen läßt die Toleranzgrenze gegenüber der „Konkurrenz“ durch Ausländer und Asylanten

sinken. Diese Situation wird von rechtsextremen Gruppierungen ausgenutzt und zusätzlich angeheizt. Insbesondere dem flämisch-nationalistischen Vlaams Blok ist in den letzten Jahren ein lokaler Durchbruch beschieden gewesen. So erreichte er bei der Europawahl im Juni 1989 in der Stadt Antwerpen 20 Prozent der Stimmen und im flämischen Teil Brüssels 13,3 Prozent (Brüssel insgesamt: 4,1 Prozent)<sup>25)</sup>.

In allen europäischen Demokratien — auch in den bisher nicht genannten: Finnland, Irland, Island, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Schweden<sup>26)</sup> — gibt es zumeist kleine Gruppierungen, die sich an Vorbildern der Zwischenkriegszeit orientieren, insbesondere am italienischen Faschismus und am deutschen Nationalsozialismus. Freilich befinden sich alle diese Organisationen in einem Zustand politischer Isolation — jenseits realistischer Einflußchancen. Das Ghetto politischer Wirkungslosigkeit läßt sich nur auf zwei Arten sprengen: Erstens durch den Einsatz systematischer Gewaltakte (Terrorismus), was Aufmerksamkeit erzwingt, den Staat möglicherweise destabilisiert und in gesellschaftlichen Klientelgruppen einen Mobilisationseffekt erzeugt. Zweitens durch eine gewisse politische „Mäßigung“ und Entradikalisierung, die die betreffende Organisation einem größeren Interessentenkreis öffnet und sie zur wählbaren Alternative werden läßt. Freilich sind beide Strategien auch mit Risiken verbunden: Terrorakte provozieren die Reaktion des Staates und könnten zur raschen Auflösung der Gruppen führen. Der „Elektoralismus“ löst möglicherweise (unter dem Einfluß neuer Mitglieder- und Wählergruppen) einen Prozeß der institutionellen Einbindung und Zähmung aus. Welche der Handlungsalternativen auch beschränkt wird: Die europäischen Demokratien müssen sich ihnen in Zukunft gewachsen zeigen.

<sup>25)</sup> Vgl. den Bericht von Ferdinand Kroh in: Die Zeit vom 7. Juli 1989, S. 10. Zur aktuellen Situation des belgischen Rechtsextremismus (allerdings nicht ohne verschwörungstheoretische Implikationen) ferner: Hugo Gijssels u. a., Les barbares. Les immigrés et le racisme dans la politique belge, Berchem 1988.

<sup>26)</sup> Eine erstaunliche Fülle an (Primär-)Informationen über rechtsextreme Gruppierungen in 81 Staaten der Erde hat zusammengetragen: Ciarán Ó Maoláin, The Radical Right: A World Directory, Harlow 1987. Nützlich ist auch die thematisch viel weiter gefaßte (allerdings normativ nicht eingeeengte) Sammlung von: Henry W. Degenhardt, Political Dissent. An International Guide to Dissident, Extra-Parliamentary, Guerrilla and Illegal Political Movements, Harlow 1983.

<sup>22)</sup> Vgl. mit zahlreichen weiterführenden Literaturhinweisen: Franz Nuscheler, Rassistische und faschistische Auswüchse der britischen Krise, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/79, S. 3—19. Weitere Literatur wird dokumentiert bei: U. Backes (Anm. 18), S. 104—109.

<sup>23)</sup> Vgl. zu dieser Entwicklung: Christopher C. Husbands, Extreme Right-Wing Politics in Great Britain: The Recent Marginalisation of the National Front, in: West European Politics, 11 (1988) 2, S. 65—79.

<sup>24)</sup> Vgl. Urs Altermatt, Rechtsextremismus im schweizerischen Alltag der achtziger Jahre: Angst vor dem Verlust der Heimat, in: Totalitarismus. Demokratie und Totalitarismus — Totalitarismen in der Demokratie, Fribourg 1987, S. 37—54. Zum Rechtsextremismus in der Schweiz ferner den — freilich auch gemäßigt-konservative Gruppierungen einbeziehenden — Band von: Jürg Frischknecht/Peter Haffner/Ueli Haldimann/Peter Niggli, Die unheimlichen Patrioten. Politische Reaktion in der Schweiz. Ein aktuelles Handbuch mit Nachtrag 1979—1984, Zürich 1987<sup>6)</sup>.



### III. Linksextremismus

#### 1. Bundesrepublik Deutschland

Der aufgrund der Verfolgung durch die Nationalsozialisten vorhandene moralische Vorsprung der 1945 gemeinsam mit der Union, der SPD und den Liberalen von den Alliierten zugelassenen „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD) wurde bald verspielt. Sie geriet schnell in die Isolation (Bundestagswahl 1949: 5,7 Prozent; Bundestagswahl 1953: 2,2 Prozent), nachdem sie vor 1949 mehreren Landesregierungen angehört hatte<sup>27</sup>). Schon vor ihrem Verbot im Jahre 1956 war sie eine Quantité négligeable geworden, nicht zuletzt wegen ihrer Linientreue gegenüber dem kommunistischen System im anderen Teil Deutschlands und in der Sowjetunion.

Die im Jahre 1960 ins Leben gerufene „Deutsche Friedensunion“ (DFU) ging maßgeblich auf eine Initiative der Kommunisten zurück, wenngleich sich in der betont vorsichtig operierenden DFU auch andere Kreise befanden (zum Beispiel aus dem neutralistischen Lager). Aber die DFU konnte politisch nicht reüssieren und blieb mit 1,9 und 1,3 Prozent bei den Bundestagswahlen von 1961 und 1965 weit unter der Fünfprozentmarke. Im Jahre 1984 gab sie ihren Parteistatus auf, nachdem sie zuvor wegen des Auftretens der DKP nur ganz sporadisch an Wahlen teilgenommen hatte.

Die im Jahre 1968 gegründete und strikt auf DDR-Kurs liegende „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) konnte niemals an die anfänglichen Erfolge der KPD anknüpfen, jedenfalls was das Abschneiden bei Wahlen angeht. Sie blieb, was zuvor die KPD war: eine von der SED-Führung gänzlich abhängige und damit zum Scheitern verurteilte Partei. Sie kam bei den Bundestagswahlen 1972 und 1976 nur auf 0,3 Prozent, 1980 und 1983 gar nur auf 0,2 Prozent. Bei der Bundestagswahl 1987 kandidierte sie in realistischer Einschätzung der Situation nicht einmal gesondert, sondern stellte lediglich Wahlkreiskandidaten in dem von ihr initiierten Wahlbündnis der „Friedensliste“ auf. Gegenwärtig befindet sich die DKP (Europawahl 1989: 57 648 Stimmen = 0,2 Prozent) in der größten Krise ihrer Entwicklung, was die Parteiführung auf ihrem turbulent verlaufenen Parteitag im Januar 1989, wo es einige bemerkenswerte „Auflockerungstendenzen“ sowie unüblich viele Gegenstimmen und eine Reihe von Kampfabstimmungen gab, auch einräumen

<sup>27</sup>) Zur Entwicklung des Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland vgl. generell U. Backes/E. Jesse (Anm. 8), Bd. II, S. 96–149; zur einschlägigen Forschung ebd., Bd. I, S. 145–223.

mußte<sup>28</sup>). Eine beträchtliche Minderheit von etwa einem Drittel fordert eine „Erneuerung“ im Sinne der Politik Gorbatschows, während die Parteiführung davon nichts wissen will. Infolge der schwierigen „Großwetterlage“ und des eigenen dogmatischen Verhaltens hat die DKP, obwohl sie aufgrund reichlicher materieller Unterstützung seitens der DDR nach wie vor finanz- und organisationsstark ist, einen beträchtlichen Mitgliederschwind zu verzeichnen. So sollen ihr heute weniger als 35 000 Personen angehören<sup>29</sup>). Allerdings gilt: „Der Traditionalismus vieler DKP-Mitglieder, ihre teilweise jahrzehntelange stalinistische und neostalinistische Schulung und nicht zuletzt die Gemeinsamkeit in der Ablehnung der westlichen Demokratie in der Bundesrepublik werden die DKP zwar nicht vor weiterem Niedergang, aber noch für lange Zeit vor dem Untergang bewahren.“<sup>30</sup>)

War die KPD Ende der vierziger und in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre gesellschaftlich völlig „ausgegrenzt“, obwohl sie immerhin einen gewissen, wenn auch schwindenden Teil der Wählerschaft hinter sich brachte, verhält es sich bei der DKP gerade umgekehrt: Sie ist zwar in der Wählerschaft gänzlich isoliert (bei der Bundestagswahl 1983 kamen – ein einmaliges Phänomen – auf zwei Mitglieder drei Wähler!), doch keineswegs in der Gesellschaft, wie etwa kommunistisches Engagement in Protestbewegungen zeigt, das man dort häufig mehr als toleriert. Dieses Paradoxon erklärt sich mit der Abschwächung des in den fünfziger Jahren grassierenden Antikommunismus. Heutzutage kooperiert jedenfalls der linke Flügel der Sozialdemokratie in bestimmten Fragen mit Kommunisten<sup>31</sup>), was vor vierzig Jahren, als der antitotalitäre Konsens noch weit stärker verankert war, nicht in Frage gekommen wäre. Auch in demokratischen Kreisen haben sich einseitig antifaschistische Denkmuster herausgebildet.

Andere linksextreme Parteien blieben noch erfolgloser. Zu Anfang der siebziger Jahre kam es zu Gründungen überwiegend maoistisch orientierter K-Gruppen, die der DKP Verrat an den revolutionären Prinzipien vorwarfen, sich selber aber aufgrund ihres Dogmatismus heftig befehdeten. Sie lösten sich später größtenteils auf oder vegetieren als Fossil dahin. Auch hier fällt ein Paradoxon auf:

<sup>28</sup>) Vgl. Thomas Ammer, Zum 9. Parteitag der DKP, in: Deutschland Archiv, 22 (1989), S. 135–139.

<sup>29</sup>) Vgl. Verfassungsschutzbericht 1988, Bonn 1989, S. 11 (hektographierte Fassung, rosa Teil).

<sup>30</sup>) Th. Ammer (Anm. 28), S. 139.

<sup>31</sup>) Vgl. zahlreiche Belege bei Wolfgang Rudzio, Die Erosion der Abgrenzung. Zum Verhältnis zwischen der demokratischen Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1988.



Ausgerechnet die so betont antiautoritäre Studentebewegung ist die entscheidende Wurzel für die durchweg hierarchisch organisierten K-Gruppen gewesen. Aus dem Scheitern der antiautoritären Studentebewegung zog man die Konsequenz, daß nur mittels einer klassenbewußten Partei die Arbeiterschaft gewonnen werden könne. Doch wirken in einer offenen Gesellschaft revolutionäre Rhetorik und ideologischer Fanatismus abstoßend. Das Ergebnis — zunächst Spaltung(en), dann Auflösung — ist meistens vorprogrammiert.

## 2. Andere Demokratien in Europa

Als der italienische Publizist Frane Barbieri im Jahre 1975 den magischen Begriff des „Eurokommunismus“ prägte<sup>32)</sup>, ahnte wohl kaum jemand, daß diese Spielart des Kommunismus bald wieder einen Rückschlag erleiden würde, sei es dadurch, daß einige Parteien sich vom Eurokommunismus weg entwickelten (wie in Frankreich), sei es dadurch, daß eurokommunistische Parteien einen Prozeß der Auszehrung durchmachten (wie in Spanien). In diesen Ländern sind die Wahlerfolge sozialistischer Parteien auf Kosten des kommunistischen Stimmenanteils gegangen. Um den „Eurokommunismus“ ist es eher still geworden, nachdem in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre — nicht zuletzt auch in der Literatur — viel Aufhebens von ihm gemacht worden war<sup>33)</sup>. Jedenfalls kann man den Rückgang im Hinblick auf Wähler und Mitglieder in mehreren Ländern nicht übersehen<sup>34)</sup>. Außerdem ist der Begriff „Eurokommunismus“ zu grobschlächtig, als daß er die sehr unterschiedliche Entwicklung in den einzelnen Staaten erfaßt.

<sup>32)</sup> Vgl. Manfred Steinkühler, *Der Eurokommunismus ist ein Konzept zur Eroberung, nicht aber zur Ausübung der Macht. Gespräch mit Frane Barbieri, der den Ausdruck „Eurokommunismus“ prägte*, in: ders. (Hrsg.), *Eurokommunismus im Widerspruch. Analyse und Dokumentation*, Köln 1977, S. 389–392.

<sup>33)</sup> Vgl. u. a. folgende Werke: M. Steinkühler (Anm. 32); Adolf Kimmel (Hrsg.), *Kommunismus in Lateinamerika*, Köln 1977; Wolfgang Leonhard, *Eurokommunismus. Herausforderung für Ost und West*, München 1978; Helmut Richter/Günter Trautmann (Hrsg.), *Eurokommunismus. Ein dritter Weg für Europa?*, Hamburg 1979; Heinz Timmermann (Hrsg.), *Die kommunistischen Parteien Südeuropas. Länderstudien und Queranalysen*, Baden-Baden 1979. Zu den neueren Studien gehören: Heinz Gärtner/Günter Trautmann (Hrsg.), *Ein dritter Weg zwischen den Blöcken? Die Weltmächte, Europa und der Eurokommunismus*, Wien 1985 (ausgezeichnete Bibliographie: S. 391–406); Klaus Kellmann, *Pluralistischer Kommunismus? Wandlungstendenzen eurokommunistischer Parteien und ihre Reaktion auf die Erneuerung in Polen*, Stuttgart 1984.

<sup>34)</sup> Vgl. bereits Manfred Steinkühler, *Eurokommunismus — gescheiterte Strategie?*, in: *Außenpolitik*, 36 (1985), S. 371–382.

Die Ergebnisse in den meisten europäischen Demokratien<sup>35)</sup> weisen im Vergleich zur Bundesrepublik ganz andere Dimensionen auf. In Italien hat die dortige (euro-)kommunistische Partei — der „Partito Comunista Italiano“ (PCI) hatte sich 1921 von der Sozialistischen Partei abgespalten — bei den Wahlen zur Abgeordnetenversammlung des öfteren um die 30 Prozent der Stimmen erhalten und nimmt ungefährdet hinter den Christdemokraten den zweiten Platz ein, rangiert also vor den Sozialisten, nachdem sie sogar bei der Wahl im Jahre 1976 mit 34,4 0,1 Prozentpunkte mehr als die Democrazia Cristiana erreicht hatte. Allerdings weist die Tendenz etwas nach unten (Wahlen zur Abgeordnetenversammlung 1979: 30,4 Prozent; 1983: 29,8 Prozent; 1987: 26,6 Prozent). Bislang ist es noch nicht zu dem vielbeschworenen „historischen Kompromiß“ gekommen, zu einer Koalition zwischen Kommunisten und Katholiken also. Der seit Juni 1988 amtierende Parteivorsitzende („Sekretär“) Achille Occhetto forciert den bereits von Togliatti vorsichtig eingeleiteten, von Berlinguer und dem eher farblos gebliebenen Natta fortgesetzten Kurs, wie sich auch auf dem 18. Parteitag im März 1989 gezeigt hat. Hier wurde in den Parteistatuten Abschied vom Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ genommen, allerdings „zur Genugtuung traditioneller Kommunisten“ am Parteinamen festgehalten<sup>36)</sup>. Auch in außenpolitischen Fragen hat der PCI längst die hegemoniale Rolle der Sowjetunion abgeschüttelt<sup>37)</sup>, so daß es von daher ebenfalls fragwürdig ist, ihre Position mit dem Pejorativum „extremistisch“ zu versehen. Allerdings ist der italienischen KP bisher die Nagelprobe der Regierungsbeteiligung er-

<sup>35)</sup> Eine Bestandsaufnahme für alle zwanzig westeuropäischen Staaten hat vorgelegt: Klaus Kellmann, *Die kommunistischen Parteien in Westeuropa. Entwicklung zur Sozialdemokratie oder Sekte?*, Stuttgart 1988. Siehe auch die Tabelle „Mitgliederbestand und Vorsitzende der kommunistischen Parteien Westeuropas“, ebd., S. 272 f.; vgl. außerdem: Michael Waller/Meindert Fennema (Hrsg.), *Communist Parties in Western Europe. Decline or Adaptation?*, Oxford 1988; ferner bereits Dieter Oberndörfer (Hrsg.), *Sozialistische und kommunistische Parteien in Westeuropa*, Bd. I: *Südländer*, Opladen 1978; Hans Rühle/Hans-Joachim Veen (Hrsg.), *Sozialistische und kommunistische Parteien in Westeuropa*, Bd. II: *Nordländer*, Opladen 1979. Diese beiden Studien gehen zum Teil über Kellmann hinaus, da sie sich auf die gesamte Linke beziehen, zum Teil bleiben sie wegen der Vernachlässigung mehrerer Länder hinter Kellmann zurück. Siehe auch Heinz Timmermann, *Kommunistische Parteien in Westeuropa. Programme, Strukturen, Perspektiven*, Teil I und II, *Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien*, Nr. 18 und 19, Köln 1985.

<sup>36)</sup> Vgl. Manfred Steinkühler, *Wie die SED sich den PCI wünscht*, in: *Deutschland Archiv*, 22 (1989), S. 618–622.

<sup>37)</sup> Vgl. Bruno Schoch, *Die internationale Politik der italienischen Kommunisten*, Frankfurt 1988; ders., *Zum „neuen Internationalismus“ der KPI und Michael Strübel*, Die italienischen Kommunisten und die Bewegung der Blockfreien, jeweils in: H. Gärtner/G. Trautmann (Anm. 33), S. 227–243, S. 349–360; Heinz Timmermann, *Die italienischen Genossen gehen auf Distanz. Zur jüngsten Kontroverse zwischen der KPI und der KPdSU*, in: *Osteuropa*, 36 (1989), S. 443–460.



spart geblieben, und gelegentlich tauchen immer wieder einmal Formeln aus dem Propagandaarsenal der fünfziger Jahre auf<sup>38</sup>), wie ja auch noch die traditionellistische Strömung um Armando Cossutta in der Partei agiert, wengleich in einer klaren Minderheitenposition. Die Ausnahmestellung des PCI zeigt sich darin, daß er mit über 1,6 Millionen mehr als doppelt so viele Mitglieder hat wie alle übrigen kommunistischen Parteien in den europäischen Demokratien zusammengenommen. Der „Sonderweg“ der italienischen Kommunisten dürfte weniger eine Reaktion auf den Zerfall des monolithischen Weltkommunismus sein als ein Produkt der spezifischen Entwicklung Italiens<sup>39</sup>).

In Frankreich lag der „Parti Communiste Français“ (PCF) in den sechziger wie in den siebziger Jahren stets über zwanzig Prozent. Jedoch ist in den achtziger Jahren eine Halbierung des Wählerpotentials der weitgehend noch (oder wieder) stalinistischen Partei eingetreten (Wahlen zur Nationalversammlung 1978: 20,6 Prozent; 1981: 16,2 Prozent; 1986: 9,8 Prozent; 1988: 11,3 Prozent) — ein „electoral collapse“ — „spectacular both in its scope and its rapidity“<sup>40</sup>). Bei den Europawahlen erreichte der PCF nur noch 7,7 Prozent — erheblich weniger als die Bewegung Le Pens. Die kommunistische Regierungsbeteiligung unter Georges Marchais Anfang der achtziger Jahre (1981 bis 1984) führte die Kommunisten noch weiter ins Abseits, was wiederum die Öffnung zu anderen Parteien nicht begünstigte. Das Konzept der französischen Kommunisten, „in dem sich auf einem prosovjetschen Hintergrund sozialrevolutionäre und nationalistische Elemente miteinander verbinden“<sup>41</sup>), läßt nichts mehr von den zeitweiligen Auflockerungstendenzen in den siebziger Jahren erkennen, wie man sich überhaupt fragen kann, ob der PCF jemals zu Recht das Verdikt „eurokommunistisch“ verdiente.

Die dritte Partei, die gemeinhin unter dem Oberbegriff des Eurokommunismus gefaßt wurde, ist die spanische — der „Partido Comunista de España“ (PCE). Auch hier sind die Wahlergebnisse für die Kommunisten, deren Arbeit von jahrzehntelanger Illegalität geprägt ist, stark rückläufig. Jedenfalls erfüllten sich die Blühträume nach dem Tod General Francos nicht. Erreichte die Kommunistische Partei 1979 10,8 Prozent der Stimmen, so kam sie

1982 nur noch auf 3,9 und 1986 (unter ihrem damaligen Vorsitzenden Gerardo Iglesias) auch bloß auf 4,6 Prozent, obwohl ein Wahlbündnis mit anderen linken Gruppierungen gebildet worden war. Bei der Europawahl im Juni 1989 konnte die „Vereinigte Linke“ ihr Ergebnis auf 6,1 Prozent ausbauen. Nach dem Rücktritt Iglesias' und der Übernahme des Parteivorsitzes durch den ehemaligen Bürgermeister von Córdoba, Julio Anguita (1988), hat die Partei wieder stärker den „Leninismus“ akzentuiert, was zu Parteiaustritten führte. Auf eine eher „härtere“ Linie deutet auch die Wiedervereinigung mit den Traditionalisten der „Kommunistischen Partei der Völker Spaniens“ hin, die sich im Januar 1989 vollzog<sup>42</sup>). Die Partei hat sich somit nur mehr der (kommunistischen) Konkurrenz Santiago Carrillos zu erwehren, der sich in den siebziger Jahren als engagierter Anhänger des Eurokommunismus profiliert und die spanischen Kommunisten auf diesen Weg gewiesen hatte. Gleichwohl muß man nach wie vor von einer Krise des spanischen Kommunismus sprechen<sup>43</sup>).

Interessante Entwicklungen zeigen sich auch in anderen Ländern. In allen skandinavischen Staaten gibt es zwei kommunistische Parteien, wobei die eurokommunistische Variante — sie war übrigens schon vorhanden, als man in Südeuropa noch nicht an einen Eurokommunismus dachte<sup>44</sup>) — stärker ist als die marxistisch-leninistische. Hingegen erzielt die moskautreue Kommunistische Partei Portugals („Partido Comunista do Portugal“) unter dem legendären Alvaro Cunhal noch immer eine beachtliche Stärke, wenn auch in einem Wahlbündnis (1985: 15,4 Prozent; 1987: 12,2 Prozent), wiewohl gerade Cunhal die Strategie des „Elektoralismus“ verhöhnt<sup>45</sup>). In Großbritannien hingegen spielt die „Communist Party of Great Britain“ (CPGB) schon allein aufgrund des relativen Mehrheitswahlsystems nicht die geringste Rolle, gleichwohl sind unterschiedliche kommunistische Strö-

<sup>38</sup>) Vgl. etwa Heinz-Joachim Fischer, Für Occhetto ist nur noch wenig klar. Was ist los mit den italienischen Kommunisten?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. Januar 1989, S. 10.

<sup>39</sup>) In diesem Sinne auch Heinz Gärtner, Die symbolische Herausforderung des Eurokommunismus. Die Entwicklung und Begrenzung einer neuen Identität der KPI, in: H. Gärtner/G. Trautmann (Anm. 33), S. 313—330.

<sup>40</sup>) So Stéphane Courtois/Denis Peschanski, From Decline to Marginalization: the PCF Breaks with French Society. The French Communist Party, in: M. Waller/M. Fennema (Anm. 35), S. 48.

<sup>41</sup>) So H. Timmermann (Anm. 35), Teil I, S. 35.

<sup>42</sup>) Vgl. Walter Haubrich, Wiedervereinigung unter Spaniens Kommunisten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. Januar 1989, S. 1.

<sup>43</sup>) Vgl. Juan Botella, Spanish Communism in Crisis. The Communist Party of Spain, in: M. Waller/M. Fennema (Anm. 35), S. 69—85.

<sup>44</sup>) Daß das in der Öffentlichkeit so wenig wahrgenommen worden ist, dürfte mit der mangelnden Ausstrahlungskraft dieser kleinen kommunistischen Parteien zusammenhängen. So war etwa die Kommunistische Partei in Island niemals an der Sowjetunion ausgerichtet und mehrfach an der Regierungsbildung beteiligt. Auch von der Kommunistischen Partei in Zypern — außenpolitisch an die Sowjetunion gebunden, innenpolitisch „faktisch in eine linke Volkspartei transformiert“ (so H. Timmermann [Anm. 35], Teil II, S. 27) — nimmt man kaum Kenntnis, obwohl sie bei den Wahlen meistens noch besser abschneidet als die italienischen Kommunisten (1981: 32,7 Prozent; 1985: 27,4 Prozent).

<sup>45</sup>) Vgl. hierzu H. Timmermann (Anm. 35), Teil II, S. 15—25. Laut Timmermann hat die Kommunistische Partei offensichtlich „die Identitätskrise ihrer westeuropäischen Bruderparteien noch vor sich“ (ebd., S. 25).



mungen in der Labour Party (und bei den Gewerkschaften) nicht einflußlos. So verzeichnete die „entristische“ Strategie des Trotzismus gewisse Erfolge<sup>46)</sup>. Hingegen fällt kommunistisches Gedankengut in mitteleuropäischen Ländern wie der Schweiz und Österreich — wengleich es in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre zeitweise anders aussah<sup>47)</sup> — sowie den Benelux-Ländern auf keinen fruchtbaren Boden. Der Stimmenanteil liegt, bis auf Luxemburg, in den achtziger Jahren meist bei rund einem Prozent, nachdem er früher zum Teil weit höher war. Bezeichnenderweise schneiden die kommunistischen Parteien dort gut ab, wo sie (wie in Frankreich und Italien) in der Widerstandsbewegung agierten und wo längere Zeit eine Rechtsdiktatur herrschte (Portugal und Spanien sowie mit Einschränkungen in Griechenland). Bei den südeuropäischen Ländern kommen die wirtschaftliche Rückständigkeit und eine verspätete Industrialisierung hinzu.

Klaus Kellmann gruppiert die kommunistischen Parteien Europas nach einem geographischen Schema. Die kommunistischen Parteien im Norden Europas handelt der Autor unter der Überschrift „zwischen Machtfaktor und Sekte“ ab; die in Westeuropa klassifiziert er als „Sekte“, die im romanischen und mediterranen Europa als „Machtfaktor“<sup>48)</sup>. In der Tat lassen sich auf diese Weise aufschlußreiche Parallelen herausarbeiten, so sehr man sich auch vor einer Verallgemeinerung hüten muß. Allerdings bedarf seine Auffassung der Modifizierung, daß die kommunistischen Parteien in europäischen Demokratien „überall dort stark, erfolgreich und geschichtsmächtig [waren und sind], wo sie ohne Abweichungen und Brüche an einer programmatischen Linie festgehalten haben. Diese mag eurokommunistisch wie in Italien, stalinistisch-orthodox wie in Portugal oder aber beides in einem wie in Zypern sein — die Verläßlichkeit und insofern die Berechenbarkeit garantiert die politische Potenz.“<sup>49)</sup> Kritikwürdig ist die These insofern, als hier der Gesichtspunkt etwas zu kurz kommt, daß sich die eurokommunistische Variante im Vergleich zur Moskauerorientierung bei weitem als erfolgreicher erwiesen hat. Würde sie stimmen, dann müßte die DKP eine „geschichtsmächtige“ Kraft sein, da sie — bisher jedenfalls — jegliche Schwankungen wohlweislich vermieden hat. Als gänzlich aussichtslos erweist sich die Strategie jener Gruppierungen, die sowohl die eurokommunistische als auch die

sowjet-marxistische Variante zu verwerfen und einen betont revolutionären Kurs steuern, seien sie nun maoistisch ausgerichtet oder nicht. Es handelt sich in allen Fällen um Splitterparteien, soweit es sie überhaupt noch gibt.

Die jüngste Arbeit zu den kommunistischen Parteien in den europäischen Demokratien gelangt zu folgendem Resümee: „Von den hier beheimateten zwanzig KPen sind sieben (Portugal, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Türkei, Irland und Luxemburg) orthodox-moskauorientiert, acht (Finnland, Griechenland, Zypern, Spanien, Dänemark, Schweden, Norwegen und Großbritannien) in sich oder in Form von zwei Parteien eurokommunistisch-reformistisch und orthodox-moskauorientiert gespalten, drei (Niederlande, Belgien und die Schweiz) suchen weiterhin mit unterschiedlicher Akzentsetzung ihren endgültigen ideologischen Haltepunkt, eine (die KP Islands) kann insgesamt als eurokommunistisch bezeichnet werden, und die Kommunistische Partei Italiens [ . . . ] ist wie die dänische SF und die interne griechische KP dabei, das Stadium des Eurokommunismus in Richtung Linksozialismus und Sozialdemokratie zu verlassen.“<sup>50)</sup> Natürlich kann man ein Fragezeichen hinter diese Behauptung setzen, je nachdem, was man unter Eurokommunismus versteht. Ist die These nicht recht gewagt, es könnte zu einer „Wiedervereinigung zwischen sozialistischen und kommunistischen Parteien in Westeuropa“<sup>51)</sup> kommen? In Italien jedenfalls deutet nichts darauf hin. Dafür sind die Parteien in den jeweiligen gesellschaftlichen Gruppen zu sehr verwurzelt.

Was die Stärkeverhältnisse angeht, so hat sich in den achtziger Jahren — zum Leidwesen der Sowjetunion — ein zum Teil massiver Rückgang des kommunistischen Wählerpotentials vollzogen<sup>52)</sup>, vor allem auch eine weitere Ausdifferenzierung und damit ein Schwinden transnationaler Politik<sup>53)</sup>, wengleich in den Staaten des Westens eine Reihe von Vorfeldorganisationen zugunsten sowjetischer Politik wirbt und wirkt<sup>54)</sup>. Allerdings scheint in der

<sup>50)</sup> Ebd., S. 232.

<sup>51)</sup> Ebd., S. 240.

<sup>52)</sup> Vgl. beispielsweise Heinz Timmermann, *The Decline of the World Communist Movement*. Moscow, Beijing, and Communist Parties in the West, Boulder-London 1987.

<sup>53)</sup> Vgl. hierzu einige Überlegungen von Klaus von Beyme, *Die Sowjetunion in der Weltpolitik*, München-Zürich 1983, S. 163–181. Tenor: „Die Kommunistischen Parteien der westlichen Welt können nicht mehr nur als 5. Kolonne hingestellt werden, die Länder ‚sozialistischer Orientierung‘ sind vielfach nicht so dozil geblieben, wie Moskau gehofft hatte.“ Ebd., S. 178.

<sup>54)</sup> Vgl. beispielsweise: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), *Kommunistische Frontorganisationen im ideologischen Klassenkampf*. Über die Tätigkeit internationaler sowjetkommunistischer Propagandaorganisationen und ihrer Partner in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1984.

<sup>46)</sup> Vgl. John Callaghan, *British Trotskyism. Theory and Practice*, Oxford 1984.

<sup>47)</sup> Vgl. Heinz Gärtner, *Zwischen Moskau und Österreich*. Die KPÖ — Analysen einer sowjetabhängigen KP, Wien 1979; Leopold Spira, *Ein gescheiterter Versuch*. Der Austro-Eurokommunismus, Wien 1979; ders., *Der „österreichische Weg“ — die Diskussion in der KPÖ*, in: H. Gärtner/G. Trautmann (Anm. 33), S. 305–311.

<sup>48)</sup> Vgl. K. Kellmann (Anm. 35), S. 15, 61, 107.

<sup>49)</sup> Ebd., S. 231.



Sowjetunion unter Gorbatschow die Pluralität der Wege zum Sozialismus anerkannt zu sein<sup>55</sup>).

Insgesamt nehmen sich heutzutage die Befürchtungen Dieter Oberndörfers vor über einem Jahrzehnt — bei einer Zusammenarbeit zwischen sozialistischen und kommunistischen Parteien wäre „die Erosion des westlichen Bündnisses in einen Zu-

stand völliger Bedeutungslosigkeit“<sup>56</sup>) die sichere Folge — arg pessimistisch aus. Ob die Politik Gorbatschows einen turning point einleiten und das Erscheinungsbild kommunistischer Parteien attraktiver zu gestalten vermag, ist nicht so sicher. Jedenfalls kann man die sowjetische Entwicklung so interpretieren, als vollziehe sich dort ein Offenbarungseid des Marxismus.

#### IV. Vergleichende Überlegungen

Offenkundig wird dem politischen Extremismus in der Bundesrepublik mehr Aufmerksamkeit geschenkt als anderswo, obwohl das Wählerpotential eher unterdurchschnittlich entwickelt ist. Dieses Paradoxon — gesteigerte Aufmerksamkeitsbereitschaft bei relativer Ohnmacht des politischen Extremismus — dürfte wesentlich historisch bedingt sein: Die Last der Vergangenheit sowie das Negativbeispiel des anderen deutschen Staates wirken nach — zum Teil in einer Weise, die positiv als Sensibilität für extremistische Phänomene zu deuten ist, zum Teil aber auch in einer Weise, die dem demokratischen Verfassungsstaat Hohn spricht und lediglich gewohnten Stereotypen Rechnung trägt, wenn man etwa in selbstzufriedener Weise über die geringe Stärke des extremistischen Milieus räsoniert oder — ganz im Gegenteil — hysterisch auf den Wahlerfolg einer tatsächlich bzw. vermeintlich extremistischen Partei reagiert, wobei sich ein großer Teil der Öffentlichkeit durch politische Einäugigkeit auszeichnet. Nicht nur die GRÜNEN zu Anfang und die Republikaner am Ende der achtziger Jahre wissen davon ein Lied zu singen.

Im übrigen — und dieser Sachverhalt hängt mit dem gesteigerten Aufmerksamkeitsgrad für extremistische Phänomene eng zusammen — sind in keiner anderen westlichen Demokratie die Schutzbestimmungen gegenüber dem politischen Extremismus so ausgeprägt wie in der Bundesrepublik. Diese versteht sich als eine wert- und wehrhafte Demokratie, die nicht erst bei einer Verletzung der Strafgesetze aktiv wird, sondern die Abwehr vorverlagert hat. Allerdings sind die Unterschiede zu anderen europäischen Demokratien nicht prinzipieller Natur. Zum einen kommen durch die Ausrichtung am Opportunitätsprinzip die Schutzvorkehrungen nicht immer zum Tragen, zum anderen versuchen auch die übrigen europäischen Demokratien der Legalitätstaktik von Extremisten in vielfältiger Weise einen Riegel vorzuschieben. Selbst

beim Komplex „Extremismus und öffentlicher Dienst“, der für viele — nicht zuletzt Ausländer — als „German problem“<sup>57</sup>) firmiert, versucht man in unterschiedlicher, wenn auch geräuschloserer (und damit „eleganterer“?) Weise, Extremisten von den Schalthebeln der Macht fernzuhalten. Freilich wird stärker auf die jeweiligen Verhaltensweisen abgestellt, keine Treuepflicht gefordert. Umgekehrt sind wiederum der Rechtsschutz und der Begründungszwang weit weniger ausgebaut als in der Bundesrepublik Deutschland<sup>58</sup>).

Im folgenden sollen die eingangs formulierten drei Kernfragen gesondert für Rechts- und Linksextremismus beantwortet werden. Differenzierung tut dabei not; allerdings lassen sich Generalisierungen nicht immer vermeiden.

Aufgrund der Vergangenheit wird der Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland im In- und Ausland vielfach mit besonderem Argwohn betrachtet<sup>59</sup>). Dabei weisen verschiedene Indikatoren darauf hin, daß die hiesige rechtsextreme „Szene“ keineswegs zur europäischen „Spitzengruppe“ zählt. In einer Statistik des Europäischen Parlamentes über „Antisemitische Vorfälle in den Jahren 1981–1983“ steht die Bundesrepublik kei-

<sup>55</sup>) Vgl. Heinz Timmermann, Die KPdSU und das kommunistische Parteiensystem. Paradigmenwechsel in Moskau, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/89, S. 20–28.

<sup>56</sup>) Dieter Oberndörfer, Einführung: Die sozialistischen und kommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens, Spaniens und Griechenlands, in: ders. (Anm. 35), S. 33.

<sup>57</sup>) So Gordon Smith, Democracy in Western Germany. Parties & Politics in the Federal Republic, Aldershot 1986, S. 221. In diesem Sinne auch: Gregg O. Kvistad, Radicals and the State. The Political Demands on West German Civil Servants, in: Comparative Political Studies, 21 (1988) 1, S. 95–125.

<sup>58</sup>) Vgl. Karl Doehring u. a., Verfassungstreue im öffentlichen Dienst europäischer Staaten, Berlin 1980; Ernst-Wolfgang Böckenförde/Christian Tomuschat/Dieter C. Umbach (Hrsg.), Extremisten und öffentlicher Dienst. Rechtslage und Praxis des Zugangs zum und der Entlassung aus dem öffentlichen Dienst in Westeuropa, USA, Jugostawien und der EG, Baden-Baden 1981; zusammenfassend und einordnend Eckhard Jesse, Verfassungsschutz in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu anderen Demokratien, in: Politische Bildung, 17 (1984) 1, S. 43–66.

<sup>59</sup>) Das verdienstvolle Handbuch von C. ó Maoláin (Anm. 26) zum weltweiten Rechtsextremismus ist hierfür ein gutes Beispiel, werden doch im Teil über die Bundesrepublik zahlreiche „Phantome“ mitgeschleppt und Etikettierungen wie „neonazistisch“ und „neo-faschistisch“ besonders großzügig vorgenommen.



neswegs an erster Stelle<sup>60</sup>). Berücksichtigt man die unterschiedliche Bevölkerungszahl der verschiedenen Länder, so ergibt sich folgende Rangfolge: Großbritannien, Österreich, Belgien, Griechenland, Dänemark, Frankreich, Norwegen, Niederlande, Bundesrepublik Deutschland, Schweiz, Schweden, Italien, Finnland, Spanien. Dieser Befund wird durch vergleichende Untersuchungen zur politischen Kultur gestützt, die einen erheblichen Rückgang „autoritärer“, obrigkeitstaatlicher, antidemokratischer Einstellungen im Verlaufe der letzten zwanzig Jahre konstatieren, so daß sich die Bundesrepublik heute in dieser Hinsicht durchaus mit alteingesessenen Demokratien messen kann<sup>61</sup>).

Auch wer auf Wahldaten abstellt, wird dem bundesdeutschen Rechtsextremismus im europäischen Maßstab keinen Spitzenrang zuweisen können. Seit dem Niedergang der NPD lagen die Ergebnisse rechtsextremer Parteien über lange Jahre hinweg im Bereich von Zehntelprozenten. Erst in den letzten Jahren ist ein Aufwind spürbar, der sowohl originären „Gewächsen“ des rechtsextremen „Lagers“ als auch neuen national-populistischen Strömungen zu gewissen Erfolgen verholfen hat. Freilich ist dabei auffallend, daß nationalistische Gruppierungen ihre Stimmengewinne nicht etwa der engen Anlehnung an das nationalsozialistische „Vorbild“, sondern gerade der Beschwörung eines „demokratisch geläuterten Patriotismus“ verdanken. Auch der Indikator „Wahlen“ weist der Bundesrepublik Deutschland und ihren rechtsextremen Organisationen einen Platz in der europäischen „Mitte“ zu, wobei Länder wie Frankreich und Italien am einen Ende der Skala, Staaten wie die Niederlande und Schweden eher am anderen Ende rangieren.

Erstrebt der Kommunismus als — jedenfalls der Idee nach — internationalistische Bewegung länderübergreifendes Zusammenwirken, so ist für nationalistische Organisationen eine internationale Kooperation alles andere als selbstverständlich. Rechtsextreme Organisationen bestimmten den Eigenwert „ihrer“ Nation in der Vergangenheit vielfach in (eher feindseliger) Abgrenzung gegenüber anderen Nationen — der traditionelle Antigermanismus bzw. Franzosenhaß von Teilen der alten französischen und deutschen Rechten ist hierfür ein anschauliches Beispiel. Nach 1945 wandelte sich die Situation insofern, als sich die extreme Rechte in der größer werdenden Zahl der europäischen De-

mokratien in die Isolation gedrängt sah. Die Idee, dem internationalistischen Kommunismus so etwas wie eine nationalistische Internationale entgegenzustellen, gewann zudem an Gewicht. Die Neigung zu europaweiter Zusammenarbeit wurde auch durch ehemalige Angehörige europäischer Waffen-SS-Einheiten gefördert<sup>62</sup>). Teile der extremen Rechten wandten sich vor diesem Hintergrund einem „Europäischen Nationalismus“ zu. So kam es nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu einigen Versuchen der Gründung „europanationalistischer“ Vereinigungen. Bekannt geworden ist vor allem der Kongreß von Malmö 1951, auf dem Delegierte aus sieben Ländern die „Europäische Soziale Bewegung“ ins Leben riefen<sup>63</sup>).

Freilich blieben die großartigen Resolutionen dieses Kongresses mehr oder weniger Theorie. Zwar hat die „faschistische Internationale“ seither die Phantasie vieler Autoren angeregt und Verschwörungstheorien reichlich Nahrung gegeben<sup>64</sup>); in der Realität kam das Projekt über in verschiedenen Ländern bestehende Klein- und Kleinstorganisationen nicht hinaus. Von „Eurofaschismus“ kann daher nicht nur wegen der Problematik des Faschismusbegriffs keine Rede sein. Allerdings haben diese Bestrebungen den Ideenaustausch zwischen verschiedenen europäischen Gruppierungen intensiviert, was besonders dem Wirken rechter Intellektuellenzirkel entgegenkommt<sup>65</sup>). Die Ausbreitung und Ausstrahlung der französischen Nouvelle Droite auf andere europäische Länder (Neue Rechte, Nuova Destra etc.) ist hierfür ein anschauliches Beispiel. Erwähnenswert ist auch der fraktionelle Zusammenschluß rechtsextremer Organisationen im Europäischen Parlament, der in der Größenordnung freilich nicht an den der Kommunisten heranreicht.

Eine akute Gefährdung der europäischen Demokratie geht derzeit jedoch weder von internationalen noch von nationalen rechtsextremen Organisationen aus. Freilich wäre es leichtsinnig, den Rechtsextremismus als historisch überholt und ein für allemal abgetan anzusehen. Die heutige Situation könnte sich durchaus ändern, wenn bestimmte

<sup>62</sup>) Vgl. zum historischen Hintergrund: Jürgen Förster/Gerd R. Ueberschär, Freiwillige für den „Kreuzzug Europas gegen den Bolschewismus“, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4: Der Angriff auf die Sowjetunion, Stuttgart 1983, S. 908—935.

<sup>63</sup>) Vgl. dazu ausführlich: Werner Smoydzin, Hitler lebt! Vom internationalen Faschismus zur Internationalen des Hakenkreuzes, Pfaffenhofen 1966, S. 57—82.

<sup>64</sup>) Von dieser Tendenz nicht frei ist die Darstellung von: Patrice Chairoff, Dossier néo-nazisme, Paris 1977. Bezeichnenderweise verzichtet das Handbuch von C. ó Maoláin (Ann. 26) auf die separate Behandlung „internationaler“ Organisationen.

<sup>65</sup>) Siehe hierzu vor allem: Michael Billig, Die Rassistische Internationale. Zur Renaissance der Rassenlehre in der modernen Psychologie, Frankfurt 1981.

<sup>60</sup>) Bericht im Namen des Untersuchungsausschusses (Ann. 14).

<sup>61</sup>) Vgl. besonders: David P. Conradt, Changing German Political Culture, in: Gabriel A. Almond/Sidney Verba (Hrsg.), The Civic Culture Revisited, Boston-Toronto 1980, S. 212—272. Siehe zur Diskussion dieser Ergebnisse: U. Backes/E. Jesse (Ann. 8), Bd. II, S. 224—237. Zusammenfassend auch: Felix Ph. Lutz, Empirischer Datenmaterial zum historisch-politischem Bewußtsein, in: Bundesrepublik Deutschland, Geschichte — Bewußtsein, Bonn 1989, S. 150—169.



Faktoren weiter an Bedeutung gewinnen. An erster Stelle zu nennen ist die ökonomische Lage. Langanhaltende wirtschaftliche Krisen, verbunden mit Einkommenseinbußen breiter sozialer Schichten und Arbeitslosigkeit, könnten die Bereitschaft zur Wahl extremistischer Parteien erhöhen und rechts-extremen Kräften Auftrieb verschaffen. Zweitens sind bestimmte „issues“ geradezu prädestiniert, rechtsextremen Organisationen Stimmen zuzuführen: Dies gilt etwa für „AIDS“, besonders aber auch für die Ausländer- und Einwandererproblematik. Wie gezeigt worden ist, hat die letzte Frage maßgeblich zu den jüngsten Wahlerfolgen rechter und rechtsextremer Formationen in Belgien, der Bundesrepublik, Dänemark, Frankreich und der Schweiz beigetragen. Das krasse Wohlstandsgefälle zwischen den europäischen Industrienationen und den Ländern der Dritten Welt wird dafür sorgen, daß diese Thematik auch in Zukunft auf der Tagesordnung bleibt. Drittens könnten die Bemühungen von Theoriezirkeln wie der Nouvelle Droite um eine Revitalisierung antiegalitärer, rechtsextremer Ideen im Zusammenhang mit den bereits genannten Faktoren zu einer nachhaltigen Stärkung des Rechtsextremismus führen. Es liegt im elementaren Interesse der demokratischen Verfassungsstaaten Europas, diesen Gefahren mit der nötigen Besonnenheit, aber auch Entschiedenheit entgegenzuwirken.

Unterschiede zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den anderen europäischen Demokratien im Hinblick auf die Stärke des linksextremistischen Potentials sind nicht zu übersehen. Jedenfalls ist die DKP die „in allgemeinen Wahlen erfolgloseste KP Westeuropas“<sup>66</sup>). Die Besonderheit der deutschen Situation dürfte sich prägend auswirken: Die DKP muß es sich gefallen lassen, mit dem SED-Regime im anderen Teil Deutschlands und damit auch mit Mauer, Stacheldraht und (abgemildertem) Schießbefehl in einem Atemzug genannt zu werden. Allerdings sagen die mageren Wahlergebnisse nicht alles aus. Erstens ist für die Beurteilung des Extremismus der Erfolg bei Wahlen nur ein Indikator neben anderen, wie etwa der teilweise beträchtliche Einfluß marxistisch-leninistischer Denkmuster in Teilen der westdeutschen Öffentlichkeit belegt; zweitens gibt es in den Ländern, in denen die Wahlerfolge von Kommunisten weit höher als in der Bundesrepublik liegen, eine Reihe von Mechanismen zur Eindämmung oder zur Neutralisierung kommunistischen Einflusses.

Was bedeutet heute noch das Wort vom „Eurokommunismus“? Der Begriff wird hier nicht in der üblichen Konnotation verstanden, sondern in dem Sinne der Homogenität und eines einheitlichen Vorgehens kommunistischer Parteien in europäischen Demokratien. Für Kellmann firmiert Italien

<sup>66</sup>) K. Kellmann (Anm. 35), S. 79.

wegen des beträchtlichen Einflusses der Kommunisten als „der große Sonderfall“; an einer anderen Stelle spricht er aufgrund der langjährigen Regierungsbeteiligung vom „finnischen und isländischen Sonderfall“<sup>67</sup>); und natürlich gilt auch die Türkei als ein „Sonderfall“, wo die Kommunisten bekanntlich im Untergrund wirken müssen, sowie Griechenland, ist hier doch die moskauorientierte Variante stärker als die eurokommunistische. Und erst recht trifft der „Sonderfall“ auf die DKP zu: Die nach dem Ersten Weltkrieg hinsichtlich der Wählerschaft größte KP ist heute eine der kleinsten. Die noch weiter fortzusetzenden Beispiele zeigen nachdrücklich die Prägung des kommunistischen Erscheinungsbildes durch nationale Spezifika. Insofern gibt es „den“ Kommunismus in europäischen Demokratien gar nicht<sup>68</sup>). Die Liberalität westlicher Demokratien hat im Zusammenhang mit anderen Faktoren zu einer „Nationalisierung“ kommunistischer Parteien geführt. Ein Zusammenschluß von Parteien des „westlichen“ Europas existiert nicht. Der Kommunismus stellt in den europäischen Demokratien allein aufgrund seiner Heterogenität kein Modell für einen vielbeschworenen „dritten Weg“ dar<sup>69</sup>). Ob diese „Pluralität der Entwicklungswege zum Sozialismus (. . .) von den sowjetischen Reformern heute als positive Erscheinung und als Chance zu gegenseitigem Lernen und wechselseitiger inhaltlicher Bereicherung eingeschätzt“<sup>70</sup>) wird, mag dahinstehen. Vielleicht gilt die Vielfalt bloß als unvermeidliches Faktum, das man hinnehmen muß.

Bedrohen linksextreme Bewegungen die europäischen Demokratien? Der Stimmenanteil für kommunistische Parteien ist in den achtziger Jahren zurückgegangen. In keinem Land besteht augenblicklich die Gefahr einer kommunistischen Machtübernahme durch Wahlen. Wie stark Kommunisten in eine Koalitionsregierung eingebunden werden können, zeigte das französische Beispiel Anfang der achtziger Jahre. Was die weiteren Perspektiven angeht, so dürfte vieles von der Entwicklung in der Sowjetunion abhängen. Es heißt, der Kommunismus in den westlichen Demokratien Europas werde eine „unablässig fortschreitende Befreiung vom ideologischen Führungsanspruch der Sowjetunion“ nach sich ziehen. Nun behauptet derselbe Autor aber gleichzeitig, es spreche viel für die „Ernsthaft-

<sup>67</sup>) Ebd., S. 51, 232.

<sup>68</sup>) Die mangelnde Homogenität tritt erst recht zutage, wenn man über Europa hinausblickt. So lautet der Grundtenor in folgender Schrift: Heinz Timmermann (Hrsg.), *Kommunistische Weltbewegung heute. Divergierende Positionen repräsentativer Parteien*, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 40, Köln 1986.

<sup>69</sup>) Dies klingt in manchen Beiträgen an bei: H. Gärtner/G. Trautmann (Anm. 33).

<sup>70</sup>) So H. Timmermann (Anm. 68), S. 21 (Hervorhebung im Original).



tigkeit der umfassenden Gorbatschowschen Systemrevision“<sup>71)</sup>. Ist das richtig, so wäre eine Annäherung zwischen den eurokommunistischen Parteien und der Sowjetunion unvermeidlich<sup>72)</sup>. In der Tat gilt: Die Glaubwürdigkeit eurokommunistischer Parteien zeigt sich in der Absage an den sowjetischen Weg zum Sozialismus, wie umgekehrt die Glaubwürdigkeit der sowjetischen „Systemrevision“ sich am Verhältnis zu den KPen des Westens erweist. Zukünftig müßte die KPdSU in den Ländern, in denen zwei kommunistische Parteien existieren, eigentlich diejenige favorisieren, die den „sowjetischen Weg“ (im alten Sinne) verwirft. Bislang besteht hier noch beträchtlicher Revisionsbedarf — wie nicht zuletzt das spanische Beispiel zeigt.

<sup>71)</sup> K. Kellmann (Anm. 35), S. 240, 246.

<sup>72)</sup> Zur Strategie der Sowjetunion gegenüber „dem“ Eurokommunismus (allerdings noch vor Gorbatschow) vgl. Rita Knobvel-Ulrich, Das sowjetische Antwortverhalten auf die eurokommunistische Herausforderung, in: H. Gärtner/G. Trautmann (Anm. 33), S. 281—303.

Die Entstehung und Ausbreitung extremistischer Phänomene darf in demokratischen Verfassungsstaaten nicht nur — ja, nicht einmal in erster Linie — eine Frage administrativen Vorgehens sein. Der politische Extremismus ist auch ein Barometer für die Problemlösungsfähigkeit des demokratischen Systems. Schließlich sind es zumeist offenkundige gesellschaftliche Defizite, die extremistischen Bewegungen Auftrieb verschaffen. Der politische Extremismus sollte daher auch ein Anlaß sein, Verstopfungen und Verkalkungen in den Kanälen der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung energisch entgegenzuwirken. Und wer die eine Variante des politischen Extremismus gegen die andere auszuspielen sucht, darf sich nicht wundern, wenn dadurch der politische Extremismus in toto eine Aufwertung erfährt. Von den Erfolgen der Rechtsextremisten profitieren nicht zuletzt die Linksextremisten. Vice versa gilt das ebenso. Der — wie immer zu gewichtende — Nachahmungs- und Aufschaukelungseffekt ist ein vernachlässigtes Phänomen, das einer gesonderten Untersuchung bedarf.



## Norbert Lepszy: Die Republikaner. Ideologie – Programm – Organisation

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41–42/89, S. 3–9

Trotz ihrer Anfangserfolge in Bayern 1986, in Berlin, bei den hessischen Kommunalwahlen und bei der Europawahl 1989 und trotz des damit verbundenen Mitgliederzuwachses in den letzten Monaten verfügen die Republikaner derzeit nur über einen mangelhaften organisatorischen Apparat und noch nicht über eine voll ausgebaute Organisationsstruktur auf allen Ebenen. Sie sind in ihrer Wählerschaft eine heterogene Protestpartei mit einer getrennt davon zu analysierenden populistischen, rechtsradikalen Programmatik und Ideologie mit fließenden Übergängen zum Rechtsextremismus.

Ihr 1987 beschlossene Programm zeichnet sich durch mangelnde Systematik, inhaltliche und formale Ungleichgewichtigkeit sowie durch erhebliche politische Defizite aus. Von den Republikanern werden vor allem Themen besetzt, die sich entweder zur Propagierung nationalistischer Gesinnung, zu Agitation gegen die „etablierten“ Parteien oder zur Schürung von Angst- und Protestgefühlen eignen. Den zentralen Fragen und Zukunftsproblemen der deutschen Politik stellt sich die Partei nicht; wichtige Problemfelder der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Umweltpolitik, aber auch der Außen- und Sicherheitspolitik werden meist nur mit wenigen Sätzen und sehr allgemein behandelt.

In den einzelnen Programmabschnitten lassen sich antidemokratische Tendenzen sowie traditionelle, rückwärtsgewandte Werthaltungen feststellen. Eine beschönigende und verharmlosende Haltung gegenüber der NS-Zeit verbindet sich mit nationalistischen, antieuropäischen und neutralistischen Tendenzen sowie mit einer ausgeprägten Ausländerfeindlichkeit.

In ihrer Selbstdarstellung dagegen versuchen die Republikaner, sich als eine verfassungstreue, demokratische und antiextremistische Partei darzustellen. Gleichzeitig versucht sie, sich als Partei der „kleinen Leute“, der Unzufriedenen, Benachteiligten und sozial Schwächeren zu profilieren. Obwohl in den Themen und teilweise auch in den Formen der politischen Agitation zwischen Rechtsextremisten und den Republikanern Übereinstimmungen festzustellen sind, können die Republikaner derzeit nicht als rechts-extremistische, d. h. verfassungsfeindliche Partei bezeichnet werden.

## Dieter Roth: Sind die Republikaner die fünfte Partei? Sozial- und Meinungsstruktur der Wähler der Republikaner

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41–42/89, S. 10–20

Nach den Medien- und Wahlerfolgen der Republikaner seit Beginn dieses Jahres sollen mit den Mitteln der empirischen Wahlforschung drei Fragen beantwortet werden: Wer sind die Wähler der Republikaner, was sind ihre Motive, die Partei am rechten Rand zu wählen, und welche Chance haben die Republikaner, sich im Parteiensystem der Bundesrepublik zu etablieren?

Männer wählen die Republikaner doppelt so häufig wie Frauen. Jüngere sind in der Wählerschaft der Republikaner leicht überrepräsentiert. Bei Wählern unter 50 Jahren sind es die mit geringem Berufs- und Bildungsstatus, die sich den Republikanern anschließen. Bei Wählern mit Abitur oder Hochschulbildung finden Republikaner kaum Anhänger, mit Ausnahme bei den über 60jährigen. Landwirte sind weit überproportional unter den Wählern der Republikaner vertreten. Kirchenbindung hemmt die Unterstützung für die Republikaner, Gewerkschaftsnähe dagegen nicht. Die Republikaner sind im Süden der Bundesrepublik sehr viel erfolgreicher als im Norden.

Meinungs- und Sozialstruktur der Wähler der Republikaner machen deutlich, daß viele von ihnen eine Bedrohung ihres ökonomischen und sozialen Status wahrnehmen. Auch das Bedürfnis nach Führung in der Politik und nach Reduzierung von Komplexität wird offenbar. Am Ausländerproblem in seinen verschiedenen Facetten lassen sich viele dieser Ängste festmachen, deshalb ist es auch eine der Voraussetzungen für den Erfolg der Republikaner. Langfristig gibt es jedoch begründete Zweifel, ob die Republikaner sich im Parteiensystem der Bundesrepublik etablieren können. Es fehlt ihnen sozusagen ein eigenes Problem, das von zeitlicher Dauer ist, das mehr Menschen bewegt als nur die Kernanhängerschaft und das die großen Parteien versuchen zu meiden, da sie ihre Klientel damit düpierten würden. In einer Gegenüberstellung zu den GRÜNEN wird die geringe Tragfähigkeit des Problemfelds der Republikaner deutlich. Selbst wenn die Partei bei den bevorstehenden Kommunal- und Landtagswahlen und vielleicht sogar bei der Bundestagswahl 1990 erfolgreich sein wird, hat sie langfristig nur geringe Überlebenschancen.



## **Joachim Hofmann-Göttig: Die Neue Rechte: Die Männerparteien**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41-42/89, S. 21-31

Die Analyse der Wahlbeteiligung macht deutlich: Bei der Europawahl profitierten die Rechtsparteien in einem beachtlichen Maße von bisherigen Nichtwählern. Es ist freilich davor zu warnen, sich von dieser Besonderheit der Europawahl täuschen zu lassen. Die Rechtsparteien mögen durch den Faktor Wahlbeteiligung etwas stärker geworden sein, als dies für Landtagswahlen oder Bundestagswahlen gegolten hätte. Doch zeigt die Analyse der Landtagswahl in Berlin und der hessischen Kommunalwahlen, daß die Rechtsparteien auch ohne zusätzliche Ausschöpfung des Nichtwählerlagers in direkter Konkurrenz mit den traditionellen Parteien stark sind.

Was die Altersstruktur der Rechtsparteien angeht, so bekräftigt die Europawahl den Trend der Wahlen von Berlin und Hessen: Im Unterschied zur NPD der sechziger Jahre werden die Rechtsparteien nicht bevorzugt von den alten Ewiggestrigen gewählt. Der Zulauf im Jugendbereich ist besorgniserregend stark.

Der härteste Befund der Analyse bezieht sich auf die Geschlechterstruktur der Rechtsparteien: Zwei Drittel der Wähler der Neuen Rechtsparteien — ob sie nun NPD, DVU oder Republikaner heißen mögen — sind Männer, nur ein Drittel Frauen. Das gilt im Süden wie im Norden und für alle Altersgruppen. Angesichts langfristiger Beobachtungen des Wahlverhaltens von Frauen darf es als eher wahrscheinlich gelten, daß sich die Frauendefizite der Neuen Rechte zwar mittelfristig abschwächen, nicht aber ausgleichen werden.

## **Hartmut Castner/Thilo Castner: Rechtsextremismus und Jugend. Erscheinungsformen — Ursachen — Gegenstrategien**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41-42/89, S. 32-39

Die jüngsten Wahlerfolge der Republikaner haben bundesweit für erhebliche Verwirrung gesorgt, obwohl Untersuchungen bereits Ende der siebziger Jahre deutlich zeigten, daß ein breites rechtsextremistisches Wählerpotential besteht. Die SINUS-Studie belegte, daß 13 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild verfügen.

Dieses Potential setzt sich zunehmend aus unzufriedenen, zukurzgekommenen und irritierten Bürgern zusammen. Eine Identität mit Neonazis besteht nur virulent. Experten warnen nachdrücklich vor einer Gleichsetzung von rechtsextremistischen Verhaltensweisen und neofaschistischen Zielsetzungen. Der typische Rechtsextreme wird als Produkt gesellschaftlicher Benachteiligung definiert, wobei allerdings offensichtlich individuelle Bindungslosigkeit hinzukommen muß, ein Trend, der als Charakteristikum der „Risikogesellschaft“ Bundesrepublik interpretiert wird.

Das besondere Augenmerk gilt der überproportionalen Akzeptanz rechtsextremistischer Parolen bei Jugendlichen. Die verschiedenen Erscheinungsformen rechtsextremen Verhaltens werden anhand von Befragungen erläutert. Abschließend werden Gegenstrategien diskutiert und Überlegungen angestellt, wie von der Schule, den Massenmedien und den Parteien verlorengegangenes Terrain zurückgewonnen werden kann.

## **Uwe Backes/Eckhard Jesse: Politischer Extremismus in europäischen Demokratien. Rechts- und Linksextremismus im Vergleich**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41-42/89, S. 40-53

Der Beitrag bietet eine Bestandsaufnahme zum politischen Extremismus in europäischen Demokratien unter Berücksichtigung des Rechts- und Linksextremismus. Dabei sollen charakteristische Entwicklungslinien herausgearbeitet werden.

Der Rechtsextremismus hat nach Jahren der Stagnation in vielen Staaten gewisse Achtungserfolge erzielt, wiewohl nirgendwo eine Regierungsbeteiligung oder gar Machtübernahme zur Debatte steht. Der Linksextremismus spielt gegenwärtig eine weitaus geringere Rolle als noch vor einem Jahrzehnt. Obgleich vielfältige Versuche politischer Einflußnahme nicht ohne Erfolg geblieben sind, muß man dennoch von einer Krise des Weltkommunismus sprechen. Bisher ist die Reformpolitik Gorbatschows kommunistischen Strömungen in europäischen Demokratien nicht zugute gekommen.

Abschließend werden drei Fragekomplexe vergleichend erörtert: Gibt es zwischen der Bundesrepublik und den anderen europäischen Demokratien signifikante Unterschiede? Schließen sich extremistische Bewegungen zu übernationalen Gruppierungen zusammen? Sind die europäischen Demokratien durch extremistische Bewegungen bedroht? Die Bundesrepublik unterscheidet sich nicht zuletzt angesichts der Last der Vergangenheit in manchen Punkten von anderen europäischen Ländern. Dies gilt weniger für die Größenordnung des politischen Extremismus als vielmehr für die erhöhte Bereitschaft, diesen zu thematisieren. „Eurofaschistische“ oder „eurokommunistische“ Tendenzen werden bislang der Suggestivkraft dieser Vokabeln nicht gerecht. Extremistische Aktivitäten stellen derzeit keine unmittelbare Gefährdung für den Bestand der europäischen Demokratien dar; wohl aber können sie deren Stabilität und Liberalität beeinträchtigen.